

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochensatz 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei im Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Samstag, den 22. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Von der deutschen Arbeiter-
versicherung.

Zu der Ausstellungsstadt Düsseldorf trat am 17. dieses
Monats der internationale Arbeiterversicherungs-
kongress zusammen. Fast alle Kulturstaaten waren dort
vertreten und zur Begrüßung der Delegierten waren die Vertreter der
höchsten Gewalten erschienen. Graf Posadowsky als Vertreter der
Reichsgewalt, Herr Möller als Vertreter der preussischen
Regierung und Dr. Deumer als Vertreter des Vereins zur
Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland
und Westfalen, einer Filiale des Centralverbandes deutscher
Industrieller. Es war ein gutes Arrangement, denn so bekamen die
auswärtigen Vertreter ein richtiges Bild von den deutschen Zuständen.

Nur ein einziges Mal war es nur, daß das Wolffsche Telegraphen-Bureau
nur Auszüge aus dem ministeriellen Begründungsdekret brachte, aber
von Dr. Deumer nur die sehr kurze Meldung brachte, daß auch er
eine Begründungsrede gehalten habe. Das Verschweigen der Deumer-
schen Rede war vielleicht durch die offizielle Stellung des Telegraphen-
Bureaus begründet. Offiziell und offiziös wird gestilltlich die
Mär verbreitet, daß die Arbeiterversicherung eine Erfindung der
„weisen Regierung“ unter Bismarck und Wilhelm I. ist und die erste
Anregung dazu in der Vorschau vom 17. Nov. 1881 gegeben sei. Graf
Posadowsky hatte zwar schon angedeutet, daß die Einrichtung der
Versicherung eine solche der wirtschaftlichen Entwicklung sei, aber er
erwähnte doch pflichtschuldig auch den „berühmten Erlaß des
ersten Kaisers.“ Dr. Deumer aber griff auf die Geschichte der
Versicherung zurück und erklärte, daß die rheinisch-west-
fälischen Industriellen sich schon 1873 mit der Frage
beschäftigt und daß der bekannte Schienenführer- und Steuerhinterzieher
Sauter schon 1880 durch seinen Entwurf „den Anstoß zu einer
staatlichen Unfallversicherung gegeben habe.“

Das 1871 geschaffene Haftpflichtgesetz verurteilte nämlich bei
völliger Unzulänglichkeit für die Arbeiter, den Unternehmern zu hohe
Ausgaben, wenn sie die Arbeiter bei Privatgesellschaften versicherten,
und ein zu großes Risiko wenn sie nicht versicherten. Man wollte
die Pflicht möglichst billig ablösen und daraus entstand der Gedanke
der staatlichen Versicherung. Allerdings ist mit der Einrichtung
der Versicherung, wie es die sozialen Dingen in der Regel geht, eine
Störung in Fluß gebracht, die sich nicht mehr aufhalten
lassen und immer weitere Kreise ziehen wird. Das ahnte
auch Graf Posadowsky indem er sagte: „Die sociale Frage
ist aber eine ewige Frage, die nach verschiedenen Seiten,
nach der Kultur und der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder
eine stets veränderte Form annimmt und stets neue Aufgaben
stellen wird.“

Welche Aufgaben aber zunächst auf dem Gebiete der Versicherungs-
Gesetzgebung in Angriff genommen werden sollen, sagt der Staats-
sekretär nicht. Im Gegenteil, er nahm mehr eine abnehmende
Gestaltung ein, indem er die Anstrengbarkeit der staatlichen Social-
politik in dem Klagewort zu entschuldigen versuchte, „daß der praktische
Socialpolitik Treibende gesunde Kräfte und ein starkes Herz besitzen
müß, wenn er nicht der Gefahr unterliegen soll, zerrieben zu werden
zwischen den feindlichen Mächten politischer Anzuehmigkeit, herzloser
Gleichgültigkeit, träger Gewohnheit oder wirtschaftlicher Unbesonnenheit,
die vorzeitige und unreife Forderungen stellt oder Ansprüche erhebt, die
ohne ernsthafte Befähigung unseres gelamten Erwerbslebens über-
haupt nicht erfüllt werden können.“ Die „vorzeitigen und unreifen
Forderungen“ haben auf Kräfte und Herz der Herren von der
Regierung einen erschütternden Einfluß! Das Augenspiel steigt,
wenn man daran denkt, welchen Lärm die Unternehmer machen
würden gegen die Bewilligung des Notwendigen.

Die Not, die aus Krankheit und Unfall folgt, ist mit
und ohne Versicherung vorhanden. Getragen muß die Last
werden. Ohne Versicherung von den Unglücklichen allein, mit
Versicherung wird ein Teil der materiellen Lasten auf andre Kreise
abgewälzt. Die Plage ist ohne Versicherung größer. Manche Krank-
heit würde viel schlimmere Folgen haben, wenn die Kranken-
versicherung fehlte und die Einleitung des Heilverfahrens später
erfolgen würde. Mancher Unfall würde mehr eintreten, wenn die
durch die Unfallversicherung eingeführte Unfallversicherung fehlen
würde. Also das Volk in seiner Gesamtheit — und dieses
kann doch nur für den Staatssekretär in Betracht kommen,
hätte ohne Versicherung! größere Lasten zu tragen als mit
der Versicherung. Es fragt sich weiter, ob in den „vor-
zeitigen und unreifen Forderungen“ etwas Unnütziges gefordert
wird.

Aber der Ausdruck „vorzeitige Forderung“ beweist, daß die
Forderung an sich begründet ist, sie kommt nach Ansicht des
Staatssekretärs nur zu früh. Diese Ansicht ist nur eine rein sub-
jektive und wird von dem, der unter einem bestehenden Uebel
zu leiden hat, auf jeden Fall ganz anders beurteilt. Würde
der Teil der Versicherung, den wir jetzt haben, nicht bestehen,
dann würde der Staatssekretär wohl den größten Teil des jetzt
Bestehenden auch in das Gebiet der vorzeitigen und unreifen Forderungen
einreihen.

Weiterhin wurden verschiedene interessante und lehrreiche Vor-
träge auf dem Kongress gehalten und manche beachtenswerte An-
regung wurde gegeben. Einen sehr bemerkenswerten Vortrag hielt
der ehemalige Präsident des Reichs-Versicherungsamts Dr. Bödiker,
welcher jetzt Leiter eines großindustriellen Unternehmens ist. Er

rühmte zunächst die großen finanziellen Leistungen der Versicherung
und hob hervor, daß seit 1885 schon 1840 Millionen Mark
für Krankenversicherung und 705 Millionen Mark für Unfall-
versicherung und seit 1891 schon 598 Millionen Mark
für Invaliditäts- und Altersversicherung ausgegeben seien, also in
17 Jahren für Kranken- und Unfall- und in 11 Jahren für In-
validitäts- und Alters-Versicherung insgesamt 3148 Millionen Mark
veranschlagt und außerdem Reservefonds in Höhe von 1400 Millio-
nen Mark angeammelt sind. Diese Zahlen haben in ihrer Nacktheit
eine fast schwindelnde Höhe und manches Kapitalistengemüth wird
sagen, daß hiermit die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist.
Hätte Dr. Bödiker daneben die Summe genannt, welche in derselben
Zeit für Heer und Marine veranschlagt ist, dann wäre die
Summe für Arbeiterversicherung lächerlich klein erschienen,
und jeder Kommerzienrat behauptet doch, die Kosten für die
Armee und Marine können leicht getragen werden. 1899,
dem letzten Jahr, für welches genaue Berechnungen vorliegen, wurden
an Krankheitskosten, Unfallentschädigung, Invaliden- und Altersrente,
für Heilverfahren und an Beitragsersatzung 274 Millionen Mark
ausbezahlt, außerdem wurden die Reservefonds um je 88 Millionen
Mark vergrößert. Hierzu zahlten die Arbeiter an Beiträgen
167 618 052 Mark. In demselben Jahre wurden aber für Heer,
Marine und Pensionen 893 Millionen veranschlagt. Die Ent-
schädigungsbeträge der Arbeiterversicherung erreichten kaum 30 Proz.
der Militäraufgaben.

Besonders interessant an den Ausführungen Dr. Bödikers ist,
wie er die Frage vom Standpunkt des Kapitalisten beurteilt. Er
meinte: „Eine weise Staatskunst wird dahin streben unter
Schonung der Besitzenden den Besitzlosen so viel zuzu-
wenden, wie nur irgend möglich ist... Die Schonung der Be-
sitzenden ist nötig von Rechts wegen und im Interesse der Erhaltung
des Kapitals und der Bildung dieser Hauptfaktoren des Fortschritts.“
Er führte dann weiter aus, daß es im Interesse des Staates und
der Kapitalisten liegt, die Wehrkraft, die Schaffens- und Widerstands-
fähigkeit des Volkes zu erhalten und räumte dann unbarbarisch mit
einigen verlegenen Phrasen auf, die in Kapitalistenversammlungen
und in der Kapitalistenpresse eine große Rolle spielen. Gewöhnlich
wird in diesen Kreisen behauptet, daß die Konkurrenz-
fähigkeit der Industrie durch die Versicherungsbeiträge
leide und daß die von Unternehmern geleisteten Beiträge den
Arbeitem erwiesene Wohltaten sind. Dr. Bödiker aber sagt:
„Gewiß darf der Witz nicht abgeläßt werden, auf dem man sich
allein fäßt die Zeit des größten Aufschwungs der deutschen
Industrie nicht genau mit der durchgreifenden Vesserung der
Lage der Arbeiter zusammen? Sind erträglich gestellte
Arbeiter nicht leistungsfähiger als die anderen? Und
wie viel macht die ganze Arbeiterversicherung pro Kopf der Arbeiter
im Jahresdurchschnitt aus? Mit dem Reichszuschuß zur Invaliden-
versicherung noch nicht 34 M.“ Er weist auf die Lohnsteigerungen
hin und fährt dann fort: „Der Gesunde kann sich gehobener eher
helfen als der Erwerbsunfähige. Darum werden die Arbeiter-
Versicherungskosten höchstens die steigende Tendenz der
Löhne aufhalten, niemals aber die Industrie
und Landwirtschaft mehr schädigen können
als die Löhne selbst. Die internationale Konkurrenz-
fähigkeit reguliert unsere Löhne mit. Die Versicherungs-
lasten findet sie als feststehende Lasten vor; es bleibt
danach als variabler Teil der Löhne.“ Es ist also auch nach der
Ansicht dieses Kenners der Versicherungsbeitrag nur ein Teil
des Lohnes, welchen der Arbeiter durch seine Arbeit erwirbt.
Wenn unsere Genossen im Reichstag die wahre Natur der Wohl-
thaten“ vielleicht mit andern Worten, aber dem Sinne nach genau
so darstellen wie Herr Bödiker, dann brauchen die Vertreter der
Regierung in helle Entzweiung aus über die undankbare und
heyerische Socialdemokratie.

Die richtige Erkenntnis der wahren Natur der Arbeiter-
versicherung muß aber dahin führen, daß den Arbeitern größere
Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen ist. Denn es ist
kein vernünftiger Grund denkbar, weshalb dem Arbeiter die Ver-
waltung dieses Teiles seines Lohnes weiter beschränkt werden soll
als in der Natur der Versicherung liegt. Sobald aber den Arbeitern
größere Bewegungsfreiheit gegeben ist, würden sie die Versicherung
weiter ausbauen und manche Frage lösen, die Posadowsky noch
in das Gebiet der vorzeitigen und unreifen Forderungen verweist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Juni.

Das Recht auf Unzufriedenheit.

Die socialdemokratische und übrigens auch sozialistische Anschauung,
daß die Unzufriedenheit die Quelle aller Kultur sei, gilt bei den
bürgerlichen Parteien, namentlich aber bei dem Centrum, als eine
der verachtlichsten Irrlehren des Umsturzes. Nicht nur Gehorsam,
sondern auch Zufriedenheit soll des Centrumschriften schönster
Schmuck sein.

Kun aber ergibt sich das ergötliche Schauspiel, daß eben dies
selbe Centrum mit Händen und Füßen für sich das Recht auf Un-
zufriedenheit beansprucht, obwohl ihm seine höchste Autorität, der
heilige Vater selbst, durch den Mund des deutschen Kaisers hat ver-
sichern lassen, in keinem Lande Europas habe der Katholizismus
mehr Grund zur völligen Zufriedenheit als in Deutschland.

Die Herkale Verlegenheit ist durch dieses auch mit den That-
sachen durchaus übereinstimmende Urteil des Papstes in tödlichste
Verlegenheit gestürzt worden. Wie, wir Katholiken, die wir bisher
davon gelebt haben, daß wir bewiesen, wie schlecht es uns in
Deutschland geht, sollen auf einmal, der Wahrheit gemäß, unsere

innigste Zufriedenheit öffentlich bekennen müssen — so denkt die
katholische Führerschaft und steht zum Himmel um eine Erleuchtung
in solcher peinlichen Lage.

Ueber das Centralorgan des Centrums, der „Germania“,
ist bis zur Stunde die rettende Erleuchtung nicht gekommen. Sie
schweigt bekommen, um so mehr als der Papst doch unfehlbar ist.
Die listigere und geschicktere „Kölnische Volkszeitung“ aber
wagt es dreist, unfehlbarer als Papst und Kaiser zusammen-
genommen zu sein. Das Blatt weist zunächst auf die
verschiedenen Lesarten der Kaiser-Rede hin. Allerdings
geben diesmal die verschiedenen Lesarten hinsichtlich der Papi-
stenschaft den gleichen Sinn und die „Kölnische Volkszeitung“
muß ungenau citieren, um einen anderlautenden Sinn feststellen zu
können. Nach dem „Wolffschen Bureau“ — so behauptet das rhei-
nische Centrumsorgan — habe der Papst das Deutsche Reich als
dasjenige der europäischen Länder bezeichnet, „wo noch Achtung vor
der Kirche herrsche, wo jeder Katholik ungehindert frei
seinem Glauben leben könne, und das danke er dem
deutschen Kaiser.“ In der Fassung der „Kölnischen Zeitung“ da-
gegen lautet der Satz: „Das Land in Europa, wo Achtung
vor der Kirche herrsche und wo jeder Katholik ungehindert
und frei seinem Glauben dienen und seinen Glaubensvorschriften nach-
kommen könne, das sei allein im Deutschen Reich.“ Das auf-
fallendste, so behauptet die „Köln. Volksztg.“, sei, daß in der „Köln.
Ztg.“ das Lob dem Deutschen Reich „allein“ zugeschrieben wird,
während dieses Wort in der zweifellos amtlich gebilligten Version
des „Wolffschen Bureaus“ fehlt.

Die Deutungskünste der „Köln. Volksztg.“ sind vergeblich. Aller-
dings fehlt in dem amtlichen Text das Wort „allein“, dem Sinne
nach aber steht das „allein“ auch in der Wolffschen Lesart. Das
katholische Organ hätte nur den offiziellen Wortlaut richtig
citieren sollen, der besagt: „das Land in Europa, wo noch Recht,
Ordnung und Disciplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung
vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungehindert und frei seinem
Glauben leben könne, das sei das Deutsche Reich, und das danke er
dem deutschen Kaiser.“

Der Papst hat mithin auch nach Wolff das Deutsche Reich als
das Land, d. h. als das einzige Land Europas bezeichnet, wo
jeder Katholik un- Die „Kölnische Volkszeitung“ wird sich doch
darein finden müssen, was ihr jetzt noch schwer fällt, anzunehmen,
daß der heilige Vater in der That das Deutsche Reich „allein“ als
europäischen Hort der Religionsfreiheit genannt hat. Es ist eine
Anspornung gegen die päpstliche Autorität, wenn die „Köln. Volksztg.“
behauptet,

„Beispielsweise ist ja in Holland die Religionsfreiheit für die
Katholiken bei weitem unfehlbarer als selbst in denjenigen
deutschen Staaten, wo die Kirche verhältnismäßig das
größte Maß von Freiheit genießt; und dann giebt es bekanntlich
innerhalb des Deutschen Reiches eine Reihe von
Staaten, deren Gesetzgebung die freie Religionsübung schmerzlich
verunmöglicht. Wir erinnern an die Behandlung des Lebens-
wessens in Baden und Württemberg, und vollends an die fabel-
haften Zustände in Sachsen, Preußen und Braunschweig, welche
den Anlaß zu dem kürzlich vom Reichstag angenommenen Toleranz-
antrag des Centrums boten.“

Wie kann ein Centrumsblatt es wagen, derart den Papst eines
größlichen Irrtums zu zeihen! Freilich, wir begreifen sehr gut,
warum die katholische Presse durchaus nicht zufrieden sein will. Ihre
Macht in den Massen beruht ja wesentlich auf der hartnäckigen
Fiktion der Unterdrückung der katholischen Bevölkerung in Deutsch-
land. Deshalb darf man niemals sagen, wie sehr zufrieden man in
Wirklichkeit ist. Es ist ein Verdienst des Papstes, daß er diesen
Centrumschwandel einmal entlarvt und offen die Wahrheit aus-
gesprochen hat: das überwiegend protestantische Deutsche Reich ist
in der That das Land, wo die katholische Kirche und ihre politische
Organisation regiert, und zwar weniger angefochten herrscht als in
katholischen Ländern.

Durch den päpstlichen Auspruch wird nun auch der längst er-
lassene Hirtenbrief der bayrischen Bischöfe als un-
begreifbar gekennzeichnet, in dem es hieß:

„Wir Katholiken sind in unserm bisherigen ruhigen Besten-
dasein widerrechtlich durch zahllose und freche An-
griffe gestört und können nicht mehr wie bisher nur für den
Ausbau und die Ansehnlichkeit unsern Hauses Sorge tragen,
sondern leben uns, da wir von keiner Seite den genügenden
Schutz erhalten, gezwungen, das Schwert aus der
 Scheide zu ziehen, um unser Heiligthum gegen die an-
sturmenden Feinde zu verteidigen.“

Der unfehlbare Papst weiß es besser!

Die Syndikats-Diplomatie.

Die von dem Reichsamt des Innern herausgegebenen „Amt-
lichen Nachrichten für Handel und Industrie“ bringen bis jetzt
hauptsächlich nur Mitteilungen über ausländische Produktions-
verhältnisse. Graf Posadowsky hat sich nun an die Industriellen
gewandt, daß sie ihm für das Unternehmen auch Informationen
über den inländischen Markt übermitteln möchten. Diese Bitte
hat der Centralverband der Industriellen schroff ab-
gelehnt. Sehr ungenügend und hochmütig teilte der Centralverband
dem Staatssekretär mit, daß ein Interesse an einer solchen Aus-
dehnung dieser „Amtlichen Nachrichten“ in den durch ihn vertretenen
Kreisen der Industrie nicht bestehe und daß der Centralverband nicht
in der Lage sein würde, Daten aus seinem Interessengebiet für
Laufen zur Verfügung zu stellen.

„Eure Excellenz“, so heißt es in der Antwort des Central-
verbandes u. a., „verweisen zunächst auf statistische Angaben über
Ergebnisse der Produktion und des Abzuges in einzelnen Erwerbs-
zweigen und in bestimmten Zeiträumen. Das hierauf bezügliche
Material hat die deutsche Industrie bei der vom Reichsamt des



Innern durch den „Wirtschaftlichen Ausschuss“ veranstalteten Produktionsstatistik im großen und ganzen vollständig geliefert. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß es sich um eine einmalige Angabe und um einen großen, die Interessen der Industrie in enger Weise berührenden Zweck handelt. Vor allem aber hat sich unser Erachtens die Industrie entschlossen, jenes Material zu liefern, weil für die absolute Geheimhaltung der einzelnen Angaben vollkommen ausreichende Garantien gegeben waren. Denn es darf nicht übersehen werden, daß die Produktions- und Absatzverhältnisse zum mindesten von den privaten Gewerbetreibenden meistens als Geschäftsgeheimnis behandelt werden. Unter diesen Umständen glauben wir kaum, daß die Industriellen bereit sein werden, Mitteilungen über Produktion und Absatz zur Veröffentlichung mit der Regelmäßigkeit und Vollständigkeit zu geben, die solchen Nachrichten allem Wert und Bedeutung geben könnten; denn wenn diese Veröffentlichungen auch nur für einzelne Erwerbszweige ins Auge gefaßt sein sollten, so würde die Verfolgung doch wohl naheliegen, daß sie der Konkurrenz, und besonders der Konkurrenz im Auslande zum Vorteil gereichen könnten.“

Schließlich erklärt sich der Centralverband bereit, „gelegentlich“ Mitteilungen zu liefern, so weit sie „mit den Interessen seiner Mitglieder vereinbar“ erscheinen.

Die Großindustrie will sich also nicht in die Karten sehen lassen. Das räuberische Spiel der Kartelle soll durch den Ausschluß der Öffentlichkeit geschützt werden. Niemand soll erfahren, „wie's gemacht wird“.

Um so zwingender wird freilich die Notwendigkeit, die Kartelle unter strengste Staatsaufsicht und Staatsregelung zu stellen. Die Ausbeutung des inländischen Marktes durch die Syndikate und die hochschützamerikanische Handelspolitik würde mit dem Augenblick unmöglich werden, wo die Industriediplomatie unter die Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt wird und ihre Geheimnisse wenigstens teilweise preisgeben muß.

## Deutsches Reich.

**Saalburg und Nachen.** Auf einen unvereinbaren Gegenstand in der Beurteilung der römischen Weltpolitik seitens Wilhelms II. macht die „Freisinnige Zeitung“ aufmerksam. In Nachen schilderte der Kaiser, von heimatpolitischer Stimmung erfüllt, wie „das römische Scepter der Cäsaren den Händen ihrer Nachfolger entsinken war, zerbröckelt und morsch wankte der römische Bau und erst das Erscheinen der siegesfrohen Germanen mit ihrem reinen Gemüte war im Stande, der Weltgeschichte den neuen Lauf zu weisen, den sie bisher genommen hat.“

Umgekehrt hatte der Kaiser, weltpolitisch begeistert, in seiner Rede am 11. Oktober 1900 auf der Saalburg das alte Römerkastell gepriesen als „einen Jüngling römischer Macht, ein Glied in der gewaltigen ehernen Kette, die Rom's Legionen um das gewaltige Reich legten und die auf das Geheiß des einen römischen Imperators, des Cäsar Augustus, der Welt den Willen aufzwangen und die gesamte Welt der römischen Kultur eröffneten, die befruchtend vor allem auf Germanien fiel. So möge man auch dem neu erstandenen Museum lernen, was ein Weltreich bedeutet. Es möge dem Vaterlande befehlen sein, so fest geeint und so maßgebend zu werden, wie es einst das römische Weltreich war.“

**Aus der Gegenwart.** Folgende kleine Bzüge von den letzten Kaiserreisen verdienen aufbewahrt zu werden:

Zu Nachen verordnete der Prälat Dr. Wellesheim: „Für Kaiser und Reich beten wir hier Tag für Tag im Kreislauf des Jahres. Diese Gebete werden begonnen, wenn das Morgenrot den Schöke der Frühe entsteigt, sie setzen sich fort, wenn die Sonne ihre Höhe erreicht, und, Majestät, sie erstehen erst dann auf unseren Lippen, wenn die Schatten des Abends empordämmern.“

Zu dem Bildhauer, der das Denkmal Friedrichs I. in Würzburg hergestellte, äußerte Wilhelm II.:

„Das Denkmal ist das einzige, das in letzter Zeit in Vordruck angefertigt worden ist, was mir ausnehmend gefällt. Es ist in allen Teilen wieder gelungen. Manche Bildhauer verstehen sehr gut, in Kolofo und andern Stellen zu arbeiten. Sie haben sich sehr gut im Vordruck eingeübt. Man muß nicht modern denken; man muß sich ganz in die Zeiten zurückversetzen und in ihr denken können. Ich will sehen, daß ich Ihnen noch weitere Aufträge geben kann. Während Sie an solchen Werken arbeiten, müssen Sie immer in alle Schlösser gehen, den Vordruck studieren und sich ganz in ihn hineinleben. Das ist famos. So muß es sein! So leicht, man kann sagen, französisch!“

Zu den Krefelder sprach der Kaiser: „Sollten Sie einmal Schwierigkeiten beim Hasenbau bekommen, dann telegraphieren Sie nur an mich.“

**Der Dreischraf als Erzleher.** Je heroischer und schneidiger unsere preussischen Gerichte mit Angeklagten und Zeugen zu verfahren pflegen, namentlich auch wenn es sich um politische Verbrecher handelt, um so angenehmer fällt die außerordentliche Geduld und höfliche Rücksicht auf, mit der die Glogauer Richter den Zollheuten des Grafen Pückler begegneten. Was wäre wohl einem andern Sterblichen passiert, wenn er im öffentlichen Gerichtssaal als Angeklagter einen Sachverständigen gefordert hätte!

Öffentlich werden künftig preussische Richter einen Teil der rüch-sichsvollen Behandlung, die dem Grafen Pückler gegenüber beliebt wurde, auch solchen Personen zubilligen, die weder verurteilt noch gräflich sind.

Der Dreischraf hat übrigens seinem Leiborgan, der „Staatsbürger-Zeitung“, nach geschickter Beurteilung folgenden Illas geschickt: „Gleich nach der Sitzung habe ich dem Sanitätsrat Dr. Neumann eine Pistolenforderung übersandt, welche derselbe jedoch ausgeschlagen hat. Der Mann kann wohl ausländische Leute beleidigen, hat jedoch nachher nicht den Mut, für diese seine Worte einzutreten. Ich erkläre daher den Dr. Neumann in Glogau öffentlich für einen . . . . .“ Das Blatt bemerkt dazu: „Die auspunktirten Schlussfolgerungen haben wir aus preussischen Gründen nicht gedruckt.“

Was für eine marische Feigheit, den Willen des Grafen Pückler unter das Strafgesetz zu beugen!

**Wer hat mehr getrunken?** Im preussischen Herrenhaus hat jüngst der Graf v. Kospoth berichtet, daß in den Offiziercorps jetzt bedeutend weniger getrunken werde als früher.

Gegen diese Behauptung liegt eine Zuzchrift Verwahrung ein, die ein „alter Soldat und Offizier“ aus Wiesbaden sendet. Er schreibt:

Darin liegt eine gründliche Beleidigung aller älteren Offiziere. Denn es wird dadurch die Behauptung aufgestellt, daß wir älteren Offiziere, wir, die die strengen Feldzüge von 1804, 1806, 1870-71 bestanden, Bedeutend mehr getrunken haben, als die jetzige jüngere Generation. Was letztere in dieser Beziehung treibt, darüber dringt hin und wieder durch blutige Vorgänge bei „Liebesmahlen“ etwas in die Öffentlichkeit. Wenn behauptet wird, wir älteren hätten bedeutend mehr getrunken, so liegt darin ein Vorwurf, den wir nicht auf uns sitzen lassen können und gegen den ich mir im Namen vieler Kameraden zu protestieren erlaube.

Nachdem sich der alte Offizier in den „Vorwärts“ geäußert hat, um Klage zu erheben, werden wir nun wohl auch der jüngeren Generation das Wort geben, um die Frage zu entscheiden, wer mehr getrunken habe, die Alten oder die Jungen.

## Partei-Königtum.

Vernichtende Anklagen gegen den verstorbenen sächsischen König erheben die „Dress. Nachr.“, das konservative „Ordnungsblatt“ in der sächsischen Residenzstadt:

„Wenn Sachsen wegen seiner geblühten Zustände auf allen Gebieten des staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens weit über die grün-weißen Grenzpfähle hinaus in den Ruf eines Musterstaates gelangt ist, so verdankt es das in erster Linie den ausgezeichneten Herrscherlegenden König Alberts, der seine Zeit richtig zu erfassen verstand und aus dieser Erkenntnis heraus sein Land jedes wahrhaften weissen Fortschritts teilhaftig machte, während er auf der anderen Seite mit zielbewusster Unerbittlichkeit die anmaßliche Revellierungsgelüste und den krankhaften Zerlegungs-trieb der sozialen Revolutionäre bekämpfte und niederhielt. Gerade die konsequente Gegnerschaft gegen den Umsturz in jeder Form seiner Betätigung ist eines der Hauptverdienste des heimgegangenen Königs. Die staatsbehaltende Kraft, die von dieser charaktervollen Haltung des Königs im Kampfe wider die Feinde der gesellschaftlichen Ordnung ausging, harmonisch lebend und befruchtend auf die Arbeit der Ordnungsparteien im ganzen Lande gewirkt und sie verdient daher in erster Linie gerühmt und gewürdigt zu werden, wenn wir Lebenden in ruhigem Genießen aus des Segens erfreuen, den König Alberts Regierung über sein Land ausgeschüttet hat und den zu verneuern das heilige Vermächtnis der Umsturzpartei bis jetzt nicht vermocht hat und hoffentlich auch in Zukunft niemals vermögen wird.“

Es gehört zur hergebrachten Auffassung vom monarchischen Staatsoberhaupt, daß es über den Parteien stehe und dem ganzen Volke gehöre. Das Dresdener Blatt zerstört diese Legende mit einer Gründlichkeit, mit der kein überzeugter Antimonarchist zu weitertreiben vermag. Das byzantinische Blatt erklärt den verstorbenen König offen als König der „Ordnungs“-Parteien, d. h. als König nur der einen Hälfte der sächsischen Bevölkerung. Denn fast genau die eine Hälfte der sächsischen Bevölkerung ist sozialdemokratisch, bei den Reichstagswahlen von 1898 fiel ungefähr die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sozialistische Kandidaten.

Die „Dresdener Nachrichten“ hätten sich hüten sollen, gerade im Augenblick der Todesfeier für den König die Erinnerung an die sozialdemokratischen Erfolge in Sachsen zu wecken. Der verstorbenen König pflegte alljährlich einmal die sächsischen Reichstags-Abgeordneten zu empfangen und sich mit ihnen zu unterhalten. Er mußte es erleben, daß die Zahl derer, die vor ihm erschienen, von Wahl zu Wahl sich verringerte, so sehr verringerte, daß jetzt nur noch die Minderheit der Abgeordneten bereit ist, bei diesen Audienzen zu erscheinen. Wenn dies die Erfolge der „zielbewussten Unerbittlichkeit“, der „konsequenten Gegnerschaft gegen den Umsturz“, wenn dies die „unendlich belebenden und befruchtenden“ Wirkungen auf die Ordnungsparteien sind — die „sozialen Revolutionäre“ dürfen doch im höchsten Maße zufrieden sein! Ob auch das Königtum?

## Die hessische Wahlrechts-Debatte.

Aus Hessen, 20. Juni, wird uns geschrieben: Die heutigen Verhandlungen der Kammer drehten sich zunächst um den wichtigen Artikel 6 der Wahlrechts-Vorlage, worin die Voraussetzungen zur Stimmberechtigung festgelegt wird. Abg. David begründete seinen prinzipiellen Standpunkt, der für alle 21-jährig ansässige Reichsangehörige das Wahlrecht fordert. Wollte man nicht so weit gehen, so solle man wenigstens die von den Kantelen der dreijährigen Anwesenheit, der dreijährigen Staatsangehörigkeit und der Steuerheranziehung aufräumen, so daß jeder 25-jährige Hesse wahlberechtigt sei. Alle diese Kantelen charakterisierte sich als Ausnahmestimmungen gegen die minderbemittelte Volksmasse.

Staatsminister Nothe bestritt das mit der weisen Bemerkung, daß die Kantelen nicht gegen die Armen gerichtet seien, wenn sie sie auch träfen. Die Abstimmung ergab die Annahme der Auswahlanträge, wonach wenigstens die Anwesenheitsklausel auf eine etwajährige Frist beschränkt würde.

Abg. Ulrich legte eine Lanze ein für die Befreiung der Bestimmung, wonach disziplinarisch geregelte Beamte nach fünf Jahren nach der Entlassung nicht wählbar sein sollen. Natürlich vergebens! — Eine lange Debatte knüpfte sich an den Antrag Reinhard (natl.) auf Einführung der Wahlpflicht. Man hofft durch diese Maßregel den bequemen Epichbürger gegen die wahlfreudige sozialdemokratische Partei an die Urne zu bringen. Abg. David erklärte demgegenüber, daß wir die Wahlpflicht nicht fürchten und bereit seien, dafür zu stimmen, unter der Voraussetzung, 1. daß die Steuerabstands-Klausel wegfällt, 2. daß die Wahlzeit mindestens bis abends 8 Uhr ausgedehnt wird, falls man die Sonntagswahl nicht einführen will. Das Centrum machte seine Zustimmung von der gleichzeitigen Einführung der Proportionalwahl abhängig. Das Haus nahm schließlich den Antrag auf Wahlpflicht mit 28 gegen 13 Stimmen an. Seine Annahme auch in zweiter Lesung scheint jedoch bei den mannigfachen Vorbehalten höchst unwahrscheinlich.

Die Regierung verhält sich ablehnend gegen die Wahlpflicht wie auch gegen die vom Hause beschlossene Verlängerung der Wahlzeit bis abends 8 Uhr. Der Rest der Vorlage, der die Kritik betreffend Wahlcouverts und Isolierräume entfällt, wurde nach kurzer Debatte en bloc angenommen.

Die zweite Lesung findet voraussichtlich nächste Woche statt.

**Fürstlicher Grundbesitz.** Eine Korrespondenz teilt mit: König Albert von Sachsen war von den deutschen Fürsten der fünf reichste Grundbesitzer, denn er besaß insgesamt 51 Güter mit einem Wert- und Felderwert von 31 000 Hektar. Kaiser Wilhelm besitzt nach der neuesten amtlich beglaubigten Zusammenstellung der fürstlichen Besitzungen in Preußen als reichster Grundbesitzer nicht weniger als 83 Güter im Gesamtumfang von 98 746 Hektaren und 651 631 M. Grundsteuer-Neuertrag. Es folgen dann der Fürst von Meck mit 75 Gütern (50 112 Hektar und 324 042 M. Grundsteuer-Neuertrag), der Herzog von Meck mit 52 Gütern (39 742 Hektar und 233 701 M. Grundsteuer-Neuertrag), der Herzog von Ratibor mit 51 Gütern (33 096 Hektar und 274 627 M. Grundsteuer-Neuertrag). Die übrigen fürstlichen Fideikommissbesitzer begnügen sich mit einer weit geringeren Anzahl von Besitzungen.

Gerade dieser fürstliche Grundbesitz würde aus der geplanten Zollerschöpfung den gewaltigsten Gewinn ziehen!

## Die Herren Gelehrten als Erzleher.

Man berichtet uns aus der Pfalz: Das Kriegsgericht der bayrischen Division in Landau war am Mittwoch mit der Erledigung einer Affaire beschäftigt, die ohne das Dazwischentreten eines pfälzischen Partei-Organs „Pfälzische Post“ wohl heute noch nicht bekannt wäre, trotzdem alle Epochen aus den Kalendarbüchern davon wissen. Es handelt sich um die in weiten Kreisen der Armee bekannten nächtlichen Heimkehrungen der jungen Mannschaft durch die „Alten“ zwecks Erziehung zur Furcht vor den Herren. In der Landauer Garnison hat dieser grobe Unfug, nachdem er Jahrzehnte hindurch durch die Vorgesetzten stillschweigend geduldet wurde, gemeingefährliche Formen angenommen. Die Garnison Landau ist geradezu verurteilt wegen der zahlreichen nächtlichen Heimkehrungen. Besonders schlimm scheint es aber im 18. Infanterie-Regiment hergegangen zu sein. Die Enthüllungen der „Pfälzischen Post“ erregten wegen ihrer ganz bestimmten Angaben, großes Aufsehen und das Kriegsministerium ließ die Weisung nach Landau gelangen, die Angaben der „Pfälzischen Post“ genau zu prüfen.

Die Hauptbruststätte der nächtlichen Quälereien scheint die dritte Compagnie des 18. Infanterie-Regiments gewesen zu sein. Im Verlauf der Untersuchung wurde fast gegen den ganzen Compagnie-vollen Unteroffiziers-Nachwuchs der 3. Compagnie Anklage erhoben und fünf Mann hoch schon am Mittwoch auf dem Bänkel. Die Anklage lautete auf gemeingefährliche, vorläufige, auf Verabredung beruhende Körperverletzung mit hinterlistigem nächtlichem Ueberfall.

Der Hauptkühner der Gelehrten-Exzesse gewesen, dessen Vater erster Adjunkt (Stellvertreter) des Bürgermeisters der alten Reichsstadt Speier ist. Die Art der Heimkehrungen war immer dieselbe. Hatte sich ein Meist durch irgend eine Anekdote misliebige gemacht, dann wurde er, wenn alles schief, überfallen; die Decke wurde weggezogen und dann drauf los gedroschen. Hatte die Heiden ihre That vollbracht, dann gingen sie wieder durch und das Opfer hielt den Mund, weil es befürchten mußte, daß andernfalls eine zweite Anklage der ersten folgen würde. Da die Unteroffiziere mit den Gelehrten unter einer Decke stritten, stand das praktische Ergebnis einer Verlesung von vorn herein fest. Bezeichnend hierfür ist die Aussage eines der Gelehrten, daß er offenbar seine Hiebe nur deshalb bekam, weil er es laut ausgesprochen, daß es eine Schande sei, die Leute im Schlafe zu überfallen. Als er dann seine Hiebe weg hatte und seinem Verdacht über die Thäter lauten Ausdruck ließ, da wurde er beim Erzählen so lange „gezwickelt“, bis er feterlich erklärt hatte, daß er sich geirrt. Oftmals wurden von den Gelehrten, die immer zu dreit anstücken, zwei Prozeduren in einer Nacht vollzogen. Um einer Entdeckung vorzubeugen, drehten sie vorsorglich die Ganglichter aus. Zu der Dunkelheit schlugen sie natürlich blindlings drein, unbekümmert darum, wo die Hiebe hinfielen.

In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit der Thaten beantragte der Vertreter der Anklage gegen den Anführer der Bande, den Gelehrten Stöck 5 Monate, gegen die übrigen vier Gelehrten 4 Monate 15 Tage, 3 Monate 5 Tage, 25 und 28 Tage. Der Vertreter der Anklage betonte, daß die Leute keineswegs die übliche Absicht hatten, die Disziplin zu stören, sondern nur einer ganz gemeinen Nachsicht zu schmeicheln.

Das Gericht verurteilte zwei der Herren Gelehrten zu 45 Tagen, den dritten zu 30 Tagen, den vierten zu 10 Tagen und den fünften zu 14 Tagen Gefängnis.

Die „Pfälzische Post“ entwickelt übrigens in letzter Zeit eine für die Militärverwaltung geradezu unheimliche Thätigkeit in der Aufdeckung und Befprechung von Mißständen in der Landauer Garnison. Es vergeht kaum eine Woche, daß sie nicht irgend eine neue Geschichte aus dieser Garnison zu erzählen weiß. Und dabei sind ihre Angaben so bestimmt, daß sich ihr nicht beikommen läßt.

## Das bayrische Gemeindewahl-Programm.

Aus München wird uns geschrieben: Die Verhandlungen des bayrischen Parteitages zum Gemeindewahl-Programm führten nicht zu scharfen Auseinandersetzungen, wie dies bei der Reform des Landtags-Wahlrechtes der Fall war. Das Referat dazu war einem „Fachmann“ übertragen worden, dem Genossen Eduard Schmid, der in der Münchener Gemeindeverwaltung die Stellung eines bürgerlichen Magistratsrats bekleidet. Seine gründliche und wirksame Begründung des von Landesvorstand ausgearbeiteten Entwurfs war deshalb auch von eingehendster Sachkenntnis getragen. Er führte u. a. aus, die zu lösende Aufgabe sei schon deshalb eine schwierige gewesen, weil man es in Bayern mit drei verschiedenen Gemeinde-Ordnungen zu thun hat. Da auch die Interessen von Stadt- und Landgemeinden zum Teil gänzlich verschieden sind, so mußte man sich darauf beschränken, in dem Entwurf nur ein Gerippe zu geben, Grundzüge, die jedoch für Wähler und Gewählte absolut bindend sind. Der Programm-entwurf stellt zwei Gruppen von Forderungen auf: Forderungen an den Staat und Forderungen an die Gemeinden. Man soll nicht sagen können: Ihr fordert von der Gemeinde, was zu gewähren diesen die Verfassung und die Gemeinde-Ordnung verbietet.

Die Diskussion hierüber drehte sich in der Hauptsache um zwei Punkte. In erster Linie war es der Antrag des Vereins Rürnberg: „Den Gemeindevertretern ist die Teilnahme an städtischen Arbeiten nicht gestattet und ein ähnlicher Antrag des Genossen Jährig „Augsburg“. Mitglieder des Magistratskollegiums und der Gemeinde-Ausschüsse dürfen nicht Lieferanten der Gemeinde sein.“ Es waren namentlich die zahlreichen pfälzischen Delegierten, die sich aus praktischen Gründen gegen diese Anträge wandten. Sie betonten besonders, in kleinen Gemeinden müsse man froh sein, wenn man tüchtige Geschäftsleute bereit finde, in der Gemeindeverwaltung thätig zu sein. Verbiete man ihnen die Lieferungen an die Gemeinden, so würden sie lieber darauf verzichten, sich wählen zu lassen. Auch müsse man bedenken, daß sehr oft gemahregelte Arbeiter sich selbstständig machen müßten, um für die Partei thätig sein zu können. Verbiete man ihnen nun die Lieferung, so würden sich nur die gegnerischen Geschäftsleute freuen. Wegen die Anträge sprach auch Genosse Franz Jos. Ehrhart sowie Segitz. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nürnberg zurückgezogen und der Antrag Jährig abgelehnt.

Zu lebhaftesten Erörterungen gab auch die Frage Anlaß, ob man auf der im Entwurf vorgesehenen Forderung des Einkammersystems beharren solle. Hier war es besonders, oder eigentlich allein, Genosse Ehrhart, der, von seinen praktischen Erfahrungen in Ludwigshafen ausgehend, die Einführung des Zweikammer-Systems verlangte. Nach der jetzt noch gültigen pfälzischen Gemeinde-Ordnung besteht in der Pfalz das Einkammer-System, dem Ehrhart die Schuld giebt, wenn in den pfälzischen Gemeinden die Gemeindebeamten einen zu großen Einfluß haben. Da ein den Anschauungen Ehrharts entsprechender Antrag nicht einmal so viel Stimmen erhielt, daß er zur Diskussion gestellt werden konnte, so wurde schließlich auf der Vorschlag des Landesvorstandes genehmigt.

Von den sonstigen Beschläffen sind hervorzuheben: Der Entwurf fordert: Befreiung der Steuern auf notwendige Lebensmittel; dafür wurde eingesetzt: Aufhebung aller indirekten Steuern. Segitz erklärte hierzu, in Furcht werde man daraus, so schwierig es auch bei den dortigen eigenartigen Verhältnissen sei, bei erster bester Gelegenheit die Konsequenzen ziehen und entsprechende Anträge stellen. Abgelehnt wurde ein Antrag des Vereins Rürnberg, Beaufsichtigung der städtischen Betriebe durch einen dem staatlichen Gewerbe-Inspektor unterstellten lokalen Gewerbe-Aufsichtsinспекtor. Zur Ablehnung dieses Vorschlages kam man, weil die Meinung vorherrschte, daß ein solcher von der Gemeinde angestellter und bezahlter Beamter kaum wagen werde, energisch auf die Aufstellung von Mißständen zu dringen, besonders wenn diese Befreiung mit größeren Kosten verknüpft sei. Genosse Ed. Schmid bemerkte hierzu auch, in seiner Eigenschaft als Verwaltungsrat eines sehr großen Betriebes habe er schon wiederholt mit großem Vergnügen gesehen, wie rücksichtslos die staatlichen Aufsichtsbeamten vorgehen könnten, wozu ihnen wohl die Luft vergehen würde, wenn sie von der Stadt angestellt wären.

Angenommen wurde der Antrag, es sei unter die sozialpolitischen Forderungen für die Gemeinde-Arbeiter einzureihen: Achtstündiger Arbeitstag; Festsetzung eines Minimallohnes nicht unter dem ordnungsgemäßen Tagelohn. . . . . Bei Verabredung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen, Festsetzung der Arbeitsbedingungen nach den von den Arbeiterorganisationen und den Unternehmern vereinbarten Tarifen; wo diese fehlen, soll der in der Branche am üblichen Lohn maßgebend sein.

Die Forderungen an den Staat hinsichtlich der Ausgestaltung des Volksschulwesens wurden auf Antrag ergänzt durch die Sätze: „Obligatorische Einführung von Fortbildungsschulen und Aufnahme von Unterrichtsstunden über Socialgesetzgebung in den Lehrplan“ und „Erhebung der geistlichen Schulaufsicht durch die von Fachleuten geleitete Aufsicht.“

Endlich wurde statt: „dreijährige Mandatsdauer und Gesamt-erneuerung“ eingesetzt: „vierjährige Mandatsdauer mit Aufhebung der Hälfte der Gemeindevertretung von zwei in zwei Jahren.“

Der Landesvorstand ist beauftragt, für Herausgabe eines Kommentars zum Gemeindeprogramm Sorge zu tragen.



Unsere Auseinandersetzung mit der „Leipziger Volkszeitung“ beschließen wir, indem wir dem Redacteur der „Leipziger Volkszeitung“ selbst das Schlusswort erteilen. Er schreibt:

Der „Vorwärts“ fährt fort, uns Vorlesungen über guten Ton zu halten, indem er die schlechten Manieren der bürgerlichen Presse nachahmt. Darin, daß wir auf seine unhöfliche Anwesenheit höchlich geantwortet haben, spürt er eine günstige Wirkung seiner Polemik auf uns. Was sich der „Vorwärts“ nicht alles einbildet! Aber das sind so die Mägen der bürgerlichen Presse.

Mit dem wiederholten Veto, das der „Vorwärts“ gegen unsere Methode der Polemik einlegt, wird er auch jetzt nichts bei uns ändern. Ein Vetorecht hat der „Vorwärts“ gegen uns so wenig, wie wir es gegen ihn haben. Wenn es ihm beliebt, sich in ohnmächtigen Protesten gegen unsere Redaktionsführung zu ergehen, so haben wir schon bemerkt, daß wir ihn in diesem harmlosen Vergnügen nicht weiter stören wollen.

Dagegen müssen wir noch ein Wort darüber verlieren, daß der „Vorwärts“ fortfährt, ein Mitglied unserer Redaktion in seiner Parteibreche anzugehen. Er hält es nicht mehr für unglücklich, daß dies Mitglied kurz zuvor noch, ehe es galt, Leipziger Reaktionen zu sammeln, dem denkbar mildesten Socialismus gehuldigt habe, der sich jetzt in wilden Radikalismus gewandelt habe. Die Thatsache, daß die der „Vorwärts“ damit anspielt, besteht darin, daß ein Mitglied unserer Redaktion ehemals revisionistischen Ansichten gehuldigt, aber sich inzwischen, und allerdings wohl auch durch den neuen Verleher mit den Leipziger Genossen, zu richtigen Auffassungen des Parteiprinzip „genauert“ hat. Weder die Leipziger Genossen, noch die Gesamtedition der „Leipziger Volkszeitung“ erwidern darin die eusemliche Schädigung seiner Parteibreche, und daran mag sich auch der „Vorwärts“ gemügen lassen. Aber freilich, wenn man durchaus den unbedeutenden Censor spielen will, steckt man schließlich seine Nase in alle möglichen Dinge, die einen nichts angehen.

Es ist jetzt es herkömmlich gewesen, bei den Manövern innerhalb des Parteiprogramms stets zu berücksichtigen, daß auf jeden von uns mehr oder minder das sociale Milieu abfällt, worin er lebt. Wenigstens hat sich noch kein Blatt unserer speciellen Richtung bei aller principiellen Polemik gegen den Genossen Vollmar der Kampfwelt schuldig gemacht, ihm nachzusagen, daß Vollmar „kurz zuvor noch, ehe es galt, den bayerischen Reaktionen zu schmeicheln, dem wilden Radikalismus gehuldigt habe, der sich jetzt in den denkbar mildesten Socialismus gewandelt“ habe. Es ist das Privilegium der Sittenwächter im „Vorwärts“, in dieser Kampfwelt eine Veredelung der Parteifritten zu erwidern und gleich ein Beispiel von verblüffender Beweisstärke zu liefern.

Es ist nur noch erforderlich, die „revisionistischen Ansichten“ des Leipziger Redacteurs von „ehedem“ an einem Beispiel zu kennzeichnen. In der Nummer des Stuttgarter „Schwabenpiegel“ vom 5. Januar 1901 zeigte sich dieser Revisionismus in einem Leitartikel unter der Aufschrift „Im Jahrhundert des Socialismus“ also:

„Das Jahrhundert ist angebrochen, welches angeblich dem Socialismus gehören soll. Die socialdemokratische Presse hat nicht verfehlt, in Leitartikeln zur Jahrhundertwende das neue Jahrhundert für ihre Bestrebungen zu reklamieren und als dasjenige der Erfüllung zu bezeichnen. Doch mußte der Kenner der socialistischen Literatur in jenen Annahmen jene siegesfrohe Verneinung mit der vor zehn Jahren noch ein einfacher Jahreswechsel begrüßt wurde. Auch die nichtsocialistische Presse hat sich diesmal — trotz des jüngsten großartigen Wahlerfolges der Socialdemokratie in Württemberg — durch das portenbüchliche Triumphgeschrei der Socialdemokratie ausnahmsweise nicht ins Vorderhorn jagen lassen und ihre Leitartikel blieben frei von jenem spezifischen Duft unheimlicher Seelenangst, mit dem die bürgerliche Presse in früheren Tagen auf jeden Fortschritt der „revolutionären, internationalen“ Socialdemokratie reagierte. Man ist in beiden Lagern ruhiger geworden; das letzte Jahrzehnt socialdemokratischer Parteigeschichte hat beiden Teilen die Augen darüber geöffnet, daß die socialdemokratischen Wännen nicht in den Himmel wachsen und daß auch die beispiellosesten Wahlerfolge allein die Partei ihrem „Endziel“ nicht erheblich näher bringen.“

Ja noch mehr: in der Partei selbst ist seit mehreren Jahren eine fortschreitende Selbstbestimmung zu beobachten gewesen, welche selbstsam kontrastiert gegen das ungesunde Vorwärts-Stimmen und Drängen der früheren Tage. Die erhabene Selbstsicherheit, mit welcher die Parteiliteratur früher jeden Zweifel daran, ob die Partei auch auf dem richtigen Wege sei, a limine (von vornherein) ablehnte und selbstsicherlich mit dem Strom der wirtschaftlichen Entwicklung zu schwimmen vorgab, ist einer Selbstkritik gewichen, welche die Grundfragen des traditionellen Parteilebens in den eignen Reihen in Frage stellt. . . .

Je mehr die Partei tatsächlichen Einfluß auf das Staatsleben bekommt, um so mehr wird ihre demokratische Staatsfeindlichkeit zur Probe, um so mehr ist sie genötigt, den traditionellen Revolutionarismus in der Praxis zu verleugnen und in der Theorie zu corrigieren. . . .

Der Socialismus als Produktions- und Gesellschaftsform liegt nach alledem noch in weiter Ferne und insbesondere werden die Doktrinen der revolutionären Socialdemokratie noch viel Wasser in ihren Wein gießen müssen, wenn das zwanzigste Jahrhundert wirklich das Jahrhundert des Socialismus werden soll. Gleichwohl glauben wir, daß Vernunft Recht hat mit seiner Anschauung, daß die jetzige Generation noch sehr viel Socialismus erleben wird, in dem Sinne, daß der Staat in der Richtung einer Einschränkung des Privateigentums an den Produktionsmitteln liberaler da vorgehen wird, wo immer dies im Interesse der Allgemeinheit erforderlich scheinen wird. . . .

Der Socialismus wird in der That nur als Staats-socialismus zu verwirklichen sein. Dadurch wird die Socialdemokratie nicht überflüssig; ohne die Socialdemokratie werden wir auch keinen Staats-socialismus haben. Und je mehr die Socialdemokratie ihre theoretische Staatsfeindlichkeit aufgibt, um so mehr Socialismus wird es geben. Es wird also in erster Linie von der künftigen Haltung der Socialdemokratie selbst abhängen, ob und inwieweit das zwanzigste Jahrhundert in Wirklichkeit das Jahrhundert des Socialismus sein wird.“

Wo der „Revisionismus“ von „ehedem“. Aber: „Rein Leipzig lob' ich mir! Es ist ein klein Paris, und bildet seine Leute.“ —

## Ausland.

### Die neue Aera.

London, 19. Juni. (Fig. Ver.)

Das Budget 1902/3 hat bereits zu mehreren parlamentarischen Redebildungen Anlaß gegeben, aber keine kam der gestrigen an Kraft und historischer Bedeutung gleich. Besonders gilt dies von dem Angriff John Morleys auf den Kornzoll und auf die neue Aera. In diesem letzten großen Radikalen des 19. Jahrhunderts fanden die wirtschaftliche und politischen Lehren der Ventham und Mill, der Cobden und Gladstone einen würdigen Verteidiger.

Das gestrige Parlament hinterließ den Eindruck, als ob die Vertreter der britischen Nation vor den immer konkreter hervortretenden neuen Tendenzen zurückschreckten. Dies ist leicht begreiflich. Eine große Periode stürzt nicht ohne Bindungen ab.

Der Kornzoll, der imperiale Zollverein, die Empfehlung von Dampfsubsidien und der Wiederaufnahme der Navigationsakte haben den Briten mit dramatischer Plögligkeit die Thatsache zum Bewußtsein gebracht, daß die radikale, nur vom unbeschränkten Wettbewerb regulierte Wirtschaftperiode zu Ende sei. In der That, die wirtschaftlichen Anschauungen, die sich in der letzten Zeit geltend machen, deuten darauf hin, daß wir einer neuerkantilistischen Periode entgegengehen. Bislang war ihre Heranreife eine unabweisliche. Jetzt wird sie bewußt. Die Opposition wird deshalb kräftiger, weil klarer.

Morleys anderthalbstündige Rede war nicht nur gegen den Kornzoll gerichtet, sondern auch gegen eine Rede, die Mr. Seddon, der neuseeländische Premierminister, letzten Dienstag auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett gehalten hat. Seddon sprach natürlich für einen Vorzugstarif auf Grundlage des britischen Zollvereins und begründete sein Projekt mit der Erschütterung der englischen Handelsvorherrschafft. Dagegen erklärte Morley: „... Es ist nicht meine Absicht, die Projekte des Zollvereins und der Vorzugstarife zu prüfen. Aber mit diesem Projekte sind Gedanken verknüpft, die von hervorragender Bedeutung zu sein scheinen und die das Haus prüfen und zergliedern müßte. Was ereignete sich, als der Schatzkanzler den Kornzoll vorgeschlagen hatte? Der kanadische Premierminister erklärte sofort: „England ist für das Schutzzoll-System.“ Der Kornzoll ist thatsächlich eine Abgabe an die ganze Politik, die uns zu dem gemacht hat 'was wir sind.“ Morley vertritt sodann, daß Englands Vorherrschafft auf dem Weltmarkt erschüttert wäre, und operierte mit einer Statistik, die auf Durchschnittszahlen von 1860 bis 1900 beruhte — eine gewiß unwissenschaftliche Methode. Er sagte ferner: „Erst diesen Morgen wurden von einem wichtigen Blatte gewisse Vorschläge verteidigt, die Vorzugstarife gegen fremde Nationen und die Wiederaufnahme der Navigationsakte in sich schließen. Wir verstehen und nicht mehr. Man erklärt, daß 20. Jahrhundert sei seinem Vorgänger nicht gleich und müsse in einem eigenen Boote segeln. Wenn das 20. Jahrhundert in solchem Gewässer segeln will, dann fühle ich mich glücklich, den größten Teil meines Lebens im 19. Jahrhundert verbracht zu haben.“

Bezeichnend ist die inkonsequente Haltung des sonst so logischen Schatzkanzlers Sir Michael Hicks Beach, des Ministers des britischen geschunden Reichsverbandes. Sir Michael schlägt einen Kornzoll vor und verteidigt ihn eifrig. Darauf kommt der kanadische Premierminister und entfählt die imperialistische Bedeutung des Kornzolls. Der Schatzkanzler wird stutzig und giebt auf alle Anfragen unbestimmte Antworten. Einige Wochen später, im Laufe des südafrikanischen Sieges, erklärt er, es würde sich wohl lohnen, der imperialen Föderation wegen einige Opfer zu bringen. Gestern aber machte er eine Schwankung nach der anti-imperialistischen Seite, ohne indes den Kornzoll fallen zu lassen. Morleys Rede hatte ihm imponiert. Kaltherlich wird er heute wegen seiner Inkonsistenz von der Presse getadelt. Allein sie sieht nicht, daß seine schwankende Haltung eine tiefere Bedeutung hat. Er ist von den Ergebnissen überrascht worden, trotzdem er in ihnen die erste Figur war.

Die meisten dieser Debatten haben sich bis jetzt in der Kommissionsberatung abgespielt, die bekanntlich beim Budget und bei public bills (bei Vorlagen, die von der Regierung im nationalen Interesse eingebracht werden) vom ganzen Hause vorgenommen wird, wobei nur der Speaker (Präsident) abtritt und einem gewählten Vorsitzenden Platz macht.

Nächsten Montag erfolgt die dritte Lesung. —

### Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 20. Juni. Vor Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete Ministerpräsident v. Szell eine Interpellation des Abg. Bugatz (Merikale Volkspartei) bezüglich der Rahmregeln gegen die Einwanderung rumänischer Juden. Der Minister führt aus, es sei mit Rumänien vereinbart, daß jenen Juden, welchen der Uebertritt nach Ungarn verweigert wird, in Rumänien wieder Aufnahme finden. Den Einwanderern seien Bedingungen gestellt, die eine Niederlassung dieses Proletariats verhindern sollen, dessen Einströmen die ungarischen Juden auch nicht für wünschenswert erachten. Die Angelegenheit könne nicht vom antiemittischer Standpunkt behandelt werden. Die Regierung sei aus socialpolitischen Gründen genötigt, unter Aufrechterhaltung ihrer liberalen Anschauung das Land gegen eine Ueberflutung durch ausländische Einwanderer, ob Juden oder Nichtjuden, zu unterstügen. (Allgemeine Zustimmung.) Die Antwort wird einstimmig zur Kenntnis genommen. —

### Frankreich.

#### Briand und Millerand. — „Armee-Ehre“.

Paris, 19. Juni. (Fig. Ver.) In der letzten Sitzung der saubersischen Kammerfraktion hat Briand seinerseits zur Millerandschen Verwerfung des Generalstreiks Stellung genommen. Das ist offenbar eine Folge der bereits mitgeteilten bezüglichen Anfrage des gewerkschaftlichen Generalstreik-Komitees an die gesamte Fraktion. Briand machte, wie es im Protokoll der Fraktionssitzung heißt, die „nachdrücklichsten Vorbehalte“ gegenüber dem Millerandschen Standpunkt: „Wie auch jeder einzelne der Abgeordneten über die Wirksamkeit dieser Taktik denken mag, die socialistische Kammerfraktion hat nicht das Recht, den Generalstreik mit den gewöhnlichen Mitteln auf die gleiche Höhe zu stellen. Er ist im Gegenteil ein legales Mittel, dessen eventueller Gebrauch ein unbedingtes und unantastbares Recht zum Vorteil des Proletariats bildet, und die Fraktion hat die gebieterische Pflicht, dieses Recht mit der größten Energie zu verteidigen gegen jeden Versuch, der es zu schmalen bezweckt.“ Die Fraktion aber hat sich damit begnügt, Briands Erklärung „zur Kenntnis zu nehmen“, ohne sich selbst über die Frage auszusprechen. —

Der Fall des erblich werdenden Generals Bonnal zeigt wieder einmal, wie die höchsten Armee-Spitzen über die „Armee-Ehre“ denken. Die Verrentung einer Erbschaft von 240 000 Franken zum Nachteil eines minderjährigen Sohnes des Erblassers — das ist in den Augen des militärischen Untersuchungsrates, der über den Fall zu urteilen hatte, kein „Vergehen gegen die Ehre“. Dabei ist der Zahlbestand so klar wie nur möglich. Schon vor einigen Jahren wurde der General civilgerichtlich zur Rückzahlung des verrentierten Kapitals nebst Zinsen verurteilt, und in Ausführung dieses Urteils mußte er von seinem Gehalt alljährlich die gesetzlich zulässige Quote an den geprellten Erben abtreten, d. h. diese Quote wurde ihm einfach von der Staatskasse zu Gunsten des Erben vorenthalten. Jedes rechtliche sie nicht einmal zur Deckung der Zinsen des zurückzahlenden Kapitals. Daher die Beschwerde des volljährig gewordenen Erben beim Kriegsminister und das disciplinarische Vorgehen gegen den General.

Kriegsminister André hat aber etwas andre Ehrbegriffe als die Mitglieder bezw. die Mehrheit des militärischen Untersuchungsrates. Er hat nur mit den „Ueberlieferungen“ gebrochen, die eine Kenderung der disciplinarischen Entscheidung nur zu Gunsten des Offiziers gestatten, und auf das Gesetz zurückgegriffen, welches ihm allerdings nur erlaubte, den General Bonnal durch die Amtsentziehung in den Zustand der „Nichtaktivität“ zu versetzen. Diese Strafe kann höchstens drei Jahre dauern, worauf der Offizier entweder vor einen neuen Disciplinartrat verwiesen oder wieder zum aktiven Dienst zugelassen werden muß.

Die Nationalisten mühten die „Mühne“ Maßregel des Kriegsministers wohl oder über herunterzuziehen, trotz der angeblich hohen militärischen Verdienste des Erblassers. In einer patriotischen Interpellation einigte sich der Fall so verteuert wenig. —

Paris, 20. Juni. Deputiertenkammer. Sembat (Socialdemokrat) interpelliert über die Haltung der Regierung gegenüber den spanischen republikanischen Deputierten und wirkt ihr vor, daß sie eine Versammlung dieser Deputierten verbieten habe. Ministerpräsident Combes erwidert, die Versammlung sei von der vorigen Regierung mit Recht verboten worden. Frankreich müsse, wenn es Reciprocat erlangen wolle, seine internationalen Pflichten erfüllen. Pressensé (Soz.) wirft der Regierung vor, daß sie sich zum Gendarmerie Spaniens gemacht habe und bedauere, daß das republikanische Frankreich weniger Gostfreundlichkeit gezeigt habe, als das monarchische England. Schließlich nimmt das Haus mit 455 gegen 21 Stimmen eine von Combes gebilligte Tagesordnung an, welche von den Erklärungen der Regierung die Taditionen der Gostfreundschaft Frankreichs aufrecht zu halten, Akt nimmt. —

Paris, 20. Juni. Die Bureau der Deputiertenkammer haben heute eine besondere Kommission von 33 Mitgliedern gewählt, welche die Vorlage betreffend die direkten Steuern prüfen soll. Von den 33 Mitgliedern gehören 27 der ministeriellen Mehrheit an. Finanzminister Rouvier erklärte dem Bureau der Kammer, er werde sein Budget erst im Herbst einbringen, da er sich zuvor über die allgemeine finanzielle Lage orientieren müsse. Was die Frage einer Anleihe angeht, so könne er sich darüber noch nicht äußern, auch werde er eine solche erst dann beantragen, wenn er von der Notwendigkeit hierfür fest überzeugt sei, was gegenwärtig noch nicht der Fall sei. —

### England.

London, 21. Juni. Lord Ritchener reist Montag von Kapstadt nach England ab.

Lord Ritchener hat in einem Telegramm an das zu seinem Empfang zusammengetretene Komitee erwidert, mit Rücksicht auf seinen Mißerfolg in Südafrika von jeder Festlichkeit abzusehen; er wolle ebenso unbemerkt, wie er in den Krieg gezogen, auch zurückkehren. —

London, 18. Juni. Die irische Fraktion war gestern in einem der Kommissionszimmer des Unterhauses versammelt und beschloß, sich von der Krönungsfeier fernzuhalten. Gleichzeitig erhob sie Einspruch gegen die Mißwirtschaft der Regierung in Irland. Am Krönungstage (26. Juni) wird sie ein Massenmeeting in Dublin abhalten, um die Lage Irlands zu besprechen. —

### Verrottete Marine.

London, 20. Juni. Unterhaus. Bei der Beratung des Budgetpostens von 294 000 Pfund für die Admiralität bekämpft Lord Veresford in scharfer Weise das bestehende System der Marine-Verwaltung, das er als morsch und der Schlagfertigkeit der Flotte hinderlich bezeichnet. Verbesserungen bei der Flotte seien nur durch öffentliche Agitation zu Stande gekommen, dies beweise, wie verrottet das jetzige System sei. Campbell Bannerman verteidigt die gegenwärtige Verwaltung. Unterstaatssekretär der Admiralität Arnold Forster erwidert, Veresfords Ausführungen mit der Frage, in welcher Hinsicht er behaupte, daß die Flotte unschlagfertig sei. Die Verbesserungen seien nicht infolge öffentlicher Agitation, sondern auf dem regelmäßigen Wege des Vorschlags durch die Offiziere der Admiralität zu Stande gekommen. Die Admiralität sei mit den Mängeln, soweit solche bestehen, bekannt und eifrig beschäfftigt, denselben abzuwehren. —

### Schweden.

Strafbestimmungen für Arbeitsfestsetzungen, die mit Gefahren für die Allgemeinheit verbunden sind, verlangt die Gemeindevertretung Stockholm. Mit 41 gegen 34 Stimmen wurde am 18. Juni ein Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, dem nächsten Reichstag einen Gesetzentwurf zur Einführung von Strafbestimmungen zum Schutze von Arbeitsverträgen vorzulegen. — Die Veranlassung zu diesem Verlangen war selbstverständlich der großartige Wahlerfolg der Arbeiter, der jeden unparteiischen Denker mit Bewunderung erfüllt hat, in den Köpfen reaktionärer Banaliter aber Angst und Nachdruck erzeugt hat. —

### Amerika.

#### Der Kampf um den Isthmus-Kanal.

New York, 21. Juni. (N. Y. W.) Im Senat entschied der Uebertritt der Senatoren von Utah, Nevada und Colorado zur Panama-Partei unter Senator Hannahs Führung den Sieg für den Panama-Kanal, aber auch nur in der Form des Kompromißantrags Spooner, welcher lediglich die juristische Prüfung der Besitztitel anordnet, welche die jetzigen Inhaber derselben der Regierung anbieten. Werden diese als durchaus gut befunden, — was die Gegner für ausgeschlossen erklären, so soll nach dem Senatsbeschlusse der Aukauf dieser Titel für 40 Millionen Dollar erfolgen, wenn nicht aber die Nicaragua-Route gewählt werden. Das Repräsentantenhaus hat sich mit allen gegen nur zwei Stimmen — auch die Demokraten stimmten mit Senator Platt — bedingungslos für die Nicaragua-Route festgelegt, und Platt erklärt jetzt, er werde unter keinen Umständen dem Senate und Hannah weichen. Dieser antwortet seinerseits, wenn das Repräsentantenhaus die Panama-Bill nicht annehme, werde er jeden Kanalbau überhaupt unmöglich machen, bis die Gegner nachgegeben hätten, und da sie nicht wagen würden, vor dem Lande die Verantwortlichkeit für das Scheitern des Kanalbaus zu übernehmen, so werde Platt und das Haus der Gemeinen gezwungen sein, dem Senate und ihm, Hannah, zu weichen. —

Die Rubafrage. Wie dem „Daily Teleg.“ aus New York telegraphiert wird, dauert der Konflikt zwischen dem Präsidenten und der republikanischen Partei fort. Roosevelt besteht auf seiner Haltung, aber in politischen Kreisen glaubt man, daß der Kongreß die wirtschaftlichen Konzessionen für Ruba nicht genehmigen wird. Der Zukertrust scheint in den Beratungen der republikanischen Partei allmächtig zu sein. Die öffentliche Meinung steht indessen auf der Seite Roosevelts. —

### Partei-Nachrichten.

Zum Bericht über den bayerischen Parteitag ersucht und Genosse Herrmann Würzburg zu berichten, daß er nicht die Resolution Schmidt, sondern die Resolution Kollwagen-Braun begründet habe.

Totenliste der Partei. In Taucha starb am Mittwoch ein braver Parteigenosse, der Heizer und Maschinist Friedrich Angelfein. A. war nicht nur eifrig für die Partei thätig, sondern widmete seine Kräfte auch mit Eifer der gewerkschaftlichen Organisation. — In Durlach starb am denselben Tage einer von der alten Garde, Genosse Daniel Meyner, der namentlich während des Socialistengesetzes sich viele Verdienste um die Partei erworben hat.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zimmer noch Maifeier-Nachläge. Eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter-Verbandes in Groß-Flottbeck begaben sich am Morgen des 1. Mai in zwanzigen Gruppen von zwei und drei Personen nach Westebden zur Teilnahme an der Versammlung. Die Behörde sah darin einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug und sandte 14 Teilnehmern Strafmandate über je 4 M. zu. Alle beantworteten gerichtlich Entscheidung; aber das Schöffengericht in Blankenese bestätigte die Strafmandate.

Auch eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel! Die Kommittee bei Kottowitz hatte im verfloffenen Jahre für ihre Arbeiter ein großes Vergnügen veranstaltet, das im sogenannten Dienstoff stattfand. Auf Einladung des Vergnüglichen Schilow war auch Dr. Winter aus Deuthen erschienen. Dieser ließ es sich im Kreise von etwa 30 bis 50 Freiteilnehmern wohl sein, die sich mit ihm etwas absetzte vom großen Trubel im Walde niederließen. Man unterhielt sich über alles Mögliche. Ein Gendarm, der aufmerksam geworden war und dem einzelne Brocken aus der Unterhaltung zugetragen wurden, machte aus diesem Anlaß Anzeige wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung unter freiem Himmel und veranlaßte ein Strafverfahren gegen Winter. Das Gericht vermochte nur festzustellen, daß die Worte man müsse zusammenhalten, gefallen seien, und daß man vom Lein polnischer und deutscher Zeitungen gesprochen habe. Winter soll beobachtet worden sein, wie er redete, während die andren zuhörten. Ein Zeuge des Angeklagten sagte dagegen aus, daß man sich nur unterhalten habe; hintereinander hätte Winter höchstens 1/2 Minute lang allein gesprochen. — Trotzdem verurteilte das Landgericht zu Deuthen als Berufungsinstanz den Angeklagten wegen Verletzung der §§ 1 und 9 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 45 M. Begründend wurde u. a. angeführt: Auf Grund der Beweishebung sei das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen,



daß es sich hier um eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel handele, zu der es einer polizeilichen Genehmigung bedürfe. Der Angeklagte habe auf dem Feste an sich gar nichts zu thun gehabt. Er sei auf Einladung eines als Socialdemokrat bekannten Mannes gekommen und die Gesellschaft habe sich abgeföhndert und zurückgezogen. Hierauf und nach den übrigen Feststellungen sei als Erwähnung zu machen, daß von Winter und seinen socialdemokratischen Gefinnungsgenossen geplant gewesen sei, bei Gelegenheit des Festes zusammenzukommen, um socialdemokratische Parteiangelagenheiten, d. h. um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Somit komme nicht nur § 9, sondern auch § 1 des Vereinsgesetzes in Betracht, da nach dem letzten Absatz des § 9 neben dem § 9 auch § 1 auf öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel anzuwenden sei, wenn die Versammlung einer Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollte. Winter sei auch als Redner im Sinne der §§ 9 und 1 des Vereinsgesetzes anzusehen. Ganz unerheblich sei dabei, daß er nur wenige Worte gesprochen habe.

Der Angeklagte legte Revision ein und sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, machte vor dem Strafsenat des Kammergerichts geltend, daß die ganz belanglosen Einzelfeststellungen absolut ungeeignet seien, die vom Landgericht daraus gezogenen Schlüsse, die Schluffestellung, zu rechtfertigen. Festgestellt seien ja nur einige Redebroden ohne irgendwelchen Zusammenhang. Und wenn jemand zusammenhängend nur eine halbe Minute spreche, dann sei das doch seine Rede.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision, weil sie an den tatsächlichen Feststellungen scheiterte, auf die die §§ 1 und 9 des Vereinsgesetzes ohne Rechtsirrtum angewendet worden seien. Ob die „Feststellung“ des Landgerichts dem Ergebnis der Beweiserhebung entspreche, habe die Revisionsinstanz nicht nachzuprüfen.

**Klage nur zu, mit einer nicht erweislich wahren Thatsache!** bleibt der Redacteur doch hängen! — Der frühere Landrichter Schubert in Altenburg hat im August 1899 einer Frau L. in Schmöln, wo er Amtsrichter war, in nichtamtlicher Eigenschaft, angeblich auf deren Bitte ein Testament aufgesetzt, worin er, wie es sich bei der Eröffnung nach deren Tode herausstellte, mit einer Summe von 20000 M. bedacht war. Die Erben der L. suchten das Testament an, weil die L. schon vorher ein solches hatte aufstellen lassen und machten weiter geltend, daß die L. zur Aufstellung eines Testaments nicht mehr die erforderliche Geistesklarheit besessen habe, und brachten als Beweis eine Anzahl ärztlicher Urtheile bei, sowie daß die L. als sie vor Gericht in andern Prozessen zeugeneidlich vernommen werden sollte, wegen ihrer Geisteschwäche unbeeidigt blieb. Die Handlungsweise Sch. wurde in Altenburg, wohni Sch. mittlerweile als Landrichter versetzt worden war, Tagesgespräch und kam schließlich in die Zeitungen und auch zur Kenntnis des Altenburger Ministeriums. Dieses forderte von Schubert Aufklärung; aber sein Antwortschreiben enthält Unrichtigkeiten, die er dann nach einigen Tagen berichtete. Das Militär-Ehrengericht hat Sch. vernommen und darauf erfolgte seine Entlassung mit schlichtem Abfchied. Auch aus dem Staatsdienst wurde er auf sein Ansuchen ohne Pension entlassen. Sch. wollte sich in Romberg als Rechtsanwalt niederlassen; sein Gesuch wurde aber sowohl von der Anwaltskammer als auch vom Ehrengerichtshof des Oberlandesgerichts in Jena wegen seines Verhaltens in der L. schen Erbschaftsangelegenheit abgelehnt, in der Hauptsache deswegen, weil er das Vertrauen und die Achtung, die gerade die Rechtsanwaltspraxis erfordert, nicht mehr besäße. Die Beschwerde Sch. an den Ehrengerichtshof des Reichsgerichts wurde für begründet erachtet und die erstinstanzlichen Urtheile aufgehoben. Von diesen Thatsachen hatte die Altenburger Volkszeitung und nach ihr auch die Leipziger Volkszeitung Notiz genommen, wobei sie irrtümlicherweise berichteten, daß auch das Reichsgericht dem Urteil der Anwaltskammer und des Ehrengerichtshofes beigetreten sei. Auf diesen für die Kritik an dem Gebahren des Herrn Sch. recht nebenfälligen Punkt fußend, erhob derselbe gegen den Genossen Pollender von der „Leipz. Volksztg.“ Verleumdungsklage. Vor Gericht wurde der Beweis der Wahrheit für alle Thatsachen, bis auf die oben als irrtümlich gekennzeichnete, erbracht, und das Gericht mußte leider Herrn Sch. den Gefallen thun, Pollender wegen dieses Vergehens zu einer Geldstrafe von 25 M. zu verurteilen. Gerechtigkeit ist der eifersüchtige Klagesteller dadurch allerdings nicht; das Urteil gegen ihn ist um so schwerwiegender, als Pollender das Schicksal der meisten andern socialistischen Redactoren teilt, sehr viel Vorsprosen hat und erst jüngst nach einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe die deutsche Freiheit wieder sah. An der Hand dieser Thatsache kann man ermessen, wie hoch das Leipziger Gericht die Ehre des Herrn Schubert einschätzte.

**Wegen Verleumdung des altdeutschen Professors Haffe** wurde Genosse Fleischer von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Die fragliche Notiz war aus der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt und hatte seiner Zeit auch dem Genossen Pollender schon zwei Monate eingebracht.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Cementindustrie enthält der jüngst erschienene Jahresbericht der Handelskammer in Oppeln eine im ganzen die Verhältnisse treffend schildrende Auffassung, bei deren Bewertung jedoch in Betracht gezogen werden muß, daß die Oppelner Handelskammer, was die Frage des Schutzzolles anbetrifft, im wesentlichen auf dem vom Centralverband deutscher Industrieller eingenommenen Standpunkt steht. Es heißt in diesem Bericht:

Die Ueberproduktion, welche aus der in vielen Fällen planlosen und unter ungünstigen Vorbedingungen erfolgten Errichtung zahlreicher neuer Cementfabriken hervorging, erwies sich als so gewaltig, daß alle Bemühungen, den Zusammenbruch durch Syndikate und Verkaufsvereinbarungen aufzuhalten, erfolglos blieben. Das Jahr begann in der Portland-Cement-Industrie mit einem Konkurrenzkampf der zu einem Syndikat geeinigten Westdeutschen Cementfabriken gegen diejenigen Cementfabriken, welche die Erfolgslosigkeit der Syndikatsbestrebungen voraussehen und sich den letzteren fernhielten. Es stellte sich bald heraus, daß das Syndikat und die zu ihm gehörigen ähnlichen Verkaufsvereinbarungen der Ueberproduktion nicht Herr zu werden vermochten. Die ungeheuren Mengen von Portland-Cement, welche das Syndikat unterbringen sollte, waren umso weniger veräußlich, als der Bedarf an Portland-Cement nicht nur im Inlande, insofern der schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse, keine weitere Ausdehnung gewann, sondern auch der Export eine sehr erhebliche Abnahme erfuhr. Die letztere Erscheinung ist für die deutsche Portland-Cementindustrie, welche den Weltmarkt bisher in erster Reihe beherrschte und hierauf nicht zum wenigsten ihre große Entwicklung zurückführte, von einschneidender Bedeutung und findet ihre Erklärung nur zum kleinsten Teile in einer vorübergehenden Minderaufnahmefähigkeit der Importländer für deutschen Portland-Cement.

In der Hauptsache ist die schwierige Lage des deutschen Cement-Exportgeschäfts in dem Umfange zu suchen, daß Länder, die bisher deutsche Ware importierten, dazu übergegangen sind, Portland-Cement im eignen Lande in großen Mengen herzustellen. Insbesondere ist in Nordamerika innerhalb ganz kurzer Zeit eine großartige Portland-Cementindustrie entstanden, die heute schon den dortigen Markt so ausgiebig versorgt, daß der deutsche Export nach Nordamerika in einem raschen Rückgange begriffen ist. In Europa sind es namentlich Belgien, Oesterreich, die Schweiz und Rußland, welche der deutschen Cementindustrie scharfe Konkurrenz machen. Würde letzteres nur auf dem Exportmarkt geschehen, so bräuhete die deutsche Portland-Cementindustrie unter gleichen Verhältnissen diese Konkurrenz nicht zu scheuen. Die Verachtlichung, welche die deutsche Cementindustrie durch die Cementindustrie der genannten Länder erfährt, beruht vielmehr darauf, daß diese Länder ihre Ueberproduktion nach Deutschland selbst unter den günstigsten Vorbedingungen abschieben, die darin bestehen, daß die

ausländische Cementindustrie auf ihrem Heimatmarkt durch hohe Zölle auf deutschen Cement vor der deutschen Konkurrenz geschützt ist, daher hohe Inlandspreise erzielen kann und dadurch desto eher in der Lage ist, ihre Ueberproduktion zu den billigsten Preisen nach Deutschland zu verkaufen.

Die auswärtige Konkurrenz auf dem deutschen Cementmarkt ist von ziemlich nebensächlicher Bedeutung; die Hauptwiderstände, mit denen die deutsche Cementindustrie zu kämpfen hat, sind dadurch entstanden, daß während der Prosperitätsjahre von 1895/1900 eine lange Reihe neuer Anlagen und Betriebserweiterungen entstanden sind, zum Teil in der Hoffnung auf die Annahme des Mittelkanal-Projekts durch das preussische Abgeordnetenhaus, und daß gleichzeitig in den Vereinigten Staaten von Amerika und verschiedenen europäischen Staaten sich eine einheimische Cementindustrie entwickelt hat, die den dortigen Markt dem deutschen Export entzieht.

Der Vereinsring hat aus der Annahme der Brauntweinsteuer-Novelle durch den Bundesrat alsbald Kapital geschlagen, indem er nach dem „V. Z.“ die Spritpreise effektiver und per Juli-Lieferung auf 40,40 M., August 40,90, September 41,40 M. erhöhte.

**Harpener Bergbau-Gesellschaft.** In seiner gestrigen Sitzung beschloß der Aufsichtsrat, in einer auf den 29. Juli einzuberufenden Generalversammlung den Aktionären die Erhöhung des Aktienkapitals von 52 Millionen auf 60 Millionen und weiter die Ausgabe der früher bereits genehmigten Obligationen-Anleihe, welche bei eintretendem Bedarf erfolgen soll, vorzulegen. Die Geldmittel sollen zur Fortführung der im Bau begriffenen Anlagen und zum Ersatz der Betriebsmittel dienen, welche durch die Uebernahme der Zeche „Scharnhorst“ und Ausführung von Neuanlagen in Anspruch genommen sind. Die neuen Schachtanlagen werden eine Erhöhung der Beteiligungssumme am Kohlenfundat um 1 080 000 Tonnen herbeiführen. Die neuen Aktien sollen am 1. Juli d. J. an der Dividende teilnehmen; die Aktien sollen den Aktionären angeboten werden, wobei 140 Prozent als Bezugspreis in Aussicht genommen ist. Der Ueberfchuß des mit dem 30. Juni zu Ende gehenden Geschäftsjahres wird 14 Millionen (gegen etwa 18 Millionen Mark Ueberfchuß im Vorjahr) betragen, wovon eine Dividendenzahlung von 10 Proz. in Aussicht genommen ist. Der Ueberfchuß des Monats Mai beläuft sich auf 1 044 000 M. bei 24 Arbeitstagen.

**Zur Angelegenheit der Hannoverischen Straßenbahn** schreibt unser hannoversches Partei-Organ: Der Kraleß geht weiter. Der Vorsitzende der „Schwarzvereiner“ der Aktionäre, Rentier Scheller hat rechtzeitig Protestklage gegen die Genehmigung der Bilanz pro 1901 erhoben, und zwar unter ausführlicher Begründung. Namentlich ist Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht auf den 9. Juli anberaumt worden. Die Negativklage gegen den früheren Vorstand und den Aufsichtsrat anzutreten, hat der zu diesem Zwecke gegründete Rechtsschutzverein übernommen. Die Klage soll eingereicht werden, sobald die genügende Zahl Aktien dafür vorhanden ist.

**Ausländische Anleihen.** Nach Pariser Meldung ist dort nun doch ein Abkommen über die seit langem von Bulgarien erstrebte Anleihe zu Stande gekommen. Ihre Höhe beläuft sich auf 100 Millionen Franks, verzinslich mit 5 Prozent. Die Anleihe ist in 50 Jahren rückzahlbar und wird durch die Einnahmen aus der bulgarischen Tabaksteuer garantiert. — Auch Dänemark beabsichtigt, wie die „Frl. Ztg.“ meldet, eine Anleihe von 1 Million Pfd. Sterl. in London und New York aufzunehmen.

**Amerikanischer Fleischverhandlung.** „Chicago Chronicle“ meldet: Vier große Fleischverhandlungshäuser haben beschlossen, sich zu vereinigen. Große Firmen sollen zu der Vereinigung zugelassen werden, die mit einem Kapital von einer Milliarde Dollar zu arbeiten beabsichtigt und den Namen „American Meat Company“ führen dürfte.

## Gewerkschaftliches.

### Deutsches Reich.

**Lohnbewegungen der Maurer.** Die Beteiligung am Streik in Stuttgart ist eine allgemeine. Die Zahl der Ausständigen beträgt über 1200. Streikbrecher sind fast gar nicht vorhanden.

Der Streik in Schönebeck-Salza, der länger als acht Wochen dauerte, hat kein Erfolg gehabt und ist jetzt als beendet erklärt worden. Die Streik-Kommissionenmitglieder sollen nicht wieder eingestellt werden.

Der Streik in Jena ist ebenfalls als verloren zu betrachten, die Fortsetzung des Kampfes ist, weil völlig aussichtslos, eingestellt worden.

Auf Ersuchen der Streikenden in Remmshausen, den Streik auf gütlichem Wege beizulegen, hat die Innung geantwortet, daß sie zu Unterhandlungen bereit sei, jedoch nicht vor dem 25. Juni.

**Die Schadenersatzklage der ausgesperrten Werftarbeiter** gegen die Firma B. Blohm u. W. in Hamburg ist vom Hanseatischen Oberlandesgericht abgewiesen. Es handelt sich um den bekannten Prozeß, wo die Kläger sich auf § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützen, weil es ihnen durch den Aussperrungsbeschluß der Unternehmer unmöglich gemacht wurde, Arbeit zu finden.

### Ausland.

In Triest traten 450 Arbeiterinnen zwölf verschiedener Handelsfirmen und 40 Arbeiterinnen einer Seilereiwegen Lohnunterschieden in den Aufstand.

Zum Aufstand der Straßenbahner in Neapel wird berichtet, daß Unterhandlungen wegen Beilegung des Streiks im Gange sind, und die Drohkulissen, die sich mit den Straßenbahnangestellten solidarisch erklärt hatten, die Arbeit größtenteils wieder aufgenommen haben.

Etwas 40 000 Bergleute von Norfolk waren letzten Montag bei ihrer Jahresdemonstration in Rochester anwesend. Der Hauptredner war Mr. Bidard, Parlamentsmitglied und Präsident der Bergarbeiter-Äderation. Es wurden Resolutionen angenommen gegen den Korojko, gegen die Schulvorlage und für Amendierung des Gesetzes, betr. Unfallentschädigung und für Alterspensionen.

## Gerichts-Beilage.

**Ein ungeheurer Kasserer.** Wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern hatte sich der ehemalige Kasserer des Centralverbandes der Zimmerer, Karl Lange in Charlottenburg, vor der Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Lange verwaltete in Charlottenburg seit drei Jahren die Kasse des Verbandes. Nachdem er schon längere Zeit hindurch die Beiträge unrechtmäßig abgeführt hatte, machte er am 14. Oktober v. J. dem Ortsvorsitzenden die Mitteilung, daß er um 706 M. bestohlen worden sei. Einen Betrag von etwa 500 M., den er abgeliefert hätte, die Diebe unberührt liegen lassen. Lange erstattete auch der Polizeibehörde Anzeige. Die amtlichen Nachforschungen führten jedoch zu der Vermutung, daß der Diebstahl fingiert sei und so wurde denn gegen Lange Anklage erhoben. In der Verhandlung beteuerte der Angeklagte, daß er unfauldiig sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und sofortige Verbannung. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, nahm jedoch in Rücksicht auf die Familie des Verurteilten von der sofortigen Verbannung Abstand.

## Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für Schöneberg hielt Dienstag seine Mitgliederversammlung bei Obf. ab. Zuerst wurde das Resultat der hiesigen Stadterordneten-Wahl bekannt gegeben, welches für uns günstig ausfiel. Darauf hielt Genosse Ralisch einen Vortrag über „Gourgeoisie und Klassenkampf“. Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf das Stiftungsfest am 22. Juni aufmerksam gemacht.

**Lichtenberg.** Der Socialdemokratische Wahlverein nahm in seiner Versammlung vom 17. d. M. einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Paul John über die Thätigkeit des Reichstags entgegen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf Vorschlag der Abteilungsleiter die Genossen Vink für den 5. Bezirk und Genosse B. Schulz für den 9. Bezirk als Bezirksleiter bestätigt. Die Unzulässigkeitserklärung der Mandate der Genossen Kette und Weiffel sowie der Einverleibungsvertrag der Gemeinde Lichtenberg mit Berlin sollen Gegenstand der Verhandlung einer Vollversammlung sein. Die Einleitung des Verwaltungs-Streitverfahrens gegen den Beifall der Gemeindevertretung resp. die vorbereitenden Schritte der, durch das Verhalten der „Freiwilgigen“ zu einer stehenden Einrichtung gewordenen Erbschaft wurden dem Vorstände und den Genossen in der Gemeindevertretung übertragen.

**Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse.** Heute Sonntag: Abstr. 123 bei Diele und Mariannenstr. 48 bei Viehhofen von 3-6 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ehrenjungfrauen und Garnison.

**Krefeld, 21. Juni. (B. Z. V.)** Der Oberbürgermeister erhielt gestern abend folgendes Telegramm:

Villa Hügel. Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs soll Krefeld Garnison erhalten. Ich bitte, baldige Vorschläge über Unterbringung eines Husaren-Regiments in der Stadt und Schaffung eines Eserzierplatzes in der Umgegend anzugeben. v. Bissing.

Diese Verlegung eines Husaren-Regiments bedeutet die ungehende Einlösung eines Versprechens, das der Kaiser nach der „Mein-Beif. Ztg.“ den dortigen Ehrenjungfrauen gegeben: Bei seiner Abfahrt fragte der Kaiser die Ehrenjungfrauen, ob sie auch tüchtig mit jungen Leuten anstanzten. Als ihm gesagt wurde: „Wir besitzen hier leider wenig Leutenants“, erklärte der Kaiser: „Dann muß ich Ihnen einige her-schicken“, und zum Schluß rief er noch huldvoll: „Ich werde mein Wort einlösen.“ Nun haben die Ehrenjungfrauen ihre Leutenants!

### Sandal in einem östreichischen Provinzial-Landtag.

**Kaibad, 21. Juni. (B. Z. V.)** Bei der heutigen Verhandlung des Landtages über die Dringlichkeitsanträge der Slowenischen Merkmalen auf Abänderung der Landtags-Wahlordnung erhob Gribar den Vorwurf, daß die Veröberung vor dem Wahlen von der Kanzel und dem Beifall aus beeinflusst worden sei. Susterfisch verlangte, daß Gribar zur Ordnung gerufen werde. Der Stellvertreter des Landeshauptmanns entsprach aber diesem Ansuchen nicht. Alsdann begannen vier slowenische radikale Abgeordnete einen ohrenbetäubenden Lärm durch Schlagen mit Häkern und Stöcken und Benutzung von Klackertrompeten und ihren Keckern, auch nicht die ihrer eignen Partei, zu Worte kommen. Nach mehrstündiger Obstruktion wurde die Sitzung unter ständiger Trommel und Pfeifen geschlossen.

### Polenpolitik in Galizien.

**Lemberg, 21. Juni. (B. Z. V.)** Landtag. Landmarschall Graf Potocki kündigte eine Reihe von Vorlagen, darunter entsprechende socialökonomische Gesetze und Vorkehrungen an, damit so traurige Ereignisse wie anlässlich der letzten Arbeitslosigkeit in Lemberg verhütet werden. Sowohl in sozialen wie nationalen Verhältnissen sei der Staat eine destruktive Kraft, welche mit ihren Folgen gerade auf der gegnerischen Seite Widerstandswirkungen hervorruft. Hierfür seien Beweise auch in andern Fällen als den in Rede stehenden vorhanden. Schon durch die Geschichte der polnischen Nation werde dargethan, daß ein lebensfähiges Volk, welches seine Vergangenheit hochhalte und die Kraft zu künftiger Thätigkeit besitze, weder durch beeinträchtigende Ausnahme-Gesetze, noch durch andre nationale oder wirtschaftliche Verfolgungen ausgerottet werden könne. Die Antwort darauf und eine Abwehr der Bedrohungen und der Ungerechtigkeiten sollten nicht unnütze Demonstrationen und noch so schön klingende Reden sein, sondern um so intensivere Arbeit, beiführende Steigerung und Sammlung der nationalen Kraft sowie Aufopferung und wahrer Erfüllung der schwierigen Pflichten. Aus diesem Grunde müsse auch hier zu Lande jede Ausherrung, sei es socialen, sei es nationalen Hasses als in ihren Folgen für das ganze Land schädlich und nicht einmal für die eigene Nationalität nützlich verurteilt werden. Möge jede Nationalität zu Gunsten der eignen Entwicklung und für den eigenen Fortschritt ohne Vorurteil gegenüber der andern Nationalität nachdrücklich wirken und sie werde sicherlich günstige Resultate erzielen. (Beifall.)

Weiter wird aus Lemberg gemeldet: Eine vertrauliche Versammlung von Abgeordneten sämtlicher Landtagsklubs und Mitgliedern des Polenklubs des Reichsrats hat mit großer Stimmenmehrheit folgenden Beschlufsantrag angenommen: Da die im Landtag am 30. Dezember 1901 abgegebene Declaration betreffend die arge Bedrückung unserer Cornationalen unter preussischer Regierung und das vom Landmarschall in seiner heutigen Ansprache Gesagte unseren Gefühlen und unserer Ueberzeugung entsprechende Ausdruck gegeben haben, erklären wir uns gegen alle Anträge, welche etwa im Landtage in dieser Richtung eingebracht werden sollten, und wir fordern die Mitglieder des polnischen Landtagsklubs auf, sich diesem Beschlufse zu fügen.

### Senat.

**Rom, 21. Juni. (B. Z. V.)** Bei der Beratung des Budgets des Innern erklärt der Minister Giolitti: Bei den Umständen müsse die Regierung ihr Augenmerk darauf richten, daß dieselben nicht zu Tumulten ansetzen; er habe darum angefordert, daß die Anträge in Rom sehr strenge Maßnahmen getroffen, damit die Ruhe dort nicht gefährdet werde; er werde überhaupt gegen jedermann streng die Gesetze in Anwendung bringen. (Beifall.) Hierauf wird das Budget des Innern mit 98 gegen 18 Stimmen genehmigt und die Sitzung geschlossen.

**Berlin, 21. Juni. (B. Z. V.)** Nach einer telegraphischen Meldung des kaiserlichen Gouverneurs Deutsch-Südwest-Afrika ist zugleich mit einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Windhoek der Verkehr auf der ganzen Bahnlinie Swakopmund-Windhoek am gestrigen Tage eröffnet worden.

**Gleiwitz, 21. Juni. (B. Z. V.)** Die der „Oberfleschische Wandrer“ meldet, lösten sich in dem benachbarten Orte Kaufen, als die Schenke des Rudolffes wegen Ueberfüllungsgeschäft geöffnet werden mußte, während der Arbeit mehrere Wägen los und rissen die zunächst stehenden Personen in die Fluten. Der Brandmeister Rilias wurde getötet, zwei Personen wurden schwer, mehrere andre leicht verletzt.

**Haag, 21. Juni. (B. Z. V.)** Im hiesigen Gefängnis verurteilten 12 Gefangenen während eines Spazierganges auf dem Gefängnis-hofe. Sie überfielen zwei Aufseher, fesselten diese, bemächtigten sich der Schlüssel und entkamen unbemerkt. Bis her sind zwei der Flüchtlinge wieder ergriffen worden.

**London, 21. Juni. (B. Z. V.)** Nachdem die Pforte sich als ohnmächtig erwiesen hat, dem ungeschicklichen Piratenwesen im persischen Golf zu steuern, hat die englische Regierung beschlossen, namentlich selbständig vorzugehen.

**Rom, 20. Juni. (B. Z. V.)** Bei den Ausgrabungen auf dem Forum Romanum wurde in der Nähe des Tempels der Faustina die erste der alten Nekropolis von Rom angehörende Grabstätte einer nicht durch Feuer besattelten Leiche aufgefunden. In dem Grabe fand man Teile eines Skeletts, von welchem man annimmt, daß es aus den Zeiten der Gründung Roms stammt.



Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

Stuttgart, 20. Juni 1902.

Fünfter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Legien eröffnet die heutige Sitzung und teilt im Auftrage des Regierungsvizepräsidenten Dr. Böcker mit, daß dieser vom Reichsamt des Innern zu rein informativem Zweck zum Kongress geschickt sei.

Waller-Hamburg ist mit dieser Erklärung zufrieden gestellt. Käning-Stuttgart referiert über das Thema „Hausindustrie“.

Er giebt ein Bild des Umfangs der Hausindustrie in den verschiedenen Branchen. Der Redner weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Notlage der Heimarbeiter sie geistig so abgestumpft habe, daß sie dem Organisationsgedanken völlig verständnislos gegenüber stehen.

Resolution vor:

Zu Anbetracht dessen, daß die Hausindustrie mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit, ihren niedrigen Löhnen und ungehinderten Arbeitsstätten nur dazu angethan ist, die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wirtschaftlich und geistig zu verelenden, dem Unternehmertum die Würde zu rauben, geistlichen Arbeiter zu ignorieren und somit die ständige Gefahr in sich birgt, die soziale Lage der in Fabriken, Werkstätten usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf das niedrigste Niveau herabzudrücken; erklärt der Kongress, daß einzig und allein durch ein vollständiges gesetzliches Verbot der Hausindustrie die Schäden derselben zu beseitigen sind.

- Als Uebergangsstadium fordert der Kongress: 1. Ausdehnung der Arbeiterchutz- und Versicherungsgesetze auf die gesamten Heimarbeiter. 2. Vollständiges Verbot der Heimarbeit. 3. Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter die Kontrolle durch die Gewerbe-Inspektion. 4. Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit. 5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion zur Einsicht vorzulegen. 6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nachtarbeit. 7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist. 8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schlichtergerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen sind. 9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit. 10. Verbhängung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Am diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Gesamtbevölkerung auf die Gefahren der Hausindustrie aufmerksam zu machen, beauftragt der Kongress die General-Kommissionen, während der nächsten Reichstagsession einen allgemeinen Heimarbeiterchutz-Kongress nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelnen Parteien des Reichstags dazu einzuladen.

Legien erklärt der Kongress es als eine Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, thätig an der Organisation der Heimarbeiter und Arbeiterinnen mitanzuhängen.

Mitter-Berlin erwidert die anwesenden Regierungsvertreter, beim Bundesrat dafür eingetreten, daß die Heimarbeiter in die Krankenversicherung einbezogen werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es folgt nun der Punkt Arbeitslosen-Statistik und Arbeitslosen-Versicherung.

Vom Referenten v. Elm-Hamburg liegt die folgende Resolution vor:

- 1. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstüzung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streik oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist; die Arbeitslosen-Unterstützung darf nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Stüzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen. 2. Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosen-Versicherung fordert der Kongress das uneingeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts in Gewerbe, Hausindustrie, Schiffahrt, Landwirtschaft, Staatsbetrieben und in häuslichen Diensten; die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die beruflichen Organisationen, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosen-Zählungen und die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung durch Organisation von Arbeitsbörsen, zu deren Erbauung und Unterhaltung die Einzelstaaten und die Gemeinden zu verpflichten sind. 3. Der Kongress verwirft jedes System einer Arbeitslosen-Versicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosen-Unterstützung am Orte oder auf der Reihe zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände. 4. Die Deckung der Kosten des Reichs-Arbeitslosenversicherungszuschusses geschieht zur Hälfte aus Reichsmitteln, die andre Hälfte der Kosten ist durch die Berufsgenossenschaften zu decken. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe hat das Reichs-Versicherungsgesetz die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen auf dem Wege des Umlegeverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben sind. Tschendörfer-Berlin beantragt: An Stelle von Nr. 3 und 4 der Resolution v. Elm sind folgende Sätze einzufügen: 3. Im Interesse einer baldigen Einführung der Arbeitslosen-Versicherung empfiehlt der Gewerkschaftskongress die Zusammenwirkung der Kronenlöhner, Ortsverbände und Gewerkschaften, und zwar dergestalt, daß 1. durch Beitragszuschläge der Kronenlöhner

die notwendigen Einnahmen erzielt werden, 2. durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Ortsverbände, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Arbeitslosenfonds verwaltet wird, und 3. die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung in den Geschäftsstellen der Gewerkschaften erfolgt.

4. Der Gewerkschaftskongress behält sich weitergehende Vorschläge für die Zukunft vor, erachtet jedoch die Arbeiterschaft Deutschlands und deren Vertretung in den Gemeinderäten und den Parlamenten, fortgesetzt dahin zu wirken, daß für derartige Unterstützungszwecke aus öffentlichen Kassen erhebliche Zuschüsse geleistet werden und eine Zentralisation der Arbeitslosen-Versicherung auf dem Boden weitgehender Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird.

v. Elm-Hamburg fährt aus: Die Arbeitslosen-Versicherung ist auch vom Standpunkt der heutigen Gesellschaft wünschenswert. Es ist grundsätzlich notwendig, daß die Arbeitgeber zur Versicherung herangezogen werden, sie müssen ein Interesse an der mehr oder weniger großen Arbeitslosigkeit haben. Daß die Arbeiter an der Unterstüzung der Arbeitslosen Kollegen ein Interesse haben, ist längst praktisch entschieden. Ich halte es für falsch, prinzipiell für eine Gemeindeversicherung einzutreten. Das Reich ist dafür geeigneter, denn Gemeinden mit einer einzigen großen Industrie würden bei einer Krise gar nicht im stande sein, die Versicherung der Arbeitslosen finanziell durchzuführen. Um die Frage der Kosten festzustellen, sind Zählungen der Arbeitslosen notwendig. Sollte die Reichsregierung diese Zählungen vornehmen, die deutschen Gewerkschaften würden ihr gern dabei helfen. Sollen die Zählungen brauchbares Material ergeben, so ist die Mithilfe der Gewerkschaften gar nicht zu entbehren. Man wird im wesentlichen die Gewerkschaften heranziehen müssen, die jetzt schon Arbeitslosen-Unterstützung zahlen. Die großen Schwierigkeiten, die Frage zu lösen, ergeben sich bei der praktischen Inangriffnahme. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Arbeitslosen-Versicherung an die bestehende Versicherungs-Versicherung anzuschließen. Sicher ist, daß es sich bei Arbeitslosigkeit um andere Dinge als bei Unzufriedenheit, Unfall oder Krankheit handelt. Schwierigkeit bereitet die Frage, in welchen Fällen der Arbeitslose unterstüzt werden soll. Die streikenden Arbeitslosen scheiden natürlich aus.

Den Gedanken einer Arbeitslosen-Reichsparlasse weisen wohl alle organisierten Arbeiter weit ab. Wir können uns eine Arbeitslosen-Versicherung überhaupt nur denken, die aufgebaut ist auf der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft. (Sehr richtig.) Tschendörfer macht den Vorschlag, die Arbeitslosen der Krankenversicherung anzuschließen. Ich halte den Weg für ungangbar. Die deutschen Arbeiter haben das Recht, diese Selbstverwaltung zu verlangen auf Grund dessen, was sie bisher auf diesem Gebiete geleistet haben. Die Reichsregierung sollte endlich einmal aufhören, die Gewerkschaften lediglich als Streikflotten zu betrachten. Sie sollte endlich einmal den Überglauben lassen, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauert. Starke Organisationen verhindern wilde Streiks. Gut gestützte Klassen feigen das Verantwortlichkeitsgefühl der organisierten Arbeiter. Die Regierung sollte sich endlich entschließen, die Organisationen der Arbeiter von allen noch bestehenden Fesseln zu befreien. Dazu gehört vor allem die Gewährung des Koalitionsrechts an alle Arbeiter, auch die Landarbeiter. Es wäre falsch, erst eine Arbeitslosen-Versicherung einzuführen und vielleicht später einmal Koalitionsfreiheit zu gewähren. Nein, umgekehrt: erst muß die Freiheit gegeben werden, Koalitionen zu gründen, dann kann man erst an die Arbeitslosen-Versicherung denken. Nur die frei organisierten Gewerkschaften können die Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein. (Sehr richtig.) Die Regierungen müssen endlich anerkennen was ist: daß nämlich die Arbeiterorganisationen in der heutigen Gesellschaft eine unbedingte Notwendigkeit sind. Also die Gewerkschaftsbewegung nicht hemmen, sondern fördern und ihr den nötigen Anreiz, irgend welche Kompromisse einzugehen, von denen ich glaube, daß sie das Besteheende, unsere Gewerkschaften, hemmen könnten. (Lebhafter Beifall.)

Tschendörfer begründet seinen Abänderungsvorschlag. Einigkeit herrsche über die Schwierigkeit der Lösung des Problems. Es gebe viele Gewerkschaften, die von einem Eingreifen des Staates gar nichts wissen wollten. Ohne dieses Eingreifen werde es aber nicht gehen. Die verschiedensten Vorschläge seien gemacht worden. Wollen wir eine Reichs-Arbeitslosen-Versicherung das Wort erheben, bei deren Einrichtung die Arbeiter fast ausgeschlossen seien. Sympathisch sei der heutige Vorschlag Elm, er führe aber nach Wollentuchsdorfer (Nachen). Er könne im wesentlichen die Elm'sche Sätze unterschreiben, obwohl er nicht glaube, daß die vollständige Koalitionsfreiheit z. B. die notwendige Voraussetzung einer Arbeitslosen-Versicherung sein muß. Nach seiner Meinung könne die Arbeitslosen-Versicherung praktisch in der Gegenwart nur in Angliederung an die Krankenversicherung durchgeführt werden. Die Selbstverwaltung der Arbeiter sei selbstverständlich. Bei einer 20 prozentigen Erhöhung der Kronenlöhner-Beträge würde ein Fonds von 30 Millionen zusammenkommen. 10 Millionen würden davon die Arbeitgeber zu tragen haben, einen weiteren Teil die Leute in festen Stellungen, die sich nicht um die Organisation kümmern, nicht mitkämpfen, aber die Vorteile unserer Kämpfe mitgenießen. Der Elm'sche Vorschlag sei nicht durchführbar, er ist auch unbillig. Man könne von anderen Faktoren nicht Geld verlangen und ihnen das Dreifache verbieten. Sein Vorschlag habe für die nächste Zeit Aussicht auf Erfüllung, was beim Elm'schen Vorschlag nicht der Fall sei. Wenn der Kongress praktische Arbeit machen wolle, müsse er seinen Vorschlag annehmen. (Vereinzelter Beifall.)

Jule-Berlin befragt einen Antrag, in der Resolution im zweiten Absatz hinter die Worte „in häuslichen Diensten“ die Worte einzuschalten: „die Anerkennung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gewerbes vereinbarten Tarife“ und am Schluß hinzuzufügen: „Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbedingung eines solchen Reichszuschusses die Einführung resp. den Ausbau der Arbeitslosen-Unterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staatsintervention zu schaffen.“

Die Referent erklärt in längeren Ausführungen den Zusammenhang zwischen der Frage der Arbeitslosen-Versicherung und der Frage der Anerkennung und Durchsetzung der Tarife in den einzelnen Berufen. Sie erklärt den Vorschlag Tschendörfers für ein Kompromiß, dem zustimmen ihr unmöglich sei. Sie plädiert dafür, daß vorerst in den Gewerkschaften der Gesetzgebung durch Schaffung von Arbeitslosen-Unterstützung vorgearbeitet werde.

Reichel-Stuttgart erklärt, daß er weder mit der Resolution Elm, noch der Resolution Tschendörfer völlig einverstanden sei. Die Lösung der Frage sei sehr schwierig und er beantrage, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Frage weiter beschäftigen soll. Gehe die Regierung an die Endarbeit eines Gesetzes, so werde sie hoffentlich die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehen.

Grün-Hamburg ist der Meinung des Vorredners, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, und verlangt die Einsetzung einer ständigen Kommission zum Studium des Problems.

Reyhauer-Velpitz ist der Meinung, daß dieser Kongress die Frage nicht zu lösen im stande sei, dazu sei die Frage eben noch nicht reif. Er halte die Lösung nur in der Richtung des v. Elm'schen Vorschlages für möglich. Er könne keiner Lösung zustimmen, mit der eine Verbindung der freien Selbstverwaltung der Gewerkschaften verbunden seien könnte.

Frau Bieh-Hamburg giebt zu, daß der Elm'sche Vorschlag nicht von heute auf morgen durchführbar sei und polemisiert dann gegen die Tschendörfer'sche Auffassung, daß es unbillig sei, Beiträge vom Reich und den Unternehmern zu fordern, sie aber nicht dreifachen zu lassen. Sie empfiehlt die unveränderte Annahme der Resolution v. Elm.

Tschendörfer spricht noch einmal für seinen Vorschlag. Versicherungstechnische Schwierigkeiten gäbe es überall, bei seinem wie-

dem v. Elm'schen Vorschlag. Der seinige sei der praktische, in der Gegenwart durchführbare. Die Erfüllung des v. Elm'schen Vorschlages würde weder er, noch seine Nachkommen erleben. Man dürfe nicht überschwängliche, sondern erreichbare Forderungen aufstellen.

Robert Schmidt-Berlin: Ich finde nichts Ueberschwängliches in den Forderungen der Resolution Elm. Um dies Gefühl zu haben, muß man sehr bescheiden sein in sozialpolitischen Dingen. Freilich, in der nächsten Zukunft werden sich die Elm'schen Forderungen nicht erfüllen lassen. Das gleiche ist aber bei Tschendörfer'scher Resolution der Fall. (Sehr richtig.) Auf den Grundgedanken aber können wir uns einigen, daß die Gewerkschaften der wesentlichste Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein, daß Reich und Unternehmer zu den Kosten herangezogen werden müssen.

Göller-Frankfurt a. M.: Die Voraussetzung für eine Arbeitslosen-Versicherung ist eine vollständige Reorganisation unserer Krankenkassenwesen. Der Elm'sche Vorschlag hat in den nächsten zehn Jahren keine Aussicht auf Realisierung. Die herrschenden Klassen würden uns Selbstverwaltung nur in dem Umfang zugestehen, als wir zu den Kosten beitragen. Die Frage erscheint mir noch keineswegs spruchreif. Wichtiger erscheint mir vorerst ein Ausbau unserer Krankenversicherung. Soll hier überhaupt ein Beschluß gefaßt werden, so kann es nur der sein, daß wir allen Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zur Pflicht machen. Ich denke mir die Lösung der Frage durch ein Gesetz, in welchem Kranken-Unterstützung, Arbeitslosen-Unterstützung und Arbeitsnachweis zusammen behandelt werden.

Hierauf teilt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Legien eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß den Verhandlungen der zweite Bürgermeister Stockmayer von Stuttgart beivohnt.

Es wird in der Diskussion über den Punkt „Arbeitslosenversicherung“ fortgefahren.

Mitter-Berlin befragt einen Zusatz zur Resolution Elm, wodurch ausdrücklich ausgesprochen wird, daß die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein sollen, ohne daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften irgendwie eingeschränkt werden dürfte.

Grünlich-Büch bittet, ihm das Wort zu gestatten, da er sich mit der Arbeitslosenversicherung sehr intensiv beschäftigt habe. Es sei von versicherungstechnischen Grundlagen gesprochen worden. Diese seien für die Arbeitslosenversicherung gar nicht oder sehr schwer zu finden. Der Grad der Arbeitslosigkeit in einem gegebenen Moment sei zweimal in Deutschland festgestellt worden. In einer Grundlage für die Versicherung lange das aber nicht aus. Die rapide Entwicklung der Technik und der gesamten Industrie lasse solche Grundlagen sehr schwer gewinnen. Es lasse sich nicht leicht etwas festlegen, geistlich festlegen, noch weniger lassen sich Ansprüche festlegen. Das gelte von der obligatorischen Versicherung. Ganz anders sehe es mit der fakultativen. Die Gewerkschaften könnten für ihre Mitglieder, die sie kontrollieren, Versicherungen einführen. Der Staat werde sich kaum dazu verstehen, Garantien zu übernehmen für die volle Befriedigung der Ansprüche wegen Arbeitslosigkeit. Deshalb erscheine ihm der Antrag Tschendörfer gar nicht gangbar. Es sei merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Elm zur Reichsregierung mehr Vertrauen habe als der Nationalsozialist Tschendörfer. Aber das Vertrauen Elm sei in der That nicht von der Hand zu weisen. Es sei doch gar nicht ausgeschlossen, daß der Staat sich bereit erklärt, gegenüber den schweren sozialen Uebeln der Arbeitslosigkeit mit Unterstüngen einzugreifen. Der Staat kann die Würdigkeit des Einzelnen, der Unterstüzung erhalten soll, nicht prüfen, er braucht dazu sachverständige Organe, und hier können in der That in erster Linie die Gewerkschaften in Betracht. Ich finde aber zwischen dem Vorschlag Tschendörfer, soweit er die Ortsverbände und die Kronenlöhner in Anspruch nehmen will, nicht den konträrthetrischen Gegensatz, den wohl beide Herren als vorhanden annehmen. Man könnte vielleicht beide Vorschläge verbinden, vielleicht könnte man auch an die Einzelstaaten denken. v. Elm hätte vielleicht auch Recht, die Berufsgenossenschaften hier aus dem Spiel zu lassen. Man könne der Regierung hier eine gewisse Initiative einräumen. Es sei ihm hier eine gewisse Herzoglichkeit aufgefallen, die gar nicht am Platze sei. Der Kongress solle nur Forderungen an die Regierung stellen, freilich diese Forderungen genau überlegen und formulieren. Dazu sei eine Kommission erforderlich.

Leipart-Stuttgart: Ich habe das Gefühl, daß wir etwas verfrüht an die Arbeitslosen-Versicherung herangegangen sind. Würde die Resolution v. Elm angenommen, so würde das für die Gewerkschaften ein Grund sein, die Arbeitslosenversicherungsfrage beiseite liegen zu lassen. Das ist für mich die gefährliche Seite der Sache. Die Gewerkschaften müssen vorerst alle die Arbeitslosen-Versicherung einführen und ausbauen. Das muß ausdrücklich ausgesprochen werden. Deshalb muß der Antrag Jule angenommen werden, an dessen Stelle die Aufforderung an die Gewerkschaften selbst, Arbeitslosen-Versicherung einzuführen, der Resolution vorangestellt werden. Ich halte im übrigen die Resolution Tschendörfer für praktischer als diejenige von Elm. Ich rate Ihnen, nicht übereilt vorzugehen und nicht Beschlüsse zu fassen, die nach kurzer Zeit schon wieder geändert werden müßten.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

v. Elm hält sein Schlußwort. Er wendet sich gegen die Einsetzung einer Kommission. Man könne doch nur allgemeine Grundsätze aufstellen. Mit dem Antrag Jule sei er einverstanden. Er habe die Forderung des Ausbaus der Arbeitslosen-Versicherung innerhalb der Gewerkschaft für selbstverständlich gehalten und sie deshalb nicht in die Resolution aufgenommen. Er sei früher gegen eine Reichs-Arbeitslosenunterstützung gewesen, er halte sie auch heute nur unter der Voraussetzung für gut, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Wert der Arbeitslosen-Versicherung erkannt haben. Das sei heute der Fall. Ihm sei die Hauptfrage, daß heute schon der Regierung der Weg gezeigt wird, auf dem die organisierten Arbeiter sie haben wollen. (Sehr richtig.) Die Gewerkschaften haben die Arbeitslosen-Versicherung eingeführt, nicht um dem Staat eine Pflicht abzunehmen, sondern weil sie ihren Wert für uns erkannt haben, weil sie eine Anerkennung für ihre Leute bedenkten. Man hat auf die Inorganisierten hingewiesen. Zunächst kommt für mich die Organisation, darin ist auch das Interesse der Inorganisierten mitbegründet. Wir sind bis jetzt sehr gut ohne getrennte Fonds gefahren. Würde der Vorschlag Tschendörfers angenommen, so würden wir gesetzlich verpflichtet werden, die Fonds getrennt zu halten und den Fonds für Versicherungszwecke völlig unangetastet lassen müssen. Ich meine, für die Inorganisierten können andre Leute als die Organisationen sorgen. Man hat das Schlußwort von der praktischen Gegenwartarbeit gebraucht. Ich bin gewiß sehr für praktische Gegenwartarbeit, man treibt aber oft damit Unfug. Ich war gegen Anträge betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, weil in diesen Bedingungen enthalten waren, die das Koalitionsrecht der Arbeiter tangierten. Ohne völlige Koalitionsfreiheit keine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. (Sehr richtig.) Tschendörfer sagt, Posadowsky sei nicht für Koalitionsfreiheit, aber für Arbeitslosen-Unterstützung zu haben. Jawohl, aber die Koalitionsfreiheit ist für mich die conditio sine qua non. Ohne Koalitionsfreiheit können die Arbeiter keine für sie brauchbare Arbeitslosen-Versicherung erlangen. In der Frage des Koalitionsrechts giebt es für mich nicht die Möglichkeit eines Kompromisses. Fr. Jule hat schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Angliederung an die Krankenversicherung mit sich bringt. Leipart ist trotzdem dafür. Der Kongress solle doch bedenken, geschieht schon die Angliederung an die Kronenlöhner, dann wird man die Gewerkschaften völlig ausschalten, deshalb schon ist für mich dieser Weg ungangbar. Leipart ist



Stuttgart, 21. Juni.

Am letzten Verhandlungstage erledigte der Kongress noch ein reiches Arbeitspensum. Der Punkt: „Stellung der Kartelle in der Gewerkschaftsorganisation“ wurde dem nächsten Kongress überwiesen. — In die Generalkommission wurden gewählt: Sabath mit 138, Legien mit 129, Silberhahn mit 121, Robert Schmidt mit 112, Knoll mit 107, Döblin mit 94, Cohen mit 85, Rube mit 83, Sassenbach mit 78 Stimmen. Die Ueberweisung des Bureau der Generalkommission nach Berlin ist für den 1. Januar 1903 in Aussicht genommen. — Es folgte die Beratung über Erleichterung einer Pensionskasse für die Gewerkschaftsbeamten, wozu Paplow das Referat hatte. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen: Der Kongress erkennt die Notwendigkeit der Unterstützungskasse an, er beauftragt die Generalkommission, mit dem Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ zwecks Angliederung der geplanten Einrichtung an seine Unterstützungskasse in Verbindung zu treten. Wenn die Verschmelzung beider Kassen nicht einstimmig beschloffen wird, dann soll die Generalkommission selbständig vorgehen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Angelegenheiten zu verschärfen. — Die bezügliche Resolution wurde als erledigt betrachtet, nachdem der Vorliegende erklärt hatte, daß keine Veranlassung zu Änderungen hinsichtlich der Maßregeln vorliege. Nachdem noch verschiedene andere Anträge erledigt waren, schloß Bümelburg den Kongress mit einer Rede, in der er sagte: Der Verlauf des Kongresses habe gezeigt, daß die Hoffnung der Gegner auf eine Spaltung der Arbeiterbewegung vergeblich war. Darin liege die hohe Bedeutung dieses Kongresses, daß er klar und unzweideutig gezeigt habe: die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie gehören zusammen. Wenn die Regierungsveteren sich veranlaßt sahen, diesem Kongress beizuwohnen, so sei das ein Beweis für die Stärke der Gewerkschaftsbewegung, die man auch in beherrschenden Kreisen beachten müsse. Der Kongress habe gegen den Sozialist protestiert, die eigentliche Verantwortung mit den Sozialisten komme aber erst bei den nächsten Reichstagswahlen. — Einstimmig beschloß der Kongress, daß der Kongress geschlossen, darauf sangen die Delegierten den ersten Vers der Arbeitermarzialhase.

Die Anwesenheit der zahlreichen ausländischen Delegierten wurde seitens des Kongressbureaus dazu ausgenützt, eine internationale Konferenz

zu arrangieren. Die Notwendigkeit, eine engere Fühlung und einen regeren Verkehr zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder herbeizuführen, wurde allseits anerkannt. Es soll deswegen eine „Internationale Centralstelle“ gebildet werden, die ihren Sitz vorläufig in Deutschland hat. Von der Anstellung eines besonderen Sekretärs wird jedoch, wenigstens zunächst, Abstand genommen; vielmehr sind die Funktionen eines solchen der Generalkommission mit übertragen werden. In jedem Lande soll nur eine Körperschaft als die Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anerkannt werden; für England ist dies nicht das „Parlamentarische Komitee“, sondern die „General Federation of Trade Unions“. Es wurde darauf verwiesen, daß das „Parlamentarische Komitee“ gegenüber allen Einladungen zu den kontinentalen Gewerkschaftskongressen sich bisher ablehnend verhalten habe.

Zu den Aufgaben der „Internationalen Centralstelle“ gehört in erster Linie eine Regelung der Streikunterstützung von einer Landesorganisation zur andern. Es wird zu diesem Punkt beschlossen:

Kommt eine im Streik befindliche Organisation so in Bedrängnis, daß sie die Hilfe der Arbeiterschaft eines anderen Landes braucht, so muß sie sich an die Landeszentrale wenden. Durch Vermittlung derselben werden Kräfte zu Geldsammlungen der Internationalen Centralstelle überwiesen und von dieser in französischer, deutscher und englischer Sprache veröffentlicht. Die zwischen den Berufsorganisationen der einzelnen Länder bestehenden internationalen Verbindungen werden davon nicht berührt, zu allgemeinen Geldsammlungen aber kann nur auf obige Weise aufgefodert werden.

Ferner beschloß die Konferenz, eine für alle Länder gleichartige Gewerkschaftsstatistik anzustreben. Als Muster werden die bei der deutschen Generalkommission förmlichen Fragebogen, Tabellen etc. bezeichnet. Die englischen sowie alle übrigen Delegierten erklärten, ihre Jahresstatistiken über Stärke, Klassenverhältnisse usw. der Gewerkschaften in der gleichen Weise wie die Deutschen durchzuführen zu wollen.

Es wird sodann erörtert, welche Druckfachen ausgetauscht werden sollen. Von der Uebersetzung und Veröffentlichung von Gesetzen im Wortlaut soll Abstand genommen werden. Dafür sollen aber Auszüge von solchen und Erläuterungen dazu überlegt und veröffentlicht werden. Dabei sollen in erster Linie die Koalitionsgesetze und deren Handhabung bezw. Auslegung seitens der Gerichte in Betracht kommen.

Ein internationaler Gewerkschaftskongress wird nicht beschlossen, dagegen sollen internationale Konferenzen der Landessekretäre abgehalten werden. Die nächste findet im Anschluß an den nächstjährigen Kongress der englischen Federation statt.

Die erwachsenden Kosten trägt für das nächste Jahr Deutschland allein.

Sociales.

Der Gewerbe-Inspektion im Herzogtum Sachsen-Altenburg ist eine weibliche Hilfskraft im Gestalt einer Assistentin beigegeben. Den Arbeiterinnen ist Gelegenheit gegeben, die Assistentin außerhalb der Fabrikräume sprechen zu können.

Ueber die Arbeitsbedingungen der kommunalen Arbeiter in Holland hat der dortige „Verband der Gemeinde-Arbeiter“ eine Statistik aufgenommen, die sich auf 20 Stadtgemeinden erstreckt. In den kommunalen Gasanstalten von 8 Städten, darunter Amsterdam und Rotterdam, ist der Achtstundentag eingeführt. In den Gasanstalten der übrigen Städte herrscht eine wöchentliche Arbeitszeit von 60—72 Stunden; Naastrecht, das auch im übrigen die erbärmlichsten Arbeitsbedingungen aufweist, zeichnet sich durch eine 84 stündige Arbeitswoche für Heizer und Maschinenisten aus. Die Löhne betragen in den Gasanstalten Amsterdams 10,80 bis 16,80 Gulden, in den übrigen Städten 15 Gulden bis hinunter zu 6,48 Gulden (in Naastrecht). Die Löhne der übrigen kommunalen Arbeiter belaufen sich in den verschiedenen Städten auf 9,12 bis 13,85 Gulden für gelernte Arbeiter und für ungelernte auf 7,50 bis 11 Gulden; in Rotterdam erhalten die Straßenreiner jedoch im Durchschnitt 11 bis 13 Gulden pro Woche. Pensionsklassen sind nur in wenigen Städten vorhanden. Invaliden- und Altersversicherung in den meisten. Ferien mit Weiterzahlung des Lohnes werden in 8 Gemeinden gewährt, bis zu 7 Tagen.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstraße 20, Vortrag von Eduard Bernstein über: „Die Arbeiterin in England und der Kampf um ihre soziale Ueberwindung.“ Gäste willkommen. Der Vorstand.

Preis und Umgegend. Morgen, Montag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Büschels Gesellschaftshaus, Preis, Ebnstecker 97, eine große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Frau Anna Wersch wird hier über: „Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft“ referieren. Des interessanten Vortrages wegen werden die Frauen und Mädchen ganz besonders herzlich eingeladen. Die Kreisvertrauensperson, Frau Marie Thiel.

getretene, den Arbeitern feindselige Haltung des preussischen Ministers v. Thielen. In Stuttgart habe die Haltung der Behörden ein erfreuliches Bild gezeigt. Es müßte anerkannt werden, daß in der württembergischen Hauptstadt die Gemeinde wie das Ministerium für die Arbeiter eingetretene seien. Leider sei in Stuttgart das Amtsgericht mit seinem bekannten Urteil gegen die Stadtgemeinde der Straßenbahngesellschaft zu Hilfe gekommen.

Humbreit-Homburg beleuchtet eingehend die Rechtsprechung in der beregten Angelegenheit und beschränkt die Annahme der oben mitgeteilten Resolution.

Eine weitere Resolution, die von Frau Jies-Hamburg begründet wird, verlangt vom Kongress energisches Eintreten dafür, daß den Landarbeitern das Koalitionsrecht gesetzlich gewährt werde.

In der Diskussion wendet sich Rudolph-Rürnberg gegen den Passus in der Resolution Wirth, der die Schaffung von Eisenbahnschiedsgerichten empfiehlt, er hält die Unterstellung der Eisenbahner unter die Gewerbegerichte für besser.

Nachdem noch Bürger-Hamburg lebhaft für die vier Resolutionen eingetreten ist, schließt die Diskussion.

Der Passus über die Schaffung von Eisenbahnschiedsgerichten aus der Resolution Wirth wird gestrichen. Im übrigen werden sämtliche vier Resolutionen unverändert angenommen.

Massini-Berlin referiert über die Anwendung des Erpressungs-Paragraphe gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter.

Er weist auf die bekannte Beurteilung von Arbeitern durch ein Berliner Gericht wegen Erpressung hin, die erklärt hatten, daß sie mit einem andern Arbeiter, der der Organisation nicht beitreten wollte, nicht zusammenarbeiten wollten. Die Gewerbe-Ordnung bildet ein Sonderrecht für die gewerblichen Arbeiter, das ihnen genau vorschreibt, was sie thun oder lassen können. Die Gewerbe-Ordnung verbietet nur Drohung oder körperlichen Zwang. Beides liegt nicht vor, wenn ein Arbeiter erklärt, mit dem und dem arbeite ich nicht zusammen. Man könnte ja sonst eine Verleumdung konstruieren, wenn ein Arbeiter, weil ihm ein Arbeitskamerad nicht gefällt, das Arbeitsverhältnis löst. Hervorzuheben ist, daß hier nur der Arbeiter getroffen wird, nicht der Unternehmer. Die Führung schwarzer Listen ist bisher noch nie als Erpressung bestraft worden. Die Unternehmer werden wieder einmal nicht mit gleichen Maßnahmen gemessen. Der Erpressungsparagraphe darf nicht mit der Gewerbe-Ordnung vermischt werden. Bleibt es bei dieser Auslegung, dann ist die Gewerbe-Ordnung und mit ihr das ganze Koalitionsrecht für uns hinfällig. Das ist hier ein kleines Justizungeheuer. Nachdem das große Justizungeheuer nicht gelungen ist, versucht man hinten herum seinen Zweck halbwegs anders zu erreichen. Ein energischer Protest ist notwendig. Suchen wir unsere heiligsten Güter zu wahren mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. (Beifall.) Ich bitte Sie, die folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen die von richterlicher Seite ergangene Auslegung, die Ausübung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter als Erpressung zu bezeichnen. Der Kongress erblickt in dieser Auslegung nicht nur eine der schwersten Schädigungen der Arbeiterinteressen, sondern er ist auch der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches ausdrücklich in dem § 152 der Gewerbe-Ordnung den deutschen Arbeitern gewährt wird, durch diese richterliche Entscheidung gänzlich vernichtet wird.

Durch ein derartiges, nach unserer Ueberzeugung ganz ungerechtfertigtes Urteil wird die deutsche Arbeiterschaft der Unternehmervollmacht vollständig preisgegeben und die Vertreter der deutschen Arbeiter haben daher alle Ursache, gegen richterliche Entscheidungen ihre Stimme zu erheben, die die Arbeiter nicht allein in der Verbesserung ihrer Lebenslage schwer schädigen, sondern auch ihre gesetzlichen Freiheiten vollständig unterbinden.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress muß aber umso mehr gegen diese richterliche Entscheidung Verwahrung einlegen, als dem Unternehmertum gegenüber eine solche Praxis nicht besteht wurde. So ist die Preßung in Unternehmerklassen, Führung schwarzer Listen usw., noch niemals als Erpressung geahndet worden.

Was aber um so schärfer den Protest des Gewerkschaftskongresses gegen diese richterliche Entscheidung herausfordern muß, ist, daß die preussischen Minister der Justiz und des Innern die Staatsanwälte angewiesen haben, in dieser Richtung zu wirken. Diese Stellungnahme der beiden Minister ist einer vollständigen Anebelung der deutschen Arbeiterschaft gleich zu erachten.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet daher von der deutschen Reichsregierung auf das Bestimmteste, daß sie diesen Urteilen gegenüber eine den Absichten des Gesetzgebers entsprechende Auslegung des Gesetzes bewirkt.

Legien sagt hinzu: Sollte die Anwendung des Erpressungsparagraphe dauernd beliebt werden, so werden die Arbeitgeber den größten Schaden haben. Die Arbeiter werden künftig ohne jede Erklärung die Arbeit einstellen.

John-Berlin teilt mit, daß die Mitglieder der Gewerkschaft der Lötler unter der neuen Anwendung des Erpressungsparagraphe besonders zu leiden haben. Verschiedene Verfahren schweben in der Verbandsinstanz; er hoffe, daß die Gerichte nach dem hier zum Ausdruck gelangten Protest in der Berufungsinstanz anders urteilen werden.

Holzhauser-Stuttgart teilt mit, daß die Anwendung des Erpressungsparagraphe Schule macht. In Eberswalde ist gegen einen Arbeiter, der organisiert war, aber seine Beiträge schuldig geblieben war, von den Arbeitsgenossen vorgegangen worden, damit er die von ihm übernommenen Pflichten erfüllte. Als er das nicht that und zwei Arbeiter erklärten, sie legten die Arbeit nieder, wurde Anzeige wegen Erpressung erhoben. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Resolution Massini wird einstimmig angenommen. Ohne weitere Begründung und ohne Diskussion wird hierauf die folgende

Protestresolution gegen den Sozialist

angenommen. Die Verfassung der notwendigen Lebensmittel mit Jollen bildet das ungerechtfertigteste System der Besteuerung, weil es die Arbeiter ungleich härter trifft als die übrigen Volksschichten. Die Lebensmittel-Jollen sind deshalb grundsätzlich zu verwerfen. Noch verwerflicher ist das Begehren nach erhöhten Jollen, umso mehr, als die Arbeiterschaft mit der ganzen Macht der Kapitalübermacht und der staatlichen Autorität behindert wird, ihr Arbeitseinkommen davor zu erhöhen, daß es ausreicht zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Die Arbeiterschaft Deutschlands wird im Gegenteil so schlecht entlohnt, daß die geringste Verteuerung der Lebensmittel für sie gleichbedeutend ist mit einer Einschränkung des Konsums und danach auch mit einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung.

Der vierte Gewerkschaftskongress, als Vertreter von annähernd 700 000 deutschen Arbeitern, protestiert daher mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante und von den Agrariern noch überforderte Verteuerung des Brotes, sowie überhaupt gegen jeden Zoll auf Lebensmittel.

Der Kongress protestiert zugleich auch als die Vertretung der Arbeiterschaft Deutschlands als Produzenten gegen die gesamte Sozialistvorlage, da infolge der Verteuerung des gesamten Wirtschaftslebens, welche dieselbe im Gefolge gehabt, und durch die Erleichterung des Abschlusses von Handelsverträgen bei Annahme des Sozialistes die Arbeiter auch als Produzenten am meisten geschädigt werden.

Es ist 6 Uhr. Da es aber wünschenswert ist, das Thema „Abgrenzung der einzelnen Organisationen gegen einander“, zu dem eine Anzahl Anträge vorliegen, noch heute zu erledigen, wird eine Pause von einer Viertelstunde gemacht und dann weiter getagt.

gegen die Heranziehung der Berufsgenossenschaften, weil damit der Widerstand des Unternehmertums gegen die ganze Versicherung nur gereizt wird. Das Unternehmertum ist so und so gegen den Gedanken einer Arbeitslosen-Versicherung. Für mich ist die Heranziehung der Arbeitgeber eine grundsätzliche Frage. Werden sie aber herangezogen, so können sie nur jeder nach seinem Zeit zu den Lasten herangezogen werden. Dies aber ist wieder nur durch Heranziehung der Berufsgenossenschaften möglich. Weil eher als für die Tischendorferischen Vorläufer wäre ich für Zwangsversicherung auf gewerkschaftlicher Grundlage. Ich vertraue nur auf unsere eigene Kraft, nicht auf das gute Herz der Unternehmer, nicht auf Resolutionen von unsrer Seite, sondern nur auf unsere wirtschaftliche Macht. Mag noch lange Zeit bis zur Erfüllung unsres Ziels vergehen, es ist von großem Wert, heute schon die Richtung anzugeben, in der wir uns die Verwirklichung einer Arbeitslosen-Versicherung denken. (Beifall.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Die Resolution v. Elm mit den Abänderungsanträgen des Hil. Jule wird gegen acht Stimmen angenommen.

Ueber den Punkt „Das Koalitionsrecht der Eisenbahner“ referiert

Wirth-Dresden. Von ihm liegt die folgende Resolution vor: „Zu Erwägung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Eisenbahner konform sind den wirtschaftlichen Interessen aller in Handel, Industrie und Landwirtschaft erwerbsthätigen Personen,

in fernerer Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, ihre Ernährung und die Dauer ihrer Arbeitszeit, von Einfluß sind auf die Betriebssicherheit der Eisenbahnen und die Sicherheit weiterer Kreise der Bevölkerung,

daß ferner das nach § 152 der Gewerbe-Ordnung allen Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeitern gewährte Koalitionsrecht den Eisenbahn-Angestellten und Arbeitern abgetrennt der Eisenbahn-Verwaltungen freigestellt gemacht wird, in der Vorenthaltung des Koalitionsrechtes aber offenkundig das Bestreben und Festhalten der Eisenbahn-Verwaltungen an richtungsloser uneingeschränkter Ausbeutung des Personals zum Ausdruck kommt, beschließt der Vierte deutsche Gewerkschaftskongress:

Es ist energisch dahin zu wirken, daß von gesetzgeberischer Seite baldigst Maßnahmen ergriffen werden, welche geeignet sind, den Eisenbahner das Koalitionsrecht unter allen Umständen zu sichern.

Der Kongress hält die Schaffung von Eisenbahn-Schiedsgerichten nach Art der bestehenden Gewerbegerichte mit Zuständigkeit für alle Eisenbahnbeamten und Arbeiter für notwendig.

Ferner verlangt der Kongress, ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß jeder Mensch das Recht haben muß, seiner politischen Anschauung freien Ausdruck geben zu dürfen, daß aus den „Gemeinsamen Bestimmungen“ alle Vorschriften und Verpflichtungen, welche sich auf Bestimmung und politische Vertretung der Eisenbahnbediensteten außerhalb des Dienstes beziehen, entfernt werden.“

Gleichzeitig mit zur Verhandlung wird die folgende Resolution des Vorstandes der Deutschen Gärtnervereinigung betreffend die Regelung des Rechtsverhältnisses der Gärtner gestellt:

In Erwägung, daß der Gärtnerberuf in Deutschland im letzten Jahrhundert seinen früheren landwirtschaftlichen Charakter abgestreift und sich zu einem bedeutenden Gewerbe entwickelt hat, welches bei der Gewerbezahlung des Jahres 1895 nicht weniger als 61 835 beschäftigte Personen mit technischer Ausbildung neben nur 22 248 nicht vorgebildeten Hilfspersonen aufwies;

daß weiter dieses Gewerbe hinsichtlich der Regelung seiner Rechtsverhältnisse weber der Reichs-Gewerbe-Ordnung, noch sonst einer für den Abschluß von Arbeitsverträgen maßgebenden Reichs-Specialgesetzgebung unterstellt ist, und daher unter einer für alle darin thätigen Personen höchst nachteiligen Rechtsunsicherheit leidet;

daß infolge dieser Rechtsverwirrung die Gärtnergehilfen nicht nur zumeist der Vorteile des Gewerbegerichts-Gesetzes verlustig gehen, sondern auch außerhalb des Wirkungsbereiches der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, der Sonntagsruhe-Vorschriften, der Gewerbe-Inspektion und des Krankenversicherungs-Zwanges gestellt werden, und daß selbst ihr Koalitionsrecht bedenklich gefährdet erscheint, fordert der Vierte deutsche Gewerkschaftskongress die gesetzgebenden Körperschaften auf, durch unzweideutige Gesetzesvorschriften die gewerbliche Gärtnererei der Reichs-Gewerbe-Ordnung zu unterstellen.“

Der Referent weist auf die Schwierigkeiten hin, denen die Eisenbahner bei Gründung ihrer Organisation gegenüberstanden. Trotz all der Hindernisse habe sich aber der Verband der Eisenbahner konstituiert. Es sei jetzt Sache der übrigen Gewerkschaften, ihn zu schützen und zu fördern. Der Referent giebt ein anschauliches Bild der Maßregelungen und Verfolgungen denen die Eisenbahner ausgesetzt waren. Die Behörden arbeiteten mit Hochdruck, drohten jedem Eisenbahnarbeiter, der dem Verband beitreten würde, mit sofortiger Entlassung. Kamentlich in Sachsen fanden Maßregelungen über Maßregelungen statt. Er selbst sei mit einigen Arbeitskollegen kurz vor dem Wehrnachstoseff entlassen worden. Ihm wurde erklärt, dienstlich habe er sich musterhaft geführt, aber man vermute, daß er sozialistische Anschauungen huldige. Auf den Hinweis, daß ihm doch das Koalitionsrecht zustähe und er doch Versammlungen abhalten dürfe, erwiderte man ihm, es seien in den Versammlungen ansehnliche Reden gehalten worden, was der Wahrheit keineswegs entsprach. Die sächsische Verwaltung habe Maßregelungen verfaßt auf Grund von Spitzelerien. In einem Fall sei das Kind eines Eisenbahners in der Schule vom Lehrer gefragt worden, welche Zeitung der Vater lese. Auf das Kind sei so lange eingewirkt worden, bis das Kind gelagt habe, der Vater lese die „Arbeiter-Zeitung“. Darauf sei die Entlassung erfolgt.

In längerer Ausführungen legt der Referent dar, wie notwendig gerade für die Eisenbahner das Koalitionsrecht ist. Er teilt mit, daß in der sächsischen Kammer die Löhne der Eisenbahner als zu hoch demängelt worden. Die Eisenbahner selbst hielten ihre Löhne nicht für zu hoch, im Gegenteil für zu niedrig. Löhne, die schon aufgebessert waren, seien in letzter Zeit wieder reduziert worden. Er habe im wesentlichen die Verhältnisse in Sachsen beleuchtet, in Preußen seien sie aber ganz ähnlich. Aus alledem gehe hervor, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes eine Lebensnotwendigkeit für die Eisenbahner ist, und er bitte um Annahme der Resolution. Auch die Eisenbahner müßten ein würdiges Glied in der Reihe der deutschen Gewerkschaften werden. (Lebhafter Beifall.)

Mit zur Verhandlung gestellt wird außerdem die folgende Resolution betreffend die Rechtsverhältnisse der Straßenbahn-Angestellten.

Durch den § 152 der Gewerbe-Ordnung ist allen in gewerblichen Anlagen beschäftigten Gehilfen, Arbeitern etc. das Koalitionsrecht gewährleistet. Da auch die Straßenbahnen gewerbliche Anlagen sind, steht den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten — weil Gewerbegehilfen — das Recht der Koalition ebenfalls zu.

In Erwägung nun, daß anlässlich der Bewegungen der letzten Jahre seitens der Gerichte sowohl als auch von Mitgliedern der Regierungen einzelner Bundesstaaten der Auffassung Raum gegeben worden ist, daß die Straßenbahner der Gewerbe-Ordnung nicht unterstehen, beschließt der Kongress:

Seitens der gesetzgebenden Körperschaften sind Bestimmungen zu treffen, in denen klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Straßenbahn-Angestellten der Gewerbe-Ordnung unterstehen.

Der Kongress hält weiter die Einführung von Bestimmungen, welche den Angestellten die Ausübung des Koalitionsrechtes in der Praxis garantieren, für unbedingt notwendig.

Schumann-Berlin bittet um Annahme der Resolutionen. Er verweist auf die Straßenbahner-Streiks in Berlin, Hannover und Stuttgart und die bei den erstgenannten beiden Streiks zu Tage



Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, den 22. Juni.  
**Freie Volkshöhle, Metropol-Theater.** Opern-Vorstellung. (Wilde Pläne.) Die Zauberhüte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyrenhaus, Gelschloffen.**  
**Schauspielhaus, Gelschloffen.**  
**Neues Cyren-Theater (Kroll).** Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Der polnische Jude. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
Am Vesperabend: Offenbach-Gullus. Das Mädchen von Elzonda. — Der Regimentsschreiber. — Fräulein und Knecht. Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
Schiller, Gelschloffen.  
Deutsches, Lebensige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Die Weber.  
Montag: Die verurteilte Gode.  
**Vertiner, Alt-Heidelbergl.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
Lefing, Gelschloffen.  
**Westen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags zu halben Preisen: Undine.  
Montag: Der Bettelstudent.  
**Metropol (Moritz-Oper).** Ein Rosenkranz. Anfang 8 Uhr.  
Montag: Carmen.  
**Neues, Ledige Leute.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Westen, Einquartierung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Central, Coralie u. Cie.** Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Thalia, Gelschloffen.**  
**Belle-Alliance.** Die Dame und Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung im Theater: Et. Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Carl Weiss, Gefallene Mädchen.** Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer.  
Montag: Die Viper.  
**Friedrich Wilhelmstädtes.** Einen Jux will er sich machen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der lustige Gemann.  
Montag: Einen Jux will er sich machen.  
**E. v. Holzgögen, Varietè Theater (Niederbreitl).** Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Eschall und Rauch, Serenissimus-Zwischenspiele u. a.** Anfang 8 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Apollo, Vespertheater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Freischall, Sittlicher Sänger.** Anfang 8 Uhr.  
**Vasage, Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Vasage, Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Cyphens, Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.  
**Charivari, Täglich Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.  
**Urania, Landstr. 18/19.** (Im Theaterland) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.  
Montag: Die deutsche Ostseeküste.  
Täglich: Sternparade.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera.  
Montag:  
Die deutsche Ostseeküste.

## CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 105.  
Photographische Aufnahmen von der Insel  
**Martinique**  
und von den Schlachtfeldern  
**Transvaals.**  
Im Konzertsaal:  
**Schwedische Künstlerkapelle**  
4 Damen, 2 Herren.

## Passage-Panoptikum.

**Der weibl. Affenmensch.**  
Die Sejungfer.  
Der Tigerknabe.  
Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich.  
**Damen-Ringkampf.**  
Alles ohne Extra-Entree

## Passage-Theater.

Anfang Sonntags 8 Uhr.  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Willy Prager**  
16 Elite-Nummern.

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute Sonntag  
50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Ab 4 Uhr nachmittags:  
**Grosses Militär-Konzert**  
ausgeführt von 3 Musikcorps.  
**Berliner Aquarium**  
Unter den Linden 68a.  
Eingang Schadowstr. 14.  
Heute Sonntag Eintrittspreis:  
50 Pf.  
Reichhaltigste Ausstellung  
der Welt an lebenden Seetieren,  
Reptilien etc.

## Belle-Alliance-Theater.

Heute: Don Carlos Terrazas.  
**Die Dame und Trouville**  
Hierauf: „Er, Lebensbild in 1 Akt.  
Wortentree inkl. Vorstellung 50 Pf.  
Montag: 2 Einakter-Abend: „Er“,  
„Der Tischgast“, „Zehn Mädchen  
und kein Mann.“ Kiefert-Konzert.

## Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonntag, 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Serenissimus-Zwischenspiele u. a.**

## W. Noacks Theater.

Frühlingstage 16.  
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Rosen und Dornen.**  
Barletta mit Gesang u. Tanz in 2 Akten.  
Im Saal: **Tanzkränzen.**  
**Schweizer Garten**  
Am Königsthor 42022  
Am Friedrichshain  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.  
Freie Donnentage bis 7 Uhr.  
Um 10 Uhr: **Bandenstreiche.**  
Operette in 1 Akt von Suppé.

## Wintergarten.

Aus dem interessantesten  
**Juni-Programm:**  
„Das Mädchen mit dem gold. Haar“  
und 16 erstklass. Spezialitäten.

## Schloss Wedding-Park.

Müller-Strasse 178,  
gegenüber der Dohlestrasse.  
Täglich:  
Konzert u. Vorstellung.  
Königliche neue  
Spezialität-Programm.  
Der kleine Cohn ist da!  
Sonntag im Saal: Gr. Ball.  
Raffeleiche u. 2-6 Uhr. Mehrere  
gute Regelbahnen. Carl Hellmann.

## Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Moritz-Oper.**  
Sonntag: **Ein Maskenball.**  
Grosse Oper in 5 Akten von Verdi.  
Montag: **Carmen.**  
Dienstag: **Franceschina** Provvst:  
**Traviata.**

## Allerlei-Theater

früher Puhlmann  
Schönhauser Allee No. 148.  
Heute Sonntag, Anfang 4 Uhr:  
**Konzert, Theater und Spezialitäten.**  
Im Varietè-Vorstellung:  
**Gr. Ball.**  
Um 7 1/2 Uhr: Großer Erfolg!  
**Der Diamantenraub.**  
Die bagatellose Vacherfolg der  
unheimlichen Pantomime  
**Bubenstreiche.**  
Entree 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.

## Prater-Theater

Kahlanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
Sittlich mit Gesang in 3 Akten.  
Ballstetiges. Cathrin. Tyrolenne Mary  
Elys. Grottesque-Rom. Paul Coradini.  
Brothers Fred, unist. Eccentric. Mr.  
Barling, leb. Photogr. Fred Marzahl  
Troupe, Pantom. Musikantenstreiche.  
Hartings elektrische Feerie. (3000  
Glühbirnen.) Konzert u. Ball. Anfang  
4 Uhr. Entree 30 Pf., nummerierter  
Platz 50 Pf. **Kalbo.**

## Sanssouci

Kottbusstr. 4a,  
Station der Hochbahn.  
Täglich im Garten, bei un-  
günstig Witterung im Saal:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
und Konzert.  
Sonntag, Montag und  
Dienstag nach der  
Solare: **Tanzkränzen.**  
Tanz frei!  
Sonntag Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf.,  
ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags  
6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

## Ostbahn-Park.

Am Kastrinplatz, Rödendorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr  
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr

## Sommertheater

**Marienbad**  
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Neuheit! Neuheit!  
**Berlin wie es lebt und liebt.**  
Original-Hoffe vom Handdichter  
Paul Henning.  
Das neue Special-Programm.  
Entree 20 Pf. Anfang 4 Uhr.

## Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer **U** Stralanderstr. 1.  
**Gejellschaftshaus**  
Zwinemünderstr. 12.  
Tägl. Theater u. Spezialitäten-  
Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.  
Säle für Gesellschaften, Vereine  
constant zu vergeben. |31892\*

## Urania

Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Mit 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Gewisse mein Solal zu Gesell-  
schaften und Versammlungen.  
38402\* **C. F. Walter.**

## Johannisthal.

**Raus Park-Restaurant.**  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**  
unter Leitung des Tanzlehrers  
Herrn Otto Wildauer. — Kaffee-  
kloche. — Kegelbahn. — Aus-  
spannung. — Saal für Vereine  
und Versammlungen. 38362\*

# Schloss Weissensee.

Sonntag, den 22. Juni 1902:  
**Grosses Volks-Fest**  
veranstaltet vom

**Arbeiter-Raucherbund Berlins u. Umg.**  
**Großes Vokal- und Instrumental-Konzert**  
ausgeführt von Mitgliedern des Zentralverbandes der Volk-Berufsmänner Deutschlands,  
Dir.: Hermann Lopp, sowie den Gesangsvereinen „Freiheit“, „Klimateilnehmer Männerchor“, „Sängerkreis“,  
„Weiße Rose“ (W. d. A. S. V.).  
In beiden Sälen: **Großer Ball.** 289/20+  
Bei eintretender Dunkelheit: **Gr. Brillant-Feuwerk.**  
Eröffnung morgen 8 Uhr. Anfang 12 Uhr. Programm im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
Hierzu ladet die Genossen sowie Freunde und Gönner des Bundes ein **Der Vorstand.**

## Freie Volksbühne.

**Achtung! Achtung!**  
Mittwoch, den 2. Juli, abends 8 Uhr, im  
Gewerkschaftshaus (grosser Saal), Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des  
Vorstandes. 3. Bericht der Revisoren. 4. Diskussion.  
5. Anträge und Verschiedenes. 229/12  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der alten  
Mitgliedskarten gestattet, die zur General-Versammlung aus  
den Zahlstellen geholt werden müssen.  
Sonntag, den 22. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Fünfte Opern-Vorstellung im Metropol-Theater:  
**Die Zauberflöte.**  
Ordner-Sitzung am Donnerstag, den 26. Juni,  
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Zahlstellenveränderung: Vom 22. Juni ab  
befindet sich die bisherige Zahlstelle 14 nicht  
mehr in der Blumenstr. 14, sondern im Cigarrengeschäft von  
Karklins, Holzmarktstr. 48a. Die Mitglieder der Zahl-  
stelle 14 erhalten dort die Karten und Marken.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46.

## Socialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.

Sonntag, den 22. Juni 1902, in Obsts Festsälen,  
Weiningerstr. 8:  
**13. Stiftungsfest.**  
**Vokal- u. Instrumental-Konzert.**  
Kinderfeste, jedes Kind erhält eine Stadterne gratis.  
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.  
Entree 20 Pf. Anfang nachmittags 4 Uhr. Tanz 50 Pf.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein 15/11\*  
Der Vorstand.

## Sportpark Friedenau.

Sonntag, den 22. Juni, nachm. 4 Uhr:  
**Welt-Meisterschaften**  
100 Kilometer.

## Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide

108/114  
Heute Sonntag, sowie täglich: **Gr. Bothe-Konzert.**  
Auf der Sommerbühne: **Außerordentliche Vorstellung.**  
Auftreten der neu engagierten erstklassigen Spezialitäten.  
Gastspiel des Heldentenoristen Hans Hoffmann.  
Im Bal champêtre-Saal: **Gr. Ball.**  
Kaffeeküche. 3 Regelbahnen. Russ. Russchbahn.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Eintritt 25 Pf.  
Billets im Vorverkauf a 20 Pf. sind an den auf den Anschlag-  
plakaten ersichtlichen Geschäften zu haben.  
Morgen, Montag, 23. Juni: Benefiz für Rosa Calvarini  
u. Kapitän Behrends. 2. Vester Ballon-Auffstieg.

## Diez' Spezialitäten-Theater.

Sandberger Allee 76/77, gegenüber der Ringbahn-Station.  
Elektrische Bahnen von allen Gegenden der Stadt.  
Im herrlichen Sommergarten (einst im großen Saal).  
Heute, sowie täglich: **Cine Konzentren**  
**Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung u. Ball.**  
Auftreten nur erstklassiger Künstler.  
Reiz! The Franconi, Kraft-Trapes, E. Reetz, der aktuelle Humorist  
Hanni Carnes, einzig existier. Salsomortal-Tänzerin, x. Sprunkelly,  
das medizinische Rätsel. Mita Rosally mit ihrem kranken Grenadier.  
Anfang 4 Uhr. Entree Sonntags 25 Pf., Wochentags  
15 Pf. Hierfür wird ein Glas Bier verabfolgt.  
Kaffeeküche. — Warme Küche. — 2 Regelbahnen. —  
Jeden Mittwoch: **Großes Kinder-Freuden-Fest** mit  
Gratis-Präsenz-Verlosung und großen Ueberreichungen.  
Jeden Montag und Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Tel.-Amt 7 a 6401. **Aegidius Diez.**

## Wo amüsiert man sich grossartig?

In Schnegelsberg's Festhallen  
Inhaber: **Max Schindler**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Heute: **Großer Ball**  
verbunden mit Cigaretten, Bombon-Neggen und diversen  
Ueberreichungen.  
Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**  
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
37802\* **Max Schindler.**

## Boran II.

Prod. u. Einkaufs-Gesellschaft  
für Radfahrer  
(Mitgl. d. Urb.-A.-S. „Solidarität“).  
Nicht betreiben mit Markstr. 19.  
Mittwoch, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
im Hofraum, Sandberger Allee 40/41:  
**Versammlung.**  
1. Vortrag: Ueber die Vorteile des  
pneumatischen Doppelgelenklagers D.  
R.-P. Nr. 100 506, demantieren und  
montieren des Lagere. 2. Diskussion  
3. Beschließend.  
Sonntag, den 29. Juni: Tour  
für geladene Radler nach Rieder Ghorin.  
Start: früh 4 Uhr am Königsthor,  
Abfahrt 4 1/2 Uhr. Gäste willkommen.  
Radfahrer mit Doppelgelenklager  
D. R.-P. Nr. 100 506, 153 Pf. W. K. C.  
143 Pf. Beste Preisforderung 9,50 Pf.,  
7 Pf. Schlauche 5 Pf., 4 Pf. Fuß-  
pumpe 1,25 Pf. Karbit, Kilo 45 Pf.  
Glocken, Batterien usw. sind in der  
Verammlung und in folgenden Ge-  
schäftsstellen zu haben: Gein, Söbbers-  
straße 31, III. Lambert, Dammers-  
straße 23, II. Scraphin, Rummels-  
burg, Rautstr. 16, III. Gräfe, Adlers-  
hof, Roonstr. Stippelstr. Strelitz,  
Friedrichstr. 6, II. 108/18  
Teilzahlung ohne Aufschlag gestattet.  
Mitglieder werden aufgefordert.

## Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe.

Sonntag, den 22. Juni, abends  
9 Uhr, bei Bauer, Rosenfelderstr. 57:  
**Allgemeinversammlung**  
der Delegierten.  
Tagesordnung:  
Die nachmalige Beratung der §§ 12,  
13, 19, 26, 29, 34, 41, 42 u. 51 usw.  
Um pünktliches Erscheinen erucht  
Der Vorstand. 473/17  
J. A.: H. Kritschmann, Vorsitzender.

## Adlershof. Restaurant Becker Oppenstr. 56.

Sonntag, den 22. d. M.:  
**Großes Fahrrad-Ausziehen**  
3288\* auf der Regelbahn.  
**Achtung, Vereine!**  
Zwei Vereinszimmer zu 40 und  
60 Personen zu vergeben. Ausfahrt  
von echt Schmitz. 48982\*  
**F. Wegner, Adlershof 21.**

## Für Vereine.

In Juni, Juli, August habe meinen  
Saal und Garten zur Veranlassung  
von Sommerfesten noch frei. 38372\*  
Hans Ch. Theel.

## Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15  
Jeden Sonntag und Dienstag:  
**Großer Extra-Ball** bei doppelt  
bestem großen Orchester. Anfang  
8 Uhr. Entree 50 Pf. inkl. Tanz.  
**A. Zamelst.**

## Concordia-Garten.

Sandberger **Chaussee 1.**  
Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**  
3 verbedte Regelbahnen.  
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.  
**H. Paalzow, Gastwirt.**

## Hahns Volksgarten

Rummelsburg, Sumpfröhre 4.  
**Frei-Konzert und Ball.**  
Bier a Glas 10 Pf. Weißbier 20 Pf.  
**Anosmin-Fusswasser**  
ist das wirksamste Mittel gegen Fuß-  
schweiß, macht denselben vollständig  
geruchlos, ohne die Schwelbildung  
zu unterdrücken, erhält eine normale  
Transpiration, erfrischt die Haut  
und stärkt die Nerven. Kann niemals  
schädlich wirken, ist vielmehr von  
großem Vorteil f. d. Gesundheit. Pl.  
Nr. 150. Anosmin-Tropfen  
gegen Haut u. Knieleiden, feuchte  
Hände. Dose M. 1.00. Cito Heilgel.  
Berlin 50. 310, Glienburgerstr. 4.

## Fritz Hoppe, Rixdorf.

Berlinerstr. 14. Nähe Germania-Platz,  
empfehlenswert 2075  
**Reich-u. Bayerisch-Bier-Total**  
Bilard, Vereinszimmer  
mit Piano für 70 Personen.



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16-17 Leipziger Strasse 64 Belle Alliance-Strasse 1-2 Grosse Frankfurter Strasse 113.

## Bade- und Reise-Artikel:

Frottir-Handtücher . . . 28 48 75 Pf.	Handkoffer mit grauem Bezug ca. 45 cm 2 85 M. 50 cm 2 75 M. 55 cm 2 90 M. 60 cm 3 50 M.	Seif-Tücher . . . . . 3 Pf. 6 Pf. 10 Pf.
Bade-Laken für Kinder . . . 75 Pf. 1 05 M. 1 40 M.	Handkoffer mit braunem Bezug 2 75 M. 2 90 M. 3 50 M. 4 00 M.	Badekappen . . . . . 12 Pf. 15 Pf. 20 Pf.
Bade-Laken für Erwachsene . . . 1 65 M. 2 65 M. 3 50 M.	Faltenkoffer mit Lederriemen 2 90 M. 3 90 M. 4 50 M. 5 10 M.	Bade-Hauben . . . . . 25 Pf. 28 Pf. 38 Pf.
Bade-Anzüge für Kinder 55 65 75 85 Pf.	Holz-Koffer, gestrichen ca. 63 cm 10 50 M. 73 cm 12 75 M. 86 cm 16 50 M.	Badeschwämme 20 30 45 65 Pf.
Bade-Anzüge für Damen 95 Pf. 1 05 M. 1 15 M. 1 35 M.	Couriertaschen m. Lederriemen 95 Pf. 1 45 M. 1 95 M.	Seifdosen Celluloid . . . . . 35 Pf.
Bade-Mäntel . . . . . 2 90 M. 3 50 M. 4 65 M.	Gürteltaschen . . . . . 45 Pf. 95 Pf.	Bade-Seife Schwimmseife . . . . . 8 Pf.
Bade-Mäntel mit Kappe . . . . . 5 25 M. 5 40 M. 6 50 M.	Reiserollen . . . . . 30 Pf. 48 Pf. 95 Pf.	Bade-Handschuhe 10 Pf. 15 Pf. 20 Pf.
Bade-Tricots . . . . . 1 15 M. 1 50 M. 1 75 M.	Touristentaschen . . . . . 95 Pf. 1 35 M. 1 70 M.	Loofah zum Frottieren 18 Pf. 25 Pf. 45 Pf.
Bade-Hosen 10 Pf. 15 Pf. 20 Pf. 25 Pf.	Plaidriemen 38 Pf. 45 Pf. 95 Pf. 1 25 M.	Rückenreiber-Loofah . . . . . 95 Pf.
Bade-Pantoffel . . . . . 25 Pf. 55 Pf. 75 Pf.	Hutkoffer . . . . . 2 85 M. 3 50 M.	Loofah-Handschuhe . . . . . 35 Pf. 45 Pf.
	Trinkflaschen . . . . . 48 Pf. 95 Pf.	
	Reisekörbe 2 90 M. 3 50 M. 4 50 M. 5 25 M. 6 75 M. 7 75 M.	
	Triumphstühle . . . . . 2 25 M. 2 85 M. 3 50 M.	
	Feldstühle . . . . . 35 Pf. 48 Pf. 60 Pf. 95 Pf.	
	Luftkissen . . . . . 65 Pf.	

### Reichels Fruchtsyrup-Essenzen

mit frischen Früchten bereitet  
zum **Selbst-Einkochen**, feinst. Limonadensyrup, von vollem Aroma und natürlichem Geschmack. Giebt mit Wasser vermischt eine köstliche, erfrischende Limonade.  
Vorzüglich zu Selters, Weibier sowie Puddings, Crèmes und süßen Speisen. 1/4 Fl. 75 Pfg. für 5 Pfund Limonaden-Syrup. 1/2 Fl. 40 Pfg.  
**Ein Pfund** stellt sich für und fertig auf **nur 30 Pfg.**  
Grösste Haltbarkeit. • • • • • Bedeutende Ersparnis.  
Vorrätig in Himbeer, Kirsch, Johannisbeere, Erdbeere, Ananas, Pfirsich, Apfelsinen, Citronen, Champagner, (Champ.-Weihe), Lemon Squash, Waldmeister (Mat-Weihe).

**Reichels Bowlen-Essenzen** geben zu jeder Jahreszeit hochfeine Weinbowlen von unerreicht natürlichem Aroma und zartem Wohlgeschmack, genau wie aus frischen Früchten bereitet in Ananas, Erdbeere, Pfirsich, Waldmeister. Fl. 50 Pfg. für 2 1/2, 5 bis 5 Dtz. Bowle.

**Berühmte Original-Reichel-Essenzen** Marke "Vichtberg" über 200 Sorten zur schnellen und leichten Selbstbereitung eines jeden Liquors.

Rur in Originalflaschen mit Gebrauch: 40, 50, 60, 75 Pf. je nach Vorkaufsart für ca. 2 1/2 Fl. Sorte.  
In fach- und wissenschaftlichen Kreisen rückhaltlos als vorzüglich anerkannt.  
Wiederholt prämiert mit der Goldenen Medaille.  
Niederlagen in fast allen Orten Deutschlands.  
Kaffen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen.

**Otto Reichel, Essenzenfabrik, Berlin SO.,**  
Eisenbahnstr. 4. — Fernspr. Amt IV 3190 u. 646.

### !! Achtung, Vereine !!



Wir empfehlen: 43012\*  
**Stocklaternen und Packeln.**  
Kopfleuchtungen und Schärpen aus Papier, Ballon- u. Gaslaternen, Luftballons, Deflationsschutzlatten aus Papier, Verlosungsartikel zu 10 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 1 M. u. Reglerpreise.  
Hauptgewinne: Tur- u. Scherzartikel in großer Auswahl. Billigste Preise. Coulantestes Entgegenkommen.  
**Vahl & Weber Nachf.**  
jetzt: Neue Jakobstr. 8.  
Zweiggeschäft: Alexanderstr. 51/52, I. Etage.  
Kataloge gratis und franco.  
Versand nach ausserhalb.

### Gardinenreste

im Gardinenhause (Wallstr. 29)



Kinderwagen 8-10 M., 12 M., 16 M., 20 M., 24 M., 28 M., 32 M., 36 M., 40 M., 44 M., 48 M., 52 M., 56 M., 60 M., 64 M., 68 M., 72 M., 76 M., 80 M., 84 M., 88 M., 92 M., 96 M., 100 M.

### Eine Million Wanzen Schwaben

ohne Gnade mit dem Brut sofort u. gründlich beseitigt mein Wanzenspray 50 Pf. u. 1 M. Spritzapparat 50 Pf. mit dem Brut schnell und für immer beseitigt mein Schwabenöl. Dose 50 Pf. und 1 M. Radikal Erfolg. Wollen, Flöhe, Mücken, Ameisen, Blattläuse vertreibt sicher mein Spezialmittel. Garantiert nur direkt beim Gründer **Georg Pohl**, Droguerie, Berlin, Brunnenstr. 157. Sonst nirgends. 3860L\*

**Uhren, Goldwaren**  
**H. Gottschalk**  
Admiralstraße 37.  
Den Vornamen des "Vornamts" als reelle Bezugswort seit zehn Jahren bekannt.

**Apfelwein** 12 Flaschen 3 M., 10 Liter 3,25 M. mildschmeckend. Gesundheits: 3 M., 10 Liter 3,25 M.  
**Bester Himbeer- und Kirschsaff** a Liter 1,20 M.  
**A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.** Für Berlin und nächste Vororte frei Haus. (43739\*)

**J. Baer,**  
BERLIN N. (38399\*)  
26, Badstraße 26,  
Ecke Prinzen-Allee,  
u. 37 Schliemannstrasse 37  
empfehle, wie bekannt, in reellster Aus-  
führung und streng festen Preisen:  
Herren- u. Knaben-  
Garderobe.  
Arbeitsnachen.  
Grosses Stofflager  
zur Anfertigung nach Mass.  
Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge.  
Elegante Paletots u. Mantel.

**„Schneide Carré-System“**  
von **Rudolf Maurer** Gegründet 1871.  
Berliner Schneider-Akademie  
Berlin W., nur Friedrich-Strasse 65a.  
Mit den höchsten Auszeichnungen prämiert 1879 und 1896.  
1900 mit der goldenen Medaille.  
Ca. 2600 Zuschneider placiert.  
In Berlin schneidet der weitest gehende Teil der Zuschneider nach dem Carré-System.  
Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue Kurse.  
Verlag v. Lehrbüchern, Modestournalen u. Fachzeitschriften.  
44302\*  
Direktor **Alfred Maurer** (Fachmann.)  
Man verlange illustrierten Prospekt gratis und franco.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
**Dampf- und Heissluft-Bäder**  
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**  
Vielwirkung an künstliche Krankenhäuser. 3831L\*  
**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.  
Spezialität:  
Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohannis-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

**Metzners Korbwaren-Fabrik**  
Berlin, Andreasstr. 23. Pappwagen,  
II. Gesch. Brunnenstr. 95. Leiterwagen,  
III. Gesch. Denselstr. 67. Sportwagen,  
IV. Gesch. Leipzigerstr. 54/55. Kinderstühle.  
**Kinderwagen, Grösstes Lager**  
**Kinderbettstellen, Berlins.** **1000 Mark Belohnung** jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren aus und in meine Konkurrenz gerufen in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.



**Berlins Spezialhaus:**  
grösstes  
**Teppiche**  
Prachtst. a 3,75, 5, 8, 10-300 M.  
Stets Gelegenheitskäufe in Teppichen, Gardinen, Portieren, Möbelstoffen, Tischdecken etc.  
Pracht-Katalog mit ca. 450 Abbildung.  
sowie **Extra-Liste** f. bes. Gelegenheits-Angebote gratis und franco.

**Emil Lefèvre**  
Berlin S., Oranienstr. 158.



**Die schönsten Herren-Kränze, Herren-Garderobe in neu. (sonst) speziell 42740\***  
**Monatsgarderobe**  
von Kavaliere zurückgelagte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in grösster Auswahl zu stannend billigen Preisen stets zu haben.  
**J. Wand, Prinzenstr. 17,**  
Ecke Wallertorstrasse.

**Steppdecken**  
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik  
**B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wallstr. 72, Rosstrasse**  
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 42700\*  
**Telzhang!!!**  
Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, nur wöchentlich **Jahre & König** Barischauerstr. 72. 4313L\*



Prozeß Jacobi-Bernhard.

Zweiter Tag.

Vorsitzender Assessor Geisler eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Die Verhandlung wendet sich den Angriffen des inkriminierten Artikels in Bezug auf die Stellung des Privatklägers zu der elektrischen Bahn und dessen Abstimmung über diese Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung.

Oberbürgermeister Kirchner

als Zeuge vernommen. Daß Herr Jacobi früher gegen den Ankauf dieser Bahn gewesen ist, sei ihm bekannt, er habe es aber nicht für richtig, eines Tages habe der Privatkläger dem Magistrat mitgeteilt, daß der Bankier Mosler beauftragt worden sei, Aktien der Siemens u. Halske'schen Bahn zu verkaufen, daß er diesbezüglich mit Verhandlungen an die Große Straßenbahn herangetreten sei, daß sich die Verhandlungen zerstreut hätten und daß Herr Mosler nun an die Stadt herangetreten wolle.

Siemens u. Halske'schen Bahn.

So weit er sich erinnern, einstimmig gesagt, da man diesen Ankauf für eine außerordentlich glückliche Konjunktur hielt. Er erinnere sich nicht, daß jemand diesem Projekt ernstlich widersprochen hätte, auch diejenigen, die bis dahin grundsätzlich gegen die eigene Regie waren, seien für den Ankauf dieser Linie gewesen.

Verkehrsdeputation

verhalten, als es sich um den Ankauf der Siemens-Bahn handelte? — Zeuge: Keines Wissens hat er dafür gestimmt, wie auch alle übrigen Mitglieder dafür stimmten.

Bankier Joseph Stern

erklärt, daß das Haus Behren- und Annonierstraßen-Ecke etwa 80 Jahre in seinem Besitz gewesen sei und zwar in seinem allein, denn Mosler sei lediglich Socius der Bankfirma gewesen.

Bankier Joseph Stern

erklärt, daß das Haus Behren- und Annonierstraßen-Ecke etwa 80 Jahre in seinem Besitz gewesen sei und zwar in seinem allein, denn Mosler sei lediglich Socius der Bankfirma gewesen.

mit der Frage, ob er das Haus verkaufen wolle. Der Zeuge habe zuerst abgelehnt, später sei das Geschäft aber durch Vermittelung Moslers zu Stande gekommen und das Haus an die Versicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ verkauft worden.

Der folgende Zeuge, Bankier Mosler, bestätigt die Angaben des Vorzeugen und erörtert, daß er im Auftrage der Firma v. Roenen u. Co. zwischen der Siemens-Bahn und der Charlottenburger Straßenbahn vermittelt habe.

Hierauf wird der frühere Vorsitzende der Verkehrsdeputation, jetziger Ober-Verwaltungsgerichtsrat Meubring vernommen. Er macht ähnliche Behauptungen wie der Oberbürgermeister Kirchner.

Marggraf und Baumann

zur Erörterung. Justizrat Cassel widerspricht dieser Vereidigung. Der Gerichtshof beschließt, den Rechtsanwalt Marggraf und den Bezirksvorsteher Baumann wegen Verdachts der Wittthäterchaft nicht zu vereidigen.

Lewinski

verhandelt. Eine ganze Reihe von Zeugen bekundet, daß Lewinski mit den Redaktionen der „Welt am Montag“, in welcher der Artikel stand, gewissermaßen haushälterisch gegangen sei.

Blaidohers.

Rechtsanwalt Seuff beginnt mit der Bemerkung, daß die Sachlage durch die gestrigen Ehrenerklärungen der Gegenpartei wesentlich vereinfacht worden sei.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Waidohers.

Die Ehre des Privatklägers sei gestern und heute in eklatantester Weise wieder hergestellt worden und es hätte nicht noch großer Waidohers und so heftiger Angriffe des Rechtsanwalts Seuff bedurft.

Gelegenheit gewechselt zu werden pflegen, keinen Anstand zu erklären, daß ihn als Unwalt die Haltung seiner Kollegen in dieser Verhandlung erregt habe und ihnen für die lokale Erklärung danke, daß der Privatkläger aus dieser Verhandlung als Ehrenmann hervorgegangen sei.

Das Urteil.

Der Vorsitzende, Assessor Geisler, verkündete das Urteil dahin, daß der Angeklagte Bernhard zu 600, der Angeklagte Lewinski zu 60 M. Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle zu einem Tage Gefängnis für 15 M. zu verurteilen seien.

Es komme lediglich darauf an, ob der Artikel die Thatbestandsmerkmale der Verleumdung erfülle, und ob nicht erweislich wahre Thatfachen verbreitet worden seien, in der Absicht, den Kläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Damit endeten die zweitägigen Verhandlungen, die, dank der geschickten Leitung des Vorsitzenden, einen ruhigen, sachlichen Verlauf nahmen.

Der Leipziger Bankprozeß.

Vom Sonnabend wird aus Leipzig berichtet: Der Vorsitzende giebt bekannt, daß der Zeuge Justizrat Frieß-Kassel am Donnerstag erscheinen werde.

Es gelangt ein Brief Egner an Genßch über eine zwischen Kassel und der badnischen Gesellschaft vollzogene Transaktion zur Verlesung, wonach diese zurückdatiert werden soll.

Wohin die sieben Millionen

der Trebergesellschaft gekommen seien. Keine Million sei in Leipzig geblieben und weder die Trebergzentrale noch ihre Tochtergesellschaften hätten Geld.

Egner hatte 1898 eine Unterredung mit dem damaligen Vorsitzenden seines Aufsichtsrats, Sachsenröder. Wie er erklärt, begreife er zwar kein Mißtrauen, sei aber wegen der all zu großen Disposition in Kassel ängstlich geworden.

Egner sagt alldem über die Beschäftigung der Trebergunternehmungen durch die Direktoren und die Aufsichtsräte der Bank aus, bezugnehmend auf die zahlreichen Gutachten der Sachverständigen.

vorher angelegt.

Man hatte einen günstigen Eindruck von den Ergebnissen der Gutachten und von den Revisionen der Bücher durch zuverlässige Revisoren empfangen.

Nach kurzer Mittagspause macht der Vorsitzende bekannt, daß am kommenden Montag, dem Tage der Beisetzung König Alberts, die Sitzung ausfallen wird.



Es kommt ein langer Semestralbericht der Trebergesellschaft von 1898 zur Verlesung mit eingehender Begründung der eine große Zukunft versprechenden Graphit- und Karbidproduktion und mit ausführlichen Darlegungen der übrigen technischen Zweige. Der Geldbedarf wird als ein ganz kolossaler bezeichnet. Die Betriebsmittel seien vollständig abgedeckt; die finanzielle Lage weise

### 18 Millionen Schulden

und 6 Millionen Bankschulden auf. Alle diese Berichte wurden vom Aufsichtsrat der Bank gelesen. Nach einem Briefe Schmidts an die Bank vom 18. November 1898 will Schmidt mit einem französischen Konjunkturium zur Einführung der Treberaktien an der Wäffeler Werke verhandeln und eine Bank für chemische Industrie in Brüssel mit 10 Millionen Frank gründen, wofür 8 Millionen in Tochteraktien gegeben werden sollen. Von diesem Briefe wurde seiner Zeit dem Aufsichtsrat der Bank Kenntnis gegeben. Es wurde beschlossen, den Blancocredit der Trebergesellschaft von 3 auf 10 Millionen zu erhöhen, ohne dies der Gesellschaft besonders mitzuteilen. Nach Aussage der Aufsichtsräte war damit nur ein Contocorrent-Credit, nicht ein Blancocredit gemeint. Aus den Erhebungen von damals ließe sich ein gesamtes Engagement der Bank von 25 Millionen nachweisen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 6. Juli 1902. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgebung, Änderungen und Neuaufnahmen bis spätestens Freitag, den 27. Juni 1902, einzuwenden zu wollen: für „Teltow-Verdow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Britz, Jahnstr. 2; für „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Niebe in Friedrichsfelde, Victorstr. 4; für „Potsdam-Ost-Haveland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Franzfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Ding, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einsendungen umgehend zu besorgen, da spätere Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Die Leiden des armenischen Volks und die Pflichten Europas. Am nächsten Donnerstag wird in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103, eine Volksversammlung stattfinden, in der Genosse Bernstein über dies aktuelle Thema sprechen wird. Die Vertrauensleute.

Schöneberg. Heute Sonntagmorgen feiert der Wahlverein im Obstischen Lokale, Meiningerstr. 8, sein Stiftungsfest, bestehend aus Lokal- und Instrumental-Konzert. (Siehe Inserat.)

Ueber die Gewerbegerichts-Wahl in Tegel spricht Genosse Scheffler Montagabend 7 1/2 Uhr in einer bei Trapp stattfindenden Versammlung. Auch die in Tegel beschäftigten Berliner Arbeiter sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt und werden daher zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Die Genossen des Niederbarnimer Reichstags-Wahlkreises halten ihr diesjähriges Sommerfest in den neu renovierten Räumen von Schloß Weihenau am Sonntag, den 6. Juli ab. Da das Festkomitee die größten Anstrengungen gemacht hat, um den Gästen etwas zu bieten, so ersuchen wir die Genossen, auch der umliegenden Berliner Kreise, das Fest zahlreich zu besuchen.

Ober-Schöneweide. Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Konhult die Versammlung des Wahlvereins statt. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hält einen Vortrag über: „Die Arbeiterfamilien und die Lebensmittelpreise“. Die Genossen werden ersucht, ihre Frauen an der Versammlung teilnehmen zu lassen.

## Kokales.

### „Ueber“ Berlin.

Wer noch nicht auf dem Turm des Berliner Rathhauses war, der ahnt nicht, was ihm bisher entgangen ist. Es lohnt sich wirklich, einmal da hinaufzusteigen, um ein Viertelstündchen hindurch „über“ Berlin zu stehen und die Reichshauptstadt „von oben herab“ anzusehen. Wir machen uns dieses Vergnügen seit vielen Jahren alljährlich ein paarmal.

Die Sache kostet 20 Pf. Eintrittsgeld und einigen Schweiß. Unter Umständen, z. B. wenn eine Temperatur von 30 Grad im Schatten herrscht, kann sie sogar recht viel Schweiß kosten. Die Spitze der Fahnenstange liegt volle 300 Fuß über dem Pflaster der Königsstraße, und bis zur Plattform des Turmes sind es, von der Straße an gerechnet, 350 Stufen. Das ist schon eine ganz anständige Leistung, die einen kräftigen Steiger erfordert.

Als wir einmal einen alten Berliner, einen von den „geborenen“, der — wie viele seinesgleichen — den Rathaussturm noch nie bestiegen hatte, für eine Beteiligung an diesem Wagnis gewonnen und ihn glücklich mit hinauf gebracht hatten, da rief der Mann, oben angelangt, überrascht aus: „Ich wußte gar nicht, daß Berlin so groß ist!“ Er meinte das durchaus ernsthaft. In der That merken viele Berliner erst hier oben so recht, wie groß ihr Berlin ist. Und noch manche andre Beobachtung drängt sich ihnen in dieser luftigen Höhe von selber auf. Es sollte eigentlich niemand über Berlin sprechen, der noch nicht „über“ Berlin gestanden hat.

Das Bild, das sich dem Besucher des Rathaussturmes bietet, ist gar nicht mit demjenigen zu vergleichen, das man vom Kreuzberg aus empfängt. Es ist viel podender. Auf dem Kreuzberg sieht man Berlin nur von außen und kaum zur Hälfte. Auf dem Rathaussturm steht man mitten in dem gewaltigen Häusermeer und kann es in seiner ganzen Ausdehnung überschauen. Der Kreuzberg bietet für die Betrachtung Berlins einen Standpunkt, wie geschaffen für die kühle Objektivität eines Unbeteiligten. Für die Bewohner und Bürger der Stadt ist allein die Spitze des Rathaussturmes der geeignetste Standpunkt, weil der Betrachter nur hier die persönliche Beziehung, in der er zu dem Gewirre der Straßen und Häuser und zu dem hastenden Gewimmel der Hunderttausende da unten steht, deutlich und kräftig empfindet.

Manche Erkenntnis, die man sich unten erst mehr oder weniger mühsam zusammenfuchen muß und nur durch längere Beobachtung erwirkt, kann man sich auf der Plattform des Rathaussturmes mit einem einzigen Blick zu eigen machen. Sehr anschaulich wirkt z. B. der Wald von Kirchturmspitzen und von Fabrikhornsteinen, der uns entgegensteht. Das ist ein Bild, bei dessen Betrachtung es jedermann sofortigen mit Händen greifen kann, daß Berlin eine Industriestadt ist, deren Arbeiterbevölkerung in die Kirchen zurückgezwungen werden soll. Wer zu der Turmbesteigung einen Wochentag wählt, dem wird beim Anblick der Fabrikhornsteine noch etwas anderes sofort auffallen. Im Westen wird er nur sehr wenige von diesen qualmenden Schlotröfen bemerken. Der Gegensatz zwischen West und Ost ist ja an sich schon frappant genug. Er kommt schon in der Verschiedenheit der Bauweise und der Bauweise usw. zu so deutlichen Ausdruck, daß er auch hier oben niemand ganz entgehen kann. Selbst ein Fremder, der von dem besonderen Charakter der einzelnen Stadtteile Berlins nichts weiß, würde beim Umschreiten der Spitze des Rathaussturmes schwerlich darüber in Zweifel sein können, wo er die Wohnviertel der Wohlhabenden und wo die Wohnviertel der Unbemittelten zu suchen hat. Wenn er sich aber ein paar Minuten lang abgemüht haben wird, mit spätem Auge die Höhe, trägt,

selbst dem Sonnenstrahl den Weg versperrende Dunstmasse zu durchdringen, die über dem größeren Teil Berlins vom Süden und Südosten über den Osten herum bis zum Nordosten und Norden lagert, dann wird ihm noch energischer zum Bewußtsein kommen, daß man in den Fabrik- und Arbeitervierteln anders wohnt und lebt als in dem vornehmen Westen.

Einen vollen, ungeschmälerten Genuß hat man von der Besteigung des Rathaussturmes nur an Sonntagen. Dann zerteilt sich die Dunstmasse, die die Woche hindurch über den Wohnvierteln der Arbeiterbevölkerung lag, dann vermag das Auge nach allen Seiten hin mellenweit über die Weichbildgrenze vorzudringen. Frei und ungehindert schweift dann auch im Osten der Blick über den Tegel-Park und die Oberspree hinweg bis zu den Müggelbergen — frei und ungehindert, — wie im Westen über den Thiergarten und den Grunewald zu den Höhenzügen der Havel.

Das Andenken Friedrich Fröbels, des Vaters der Kindergärten, wird aus Anlaß der 50. Wiederkehr seines Todestages (21. Juni 1892) von einer Reihe pädagogischer Vereinigungen Berlins durch eine am heutigen Sonntag (mittags 12 Uhr) im Bürgerlaale des Rathhauses stattfindende Feier begangen. Die Vereiner Fröbels werden bei dieser Gelegenheit kaum mit sehr großer Genugthuung auf das zurückblicken, was Fröbel selber und nach ihm die Vertreter seiner Ideen erreicht haben. Ist auch sein Lebenswerk nicht ganz vergeblich gewesen, so hat doch — das darf man sich nicht verhehlen — nur wenig von dem, was er wollte, verwirklicht werden können. Man braucht mit der Erziehungs- und Unterrichtsmethode Fröbels nicht in allem und jedem einverstanden zu sein, aber das wird niemand leugnen können, daß der Grundgedanke, auf dem seine Methode ruht, mehr Beachtung verdient hätte, als er gefunden hat. Bei uns in Preußen wurden die Bestrebungen Fröbels noch von einem besonderen Mißgeschick betroffen, das man kaum nennen könnte, wenn es nicht für ihn und seine Sache verhängnisvoll geworden wäre. Die Fröbelschen Ideen wurden von der preussischen Regierung als sozialistische und dem Atheismus fördernde gedankt und bekämpft. 1851, ein Jahr vor Fröbels Tod, wurden in Preußen die Kindergärten verboten. Es liegt der begründete Verdacht vor, daß die Regierung Fröbel mit einem seiner Ketten verwechselte hat, der damals in Hamburg für das weibliche Geschlecht eine mit einem Kindergarten verbundene Hochschule begründet hatte. Friedrich Fröbel war ein durchaus gottgläubiger Mann, sein Kette dagegen vertrat in religiöser wie in politischer Hinsicht so fortgeschrittene Anschauungen, daß er damit allerdings nicht dem Willen eines preussischen Ministers finden konnte. Das Verbot der Kindergärten wurde erst 1890 wieder aufgehoben. In Berlin wurde noch in demselben Jahre zur Errichtung Fröbelscher Kindergärten geschritten, aber zu einer rechten Blüte ist das Kindergartenwesen in den 40 Jahren, die seitdem verlossen sind, bisher bei uns nicht gelangt. Was gut ist an Fröbels Ideen, das wird vielleicht erst von einem zukünftigen Geschlecht voll verwirklicht werden können.

Die Firma Vorfis hat die 5000. Lokomotive vor einigen Tagen fertiggestellt und aus diesem Anlaß dem Personal und der Arbeiterkassette ein Fest gegeben. Herr Konrad Vorfis verbandete dabei, daß er folgendes angeordnet habe:

1. Die Erhöhung der Kapitalien der Luise Vorfis-Stiftung um 250 000 R. Diese Stiftung giebt den Arbeitern, ihren Invaliden und Hinterbliebenen Zuschüsse zu den gesellschaftlichen Reuen.
2. Die Erhöhung der Jubiläumsgabe an die Arbeiter, die ihr 25 jähriges Jubiläum bei der Firma feiern.
3. Die Bestimmung, daß alle 50 jährigen Jubilare der Firma in Zukunft statt der bisherigen Pensionen das volle Einkommen ihres letzten Dienstjahres als Ruhegehalt bis an ihr Lebensende beziehen sollen.
4. Die Begründung einer Beamten-Pensionskasse, für welche nach Genehmigung des Statutes die Firmeninhaber ein Kapital von etwa 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung halten werden.

Die erste Lokomotive ist von der Firma Vorfis im Jahre 1841 für die Berlin-Anhalter Bahn fertiggestellt worden, die fünf-hundertste im Jahre 1854, die tausendste 1868, die zehntausendste 1897, die dreitausendste 1873 und die vierhundertste 1883.

Handdienersfreuden. In einem Manufaktur- und Weißwaren-geschäft einer der westlichen Vororte sind mehrere Handdiener beschäftigt. Für wenig Lohn und noch weniger Trinkgeld buckeln sie sich tagsüber mit Traglasten aller Art ab oder trampeln auf schwerbeladenem Dreirad in den Straßen umher, um dann nach beendeter Tagesarbeit noch bis zehn, zwölf, ja sogar bis zwei Uhr nachts bei Badarbeiten im Geschäft verwendet zu werden. Jemand eine Extra-Entscheidung für Ueberstunden erhalten sie nicht. Wohl aber werden sie von Zeit zu Zeit mit polizeilichen Hausstrafen bestraft, weil man in ihnen Diebe vermutet, die unter allen Umständen die Firma beschützen haben sollen. Zwei Handdiener, von denen der eine seit rund einem Jahr, der andre seit ungefähr neun Monaten bei der Firma thätig waren, muhten sich schon zu wiederholten Malen eine peinliche Durchsuchung ihrer Wohnung gefallen lassen, ohne daß jemals auch nur das geringste Stück gestohlenes Gutes bei ihnen vorgefunden wäre. Bei der letzten Hausdurchsuchung ging man nun mit einer ungewöhnlichen Rücksichtslosigkeit zu Werke. Erschienen da zwei Kriminalbeamte in Begleitung eines Interferenzenten der Firma. Die Beamten selbst verhielten sich passiv, desto gründlichere Arbeit aber ließen sie ihren Begleiter machen. Rufen und Rufen in Wohnung und Keller, Schränke, Spind und Kommode, ja sogar die Betten durchwühlte der Mann mit einem Eifer, als gelte es, sämtliche Schätze Indiens zu heben. Dabei warf und kramte er den ganzen Inhalt wüst und wirr, lumbertend über- und durcheinander, ab und zu eine Kleinigkeit als „verdächtig“ zurücklegend. Nach Beendigung dieser Generalvisitation veranlaßten die Beamten den eifrigen Sucher nun nicht etwa, wieder Ordnung in dem angeordneten Wirrwarr zu schaffen — nein, sie ließen alles stehen und liegen wie es war, und beantragten noch oben-dreien den Gehäusuchten, die „verdächtig“ Sachen nach dem Polizeibureau zu tragen. Dasselbst erfolgte ein ziemlich schroffes Verhör und Verhaftung des Handdieners. In ähnlicher Weise spielte sich die Hausdurchsuchung bei dem zweiten Handdiener ab; auch dieser wurde verhaftet. Man denke sich nun den Schreck, den die von einem Ausgange zurückkehrenden Frauen der beiden Arrestanten bekamen, als sie ihre Männer abwesend und in der Wohnung sozusagen alles auf den Kopf gestellt fanden; erst nach Stunden erfuhr sie, was sich zgetragen. Am anderen Mittag wurden beide Männer dann aus der Haft entlassen, weil sich auch diesmal nichts Belastendes gegen sie ergab. Doch jetzt hatten die Vielgeplagten endlich genug von der ewigen Hausdurchsuchung. Ihr eifriger Gang war zu dem Chef der Firma, um so schnell wie möglich ihre Entlassung zu fordern. Vergarben wird ihnen das sicher niemand, denn permanent im Verdachte der Unehrlichkeit stehen und für andre Schuldige büßen zu müssen, ist gerade kein beidenswerteres Los.

Das höchste Gerüst in Berlin befindet sich gegenwärtig auf der Spitze des Rathaussturmes, dessen Fahnenstange untersucht und neu gestrichen werden soll. Zu diesem Zweck ist auf der Glockengalerie ein Leitergerüst aufgestellt, welches bei einer Höhe von zwölf Metern die Fahnenstange noch um etwa einen Meter überragt. Zur Beschäftigung der Leitern nach dem Turme ist ein Flaschenzug zur Aufstellung gekommen, dessen Seile zusammen über hundert Meter Länge haben. Die Spitze des Gerüsts erhebt sich 106 Meter über Berlin und bildet gegenwärtig den höchsten Punkt der Reichshauptstadt.

In dem Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge auf der Station Schlessische Thor, über welchen wir bereits berichteten, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Mit Rücksicht darauf, daß bei der Eigenart des Hochbahndetriebes ein Zusammenstoß im allgemeinen schlimmere Folgen haben muß als bei der Eisenbahn, sind ganz besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen, welche eine Kollision verhindern sollen. Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei der selbstthätige Siemens-Sicherheitsapparat, welcher

bei Einfahrt des Zuges auf dem Bahnhofs die Ausfahrt auf der dahinter liegenden Station sperrt, sie dagegen freigiebt, sobald der erste Zug die Vorstation verlassen hat. Dieser Sicherheits-Apparat funktioniert infolge eines Defektes nicht. Die zweite Sicherung wird durch telephonische Verständigung zwischen den nebeneinander liegenden Stationen gegeben. Ob diese ordnungsgemäß stattgefunden, oder ob die Verwaltung des Bahnhofs Straßener Thor den Zug selbständig abgelassen hat, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Als dritte Sicherheit gegen Zusammenstöße ist die schnell wirkende Bremse zu betrachten. Bei der Zufahrt zum Schlessischen Thor bildet die Bahnstrecke eine scharfe Kurve. Kam ist es unter diesen Verhältnissen dem Zugführer unmöglich, zu erkennen, ob der von ihm auf dem Bahnhofs gelehene Zug auf Geleis 1 oder 2 hält. Erst nachdem der Zug die Kurve passiert hatte und sich auf der Brücken-Überführung des Schlessischen Thores befand, vermochte er das Hindernis zu erkennen, jedoch konnte er jetzt bei 50 Meter Entfernung den Zug nicht mehr zum Stehen bringen. — Von den verletzten Passagieren haben sich übrigens nur wenige in den Zügen befunden; die meisten stonden auf den Bahnhöfen und wurden dort von einem Glasregen überhüttet.

Der Vorstand der Milchzentrale teilt mit, daß das gestern von uns erwähnte Schreiben an die Generalversammlung nur fünf Unterschriften gefunden habe, bei 728 Genossenschaften nur eine geringe Zahl. Es fragt sich nur, ob die Lage der Milchzentrale nicht doch derart, daß Ausfragen wie die mitgeteilten gerechtfertigt erscheinen.

Das Ende der Hundesperre. Das Polizei-Präsidium teilt mit: Mit dem 24. Juni d. J. erreicht die für Berlin und Umgebung verhängte Hundesperre ihr Ende. Alle Hunde, welche auf polizeiliche Anordnung im Tierdepot des Deutschen Tierchutz-Vereins (Stadtbahnhöfen 79/80) abgesperrt sind, können, soweit sie un- verdächtig sind, von den Eigentümern gegen Bezahlung der Futterkosten am 25. d. M. dafelbst zur Abholung in Empfang genommen werden. Von leggedachtem Tage ab brauchen auch diejenigen Hunde, deren Absperrung in oder bei der Wohnung des betreffenden Eigentümers polizeilichereits angeordnet ist, nicht mehr abgESPERRT gehalten zu werden.

Ueber den tödlichen Unfall des Fensterputzers Conrad berichteten wir in Nr. 141 unres Blattes. Aus Anlaß dieser Angelegenheit teilt uns der Centralverband der Handwerks-, Transport- und Verkehrsarbeiter folgendes mit: Die reguläre Arbeitszeit bei der Firma Rellen, Alte Jakobstr. 87, in deren Betriebe Conrad beschäftigt war, beträgt zum mindesten 10 Stunden. In dieser Zeit muß ein Stück Arbeit geschafft werden, das selbst gute Arbeiter nur außerordentlich schwer erledigen können. Die Löhne schwanken zwischen 15 und 20 Mark wöchentlich, wovon 1 M. 23 Pf. für Kanton etc. abgezogen werden. Es erhielt von den Stagenarbeitern der verantwortliche Vorarbeiter 20 M., der zweite Arbeiter 19 M., der dritte 17,50 M. und der vierte (Conrad) 17 M. Für Nachtarbeit erhalten die Arbeiter, deren Anzahl 15 beträgt und die von drei Kontrollleuten fortwährend angetrieben werden, fünfzig Pfennig die Stunde. Diese Nachtarbeit muß, wohlgemerkt, geleistet werden, nachdem die Leute sich tagsüber schon abgehört haben. Was die Schutzrichtungen betrifft, so ist zwar ein Rettungsgürtel vorhanden, doch fehlten zur Zeit des Unfalls die Haken daran. Nachträglich ließ der Geschäftsführer Schmidt neue Haken holen, so daß die kontrollierenden Beamten alles in Ordnung fanden.

Gefängniszustände in Tegel. Ein Kotschrei aus dem Straf-gesängnis in Tegel beschäftigte gestern die I. Strafkammer am Landgericht II. Wegen willkürlich falscher Anschuldigung war der Maschinenbauer Ernst Oswald angeklagt. Derselbe hatte Ende vorigen und Anfang dieses Jahres eine Strafe in Tegel zu verbüßen. Am 10. Dezember ließ er sich vormelden und machte vor dem Polizei-Inspektor Riegel folgende Anzeige: Tags zuvor habe der Aufseher Martin in die Kassefaktoren bei der Verteilung des Mittagessens beauftragt. Er habe sich darüber beschwert, daß das zuständige Wes nicht vollgefällt sei, da sei der Aufseher in seine Zelle getreten, habe die Thür hinter sich zugemacht und dann habe er ihn am Halse gewürgt, mehrfach an die Wand und dann an die Erde geworfen und fuchtelnd verhalten. Da der Aufseher Martin bei seiner verantwortlichen Vernehmung die Mißhandlungen bestritt, so wurde angenommen, daß die Anzeige eine willkürlich falsche sei und darauf wurde Klage erhoben. Der gestrigen Hauptverhandlung drückte sich einer der Kassefaktoren, die das Mittagessen gebracht hatten, sehr vorständig aus. Er habe nur gesehen, daß der Aufseher in die Zelle des Angeklagten eingetreten sei und die Thür hinter sich geschlossen habe. Weiter wisse er nichts, denn er habe nicht Zeit gehabt, sich weiter um die Sache zu kümmern. Ein Bekannachter des Angeklagten hat auch nichts gesehen, er hat aber gehört, daß der Aufseher in die Zelle trat, die Thür schloß, dann hörte er, wie ein schwerer Körper wiederholt an die Wand flog und wie der Angeklagte schrie. Der Angeklagte hat ihm auch noch an demselben Tage einen Riß am Halse gezeigt und dabei bemerkt, daß derselbe von den Fingernägeln des Aufsehers stamme. Auf Grund dieser Feststellung fällt der Gerichtshof ein freisprechendes Urteil. Der eigentliche Angeklagte sei der Aufseher. Auf dessen Zeugnis allein eine Verurteilung zu begründen, sei bedenklich. Es sei zwar nicht erwiesen, daß der Angeklagte mißhandelt worden sei, aber es sei auch nicht erwiesen, daß dies nicht geschehen sei.

Verhaftung eines Kindes. Das Polizei-Präsidium teilt mit: Am 19. d. M., abends gegen 6 Uhr, hat das elfjährige Schulmädchen G. F. sich aus der elterlichen Wohnung Charlottenburg, Hahnenstraße 28, entfernt und ist noch nicht wieder zurückgekehrt. Ein Angeldfall wird daher vermutet. Das Kind, welches schwächlich und blond ist, war bekleidet mit rotweitem Kattunkleid und blauer Watrofenmütze. Personen, welche über den Verbleib des Kindes Auskunft geben können, werden gebeten, sich in den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr im Zimmer 128 des Königl. Polizei-Präsidiums am Alexander-Platz zu melden.

Die Arbeiterfamilie im Gegenwartsstaat. Durch Spielen mit Streichhölzern entstand vorgestern, Freitag, in dem Hause Neue Friedrichstr. 5/8 ein Brandunglück. Das Handelsmann Steinfische Ehepaar, das dort wohnt, besitzt zwei Kinder, eine sechsjährige Tochter Erna und einen vier Jahre alten Sohn Willy. Stein geht den Tag über seinem Handel nach, seine Frau arbeitet in einer Fabrik. Die beiden Kinder bleiben dann ohne Aufsicht zu Hause, nur daß eine Nachbarin sich hin und wieder einmal nach ihnen umsieht. Vorgestern vormittag hörte eine Frau Reubert die Kinder in der Wohnung jammern und schreien. Als sie eintrat, sahen beide hilf- und rasselos auf dem Fußboden um ein kleines Feuer herum. Der kleine Knabe hatte Streichhölzer gefunden und zusammengeleitetes Papier auf dem Fußboden angezündet. Die Flamme hatte das Kleid des Mädchens erfaßt, so daß es bald lichtlos brannte. Frau Reubert löschte das Feuer leicht, das Kind war aber an der linken Körperseite und am Rücken schon so schwer verbrannt, daß ein Schuttmann es mit einer Drofale nach der Charité bringen mußte, nachdem es von zwei Ärzten die erste Hilfe erhalten hatte.

Beim Training gekürzt und erheblich verletzt ist gestern abend auf der Friedländer Rennbahn gegen 6 Uhr der als Flieger bekannte Berufsfahrer D. Gleichzeitig mit ihm fuhren auf der Bahn verschiedene Schrittmacher und D. verlor, an einen Motor Anschlag zu finden. Bei diesem Verstoß geriet er auf die innere Radfläche der Rennbahn und bei der plötzlichen Hemmung des Rades stürzte D. über das Vorderrad seiner Maschine zu Boden. Er erhielt hier- bei so erhebliche Verletzungen an Armen und Rücken, daß er nach Anlegung eines Rotverbandes mittels Drofale nach seiner Wohnung gebracht werden mußte.

Nach Verübung eines Verbrechens Gift genommen hat der 1878 in Berlin geborene Droguist Adolf A. Er verwaltete seit mehreren Jahren die Filiale einer Droguerie in der Chertstraße, wo ihm vor einigen Tagen ein besonderes Zimmer eingerichtet worden ist. Dort soll er sich gegen, ein 18 Jahre altes Mädchen



Vergangen haben, weswegen er gestern nachmittag durch Beamte des 102. Polizeiviertels festgenommen wurde. Auf dem Wege nach dem Revier nahm A. Gift, das er schon vorher zu sich genommen hatte. Die Flüssigkeit, welche er trank, ließ ihn alsbald in Bewusstlosigkeit versinken und in diesem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. Dort ist er heute vormittag den Wirkungen des Giftes erlegen.

**Der Mordleger August Hannaschke**, der vor vierzehn Tagen wegen verurteilter Mordtaten die Witwe Marie Weder in der Rüststr. 10 durch zwei Messerstiche in die Brust mit Vorbedacht tötete und sich dann selbst durch Öffnen der Pulsadern und Abschneiden des Halses das Leben zu nehmen versuchte, ist jetzt wieder hergestellt und von der Charité, wo er in Polizeigefangenschaft gehalten wurde, nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Wie wir schon mitteilten, wurde er im Jahre 1889 nach einem Mordversuch gegen seine Frau als geisteskrank nach Dalldorf gebracht und von dort im Jahre 1895 als geheilt und nicht gemeingefährlich entlassen. Ob der jetzt 38 Jahre alte Mann noch einmal auf seinen Geisteszustand beobachtet wird, steht noch dahin.

**Aufgehoben** wurde gestern früh von einem starken Schuppman's-Aufgebot unter Leitung des Polizeikommandanten Lange, des Vorstehers vom 24. Revier, die Bäderberge "Concordia" in der Andreaskirchstr. Dort waren vielfach Diebstähle vorgekommen, die der Verwaltung der Lieberzeugung gaben, daß Spitzbuben die Herberge als Schlafwinkel benutzten. 63 Personen wurden nach der Revierwache gebracht, 7 von dort wieder entlassen, die übrigen dem Polizeipräsidium zugeführt.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Sonnabend wurde ein größeres Löschungsgebot nach der Bienerstr. 26a gerufen. Hier war in der im obersten Stockwerk belegenen Metallschleiferei und Eisengießerei von L. Gehrts u. Co. auf noch nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das bereits bei Ankunft der Wehr auch den Dachstuhl ergriffen hatte. Es mußte daher längere Zeit aus zwei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. Freitagabend gegen 8 Uhr hatten außerdem noch in der Treasowstr. 38 Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, dessen Ablöschung jedoch in kurzer Zeit erfolgen konnte.

Von den beiden Weltmeisterschaften, welche am heutigen Sonntag im Sportpark Friedenau entschieden werden sollen, wird zuerst diejenige für Amateure über 100 Kilometer angesetzt. Der Anfang der Rennen ist zwar auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt, doch dürften die Herrenfahrer schon eine Viertelstunde früher abgefahren werden, damit die Abwicklung der Berufsfahrer-Weltmeisterschaft nicht zu weit hinausgeschoben wird, zumal für die Schrittmacher, welche in beiden Wettbewerben eine Rolle zum Nachsehen der Führungsmaschinen unbedingt erforderlich ist. Für die Besucher des Sportplatzes ist, wie im Vorjahre bei den Weltmeisterschaften auf dem Sattelplatz, ebenfalls eine terrassenförmige Erhöhung geschaffen worden, wodurch auch von dort aus ein besserer Überblick über die Bahn und insbesondere viel mehr Plätze gewonnen worden sind. Um dem dem guten Wetter voranschicklichen starken Andrang zu begegnen, halten sowohl die Stadtbahn als auch die Große Berliner Straßenbahn Extrazüge bereit.

**Der Anstalt der Juweliere, Gold- und Silberschmiede** zu Berlin, in der Händlerschule Rohrenstr. 41, ist von der Firma Wändert u. Leitzke (Inhaber Robert Schmidt und Wils. Leitzke von Berlin) eine Preislistung in Höhe von 600 M. gemacht worden. Die Listung geht dahin, daß alle zwei Jahre die genannte Summe in verschiedenen Preisen an die besten Schüler, in Form von Kupfer- und silbernen Medaillen sowie entsprechenden Geldpreisen zur Verteilung gelangt.

**Aus den Nachbarorten.**

**Wer nimmt sich des braven Mannes an?** Aus Rixdorf berichtet man uns: Ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft ist gestern der Arbeiter Gustav Rüstau aus der Klopffstraße 16 hier selbst geworden. In der Jägerstraße waren die Pferde eines Bauernwagens der Rixdorfer Vereinsbrauerei durchgegangen und jagten nun die steile Jägerstraße hinunter. An der Fallstraße stellten sich ihnen die Gebrüder Gustav und Theodor Rüstau, die gerade des Weges kamen, entgegen, weil sie befürchteten, daß die scheuen Tiere in eine weiter unten auf dem Strohdamm abnungslos spielende Kindercharz hineinraufen würden und schweres Unheil anrichten könnten. Die beiden mutigen Arbeiter vermochten zwar die Hügel der Pferde zu erfassen, wurden aber mitgeschleift, wobei Gustav R. leider zu Fall kam und von den Mädem des Bauernwagens überfahren wurde. Jetzt eilten auch andre Straßenpassanten herbei, welche die Pferde vollends zum Stehen

brachten und sich dann des Verunglückten annahmen, der anscheinend leblos dalag und aus einer klaffen den Wunde am Hinterkopf heftig blutete. Sein Bruder Theodor dagegen war glücklicherweise mit leichten Hautabrisuren davon gekommen. Der schwerverletzte R. wurde zunächst nach der Unfallstation XII gebracht, wo der diensthabende Arzt feststellte, daß der Unglückliche außer der Kopfverletzung noch einen doppelten Knöchelbruch und einen Bruch des linken Schlüsselbeins erlitten hatte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde R. daher nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er in höchst bedenklichem Zustande darniederliegt. Der Verunglückte welcher erst Tags zuvor von einer militärischen Übung zurückgekommen war, ist verheiratet und Vater von vier kleinen Kindern; erst vor Kurzem ist seine Ehefrau von einem Zwillingssparken entbunden worden.

Wie heute die Dinge im Staate der Socialreform liegen, kann der brave Mann, der vielleicht unglücklich Unheil verhängt hat, von Blick sagen, wenn die Armenverwaltung sich seiner darbedenden Familie annimmt und er dann seine wackere That nur mit dem Verlust der staatsbürgerlichen Rechte zu büßen hat.

**Ein seltenes Schauspiel** wird sich am heutigen Sonntag bei der Briefkasten-Zustimmung der Militärverwaltung in Spandau darbieten. Es werden in den Morgenstunden von 4 bis 6 Uhr dachselbst 16 000 Briefkasten aufgestellt, die mit der Bahn aus Rheinlands-Wesfalen von den dort bestehenden zahlreichen Vereinen für Militär-Briefkasten gesandt werden. Seit Mittwoch treffen die gesammelten Voten in Körben verpackt, in Spandau ein und werden in eigens dazu errichteten Schuppen untergebracht, wo auch ihre Verpflegung bis Sonntag erfolgt. Eine so große Menge von Briefkästen auf einer Stelle ist bisher noch nie hochgelassen worden.

**Aus Spandau** schreibt man uns: In der Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung, welche am 19. d. M. abgehalten wurde, waren die Herren Hausbesitzer wieder drauf und dran, die Lasten, welche von Rechts wegen ihnen auferlegt werden sollten, von sich abzuwälzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten nämlich die Hausbesitzer Stadtv. Dr. Engelhardt, Kupte und Grube folgenden Antrag eingebracht:

Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich durch die Einschätzungskommission zur Grundversteigerung eine Schätzung des Wertes des unbekannt städtischen Grundbesitzes zwecks Bestimmung der Höhe der hierfür zu entrichtenden Grundversteigerung herbeizuführen.

Wie aus der Begründung des Antrages durch den Stadtv. Dr. Engelhardt hervorgeht, ist es den Herren darum zu thun, den unbekannt städtischen Grundbesitz, z. B. die Stadtförst, zur Grundversteigerung mit heranzuziehen. Der Herr meinte, daß z. B. aus der Stadtförst alle Bürger Spandaus einen Vorteil hätten und deshalb auch die Besteuerung zu erfolgen habe. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung, am Donnerstag, den 26. d. M. verhandelt und auch sicher angenommen werden. Alsdann wird natürlich die Stadt den größten Teil der Grundversteigerung aufräumen müssen und die Herren Hausbesitzer werden sich dabei sein, den Steuerfuß, der jetzt 3,06 M. pro 1000 M. beträgt, bedeutend herabzusetzen, wie der Stadtv. keine e schon in einer vorigen Sitzung angedeutet hat.

Der zweite Fall liegt noch krasser. Es soll nämlich in diesem Jahre die Pichelsdorferstraße, eine der frequentesten Straßen Spandaus, die aber ein spottschlechtes Pflaster hat, neu gepflastert werden. Gleichzeitig ist eine Verbreiterung des Straßenraumes von 10 auf 12 Meter in Aussicht genommen, damit das Straßenbahngeleise in die Mitte des Damms verlegt werden kann, welches jetzt in wirklich lebensgefährlicher Weise an der Seite entlang führt. Zur Verbreiterung des Damms war aber die Erwerbung von Vorgärten erforderlich, von denen die Pichelsdorferstraße noch eine ganze Anzahl hat. Die Eigentümer stellen aber so hohe Preise, daß die Stadt auf keinen Fall auf den Plan eingehen konnte. In einer Interessenten-Verammlung, welche vor einiger Zeit im Wilhelmshof stattfand, hatten sich aber die Eigentümer bis auf einen, der noch dazu Stadtverordneter ist, eines besseren besonnen und erklärten, ihr Vorland unentgeltlich abtreten zu wollen. Als sie aber hinterher erfuhren, daß sich ein Eigentümer und noch dazu ein Stadtverordneter nicht damit einverstanden erklärt hatte, zogen sie ihr Anerbieten auch wieder zurück und verlangten ihr Land wieder bezahlt. Der Magistrat ist nun auf den Ausweg verfallen, einen Gemeindefestbeschluss herbeizuführen, wonach zur Deckung von Kosten für Verbreiterung und Verbesserung von Straßen, von den an solchen Straßen wohnenden Grundeigentümern, deren Grundstücke sehr im Werte steigen, Kostenbeiträge in Höhe von 1/3 der Gesamtkosten ein-

gezogen werden sollten. Eine Beitragspflicht soll für die Eigentümer aufgeschoben sein, die das zur Verbreiterung der Straße erforderliche Land unentgeltlich an die Stadt abtreten. Diese Vorlage ging aber verschiedenen Hauseigentümern noch mehr gegen den Strich. Nach lebhafter Debatte wurde die Angelegenheit schließlich einer gemischten Kommission überwiesen. Es wurde dem noch der Pflasterplan für 1903 in Höhe von 239 000 M. sowie der Erweiterungsbau der 7. Gemeindefest, der 69 000 M. kosten soll, beschlossen.

**Theaterspielplan für die kommende Woche.**

**Königliches Opernhaus, Geflossen.**  
**Königliches Schauspielhaus, Geflossen.**  
**Neues königliches Opernhaus.** (Stuttgarter Hofoper.) Sonntag: Der polnische Jude. Montag: Der polnische Jude. Dienstag: La Bohème. Mittwoch: Die kleinen Rikias. Donnerstag: Drefels. Freitag: Der polnische Jude. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Rigoletto.  
**Deutsches Theater.** Sonntag: Weber. Abends: Lebendige Stunden. Montag: Die verurteilte Witwe. Dienstag und Donnerstag: Es lebe das Leben. Mittwoch: Rosenmontag. Freitag: Weber. Sonnabend: Lebendige Stunden. Sonntag: Die verurteilte Witwe.  
**Berliner Theater.** Alle Abende: Alt-Heidelberg.  
**Reichens Theater.** Alle Abende: Einquartierung.  
**Neues Theater.** Alle Abende: Die gute Nacht.  
**Schiller-Theater.** Geflossen.  
**Theater des Westens.** Sonntag: Undine. Abends: Fledermaus. Montag: Bettelstudent. Dienstag: Freischütz. Mittwoch bis Freitag: Der arme Jonathan. Sonnabend: Zigeunerbaron. Sonntag: Der arme Jonathan.  
**Metropol-Theater.** (Romy-Oper.) Sonntag und Freitag: Der Hugenotte. Montag: Carmen. Dienstag: Traviata. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Barber. Sonnabend: Unbestimmt. Sonntag: Die Raben.  
**Italia-Theater.** Geflossen.  
**Central-Theater.** Sonntag bis Mittwoch: Coralle u. Co. Son Donnerstag an: Tolle Mitbürger.  
**Lieberspielhaus.** Alle Abende: Offenbach-Kollas.  
**Kleines Theater.** (Schall und Rauch.) Alle Abende: Serenissimo, Zwischenspiele u. a.  
**Palais-Theater.** Alle Abende: Gastspiel Cécilia Valley. Gemischtes Programm.  
**Bellevue-Theater.** Alle Abende: Dame aus Tronville. Einakter.  
**Friedrich Wilhelmshof-Theater.** Sonntag: Einen Tag will er sich machen. Montag bis Freitag: Ein lustiger Ehemann. Sonnabend und Sonntag: Der Jerriffene.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
**Rückfahrkarten.** Für die vierte Wagenklasse werden keine Rückfahrkarten ausgeben. Die Rückfahrkarten haben 45 Tage Gültigkeit und werden am Exalter ohne weiteres verabschiedet. Der Preis für die dritte Wagenklasse ist aber trotzdem um die Hälfte höher als für die vierte Klasse.  
**H. G. G. 28.** Die in dem betreffenden Kalender angegebenen Daten sind nicht richtig.  
**Z. Z. 83.** 1. Nach Ihrer Darlegung liegt ein Ehescheidungsgrund erst dann vor, wenn Sie auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt und nach Rechtskraft und völliger Erfolglosigkeit des Urteils ein Jahr verstrichen ist. Wollen Sie die eheliche Gemeinschaft nicht herstellen, so können Sie auf Scheidung nicht klagen. 2. So lange Ihre Frau gegen Ihren Willen die häusliche Gemeinschaft weicht, liegt Ihnen ihr gegenüber keine Alimentationspflicht ob. Ihre Pflicht Ihrem Kinde gegenüber bleibt bestehen. — **G. M.** Das Gehalt beträgt 900—1500 M. — **W. P.** Zu spät. — **555.** Nach Ihrer Darlegung sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Sie verdienen die Rente erheblich, wenn Sie spätehens im Termin zahlen. Als Belastung kann Ihnen ein Eid angeordnet werden. Ueber die Annahme oder Nichtannahme derselben haben Sie sich zu äußern. Verpflichtet ist ein Beklagter zur Eidesleistung nicht. — **G. Z.** **Wittenerstraße.** Berlin hat an Polizeikosten jährlich 2,50 M. pro Kopf seiner Bevölkerung zu zahlen. — **P. K. 22.** 1. Ja. 2. bis 4. Schreiben Sie an die Armenverwaltung. Eine Verpflichtung zur Kostenzahlung habe ich nicht und lehne die Kostenzahlung ab. — **1902.** **Kleeblatt 30.** Ja. — **K. M. 78.** 1. Die Dividende des Königs von Preußen beträgt alljährlich 15 719 216 M. Krupp war im letzten Jahre zu 21 Millionen Mark eingeschätzt. 2. Die Privat-Bermögensverhältnisse entziehen sich der Kenntnis. 3. Nein. — **G. W. 70.** Sie ist gemüthlich über den Prozentsatz herbstl. Streit. — **Gräfe 19.** 1. Nein. 2. Für Steuern ja, für Meien nein. 3. Ja. — **Kraftmensch 45.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Erlass des Anzugs beim Gewerbegericht klagen, weil die Forderung des Arbeitszuges versprochen war. — **C. G. 12.** Ja.

**Steglitz. Birkenwäldchen. Steglitz.**  
Inhaber E. Felsch.  
Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement von Berlin und Umgegend.  
Mit der Wanneseebahn für 10 Pf. bequem zu erreichen.  
Sonntag, den 22. Juni 1902:  
**Großes Musik-Konzert und Feuerwerk.**  
Im Saale: Ball.  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.  
Montag: Große humoristische Satire der altrenommierten Norddeutschen Sänger.

**Mentes Volks-Garten, Lichtenberg, Rödterstr. 35/36.**  
Sonntag, den 22. Juni 1902:  
**Großes Tauben-Schaufliegen (ca. 2000)**  
zu dem großen Preis von Berlin.  
Grosses Konzert und Ball. Brillant-Pracht-Feuerwerk.  
Volksbelustigungen aller Art  
veranstaltet vom 301b

**Tauben-Bund Berlins u. Umgeg.**  
nebst sämtlichen Vereinen.  
Anfang 2 Uhr. Entree 20 Pf. Anfang 2 Uhr.  
Anfang der Tauben 5 Uhr. Die Kaffeefläche ist von 3 Uhr ab geöffnet.  
Bei ungenügender Bitterung Unterhalt für 5000 Personen.  
Sitzgen ladet freundlich ein. Der Vorstand. Robert Jersch.

**Obsts Festsäle, Schöneberg**  
Mehlungerstr. 8. Martin Lutherstr. 51.  
Empfehle meinen neuerbauten Saal nebst Garten für Vereine zu Festlichkeiten. — Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** — Mehrere Sonnabende im Sommer noch frei.  
44502\* Achtungsvoll: E. Obst.

**Ernst Höflich**  
Konzert-Garten Ball-Salon  
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.  
Im herrlichen Lindenpark: Jeden Sonntag:  
**Großes Musik-Konzert und Specialitäten-Vorstellung.**  
Im Königs-Saal: **Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. 42148\* Entree 20 Pf.  
Jeden Mittwoch: **Gr. Frei-Konzert.** Im Königs-Saal: Familienkonzerten.  
Anfang 4 Uhr. Ernst Höflich.

**Max Kliems Festsäle**  
Hasenheide 13-15.  
In allen Sälen: **Sonntags grosser Ball.**  
Montags und Donnerstags: **Familien-Kränzchen.**  
Jeden Mittwoch die beliebtesten Kinderfeste.  
Die Kaffeefläche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
Empfehle meine Säle, auch den großen renovierten, zu Festlichkeiten an Vereine und Versammlungen. Mehrere Sonnabende noch frei.  
43072\*  
**Max Kliem.**

**Jägerhaus, Schönhauser Allee 103.**  
Großer schattiger Garten, 10 000 Personen fassend. Jeden Sonntag **Freikoncert** von einer 15 Mann starken Kapelle.  
Es ladet ganz ergebnis ein **Wilhelm Schmidt.** 44112\*

**Neues Klub-Haus** Kommandantenstraße Nr. 72. Sonntags, Mittwochs, Donnerstags: **Grosser Ball.** NB. Säle an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. H. Ebert.  
**Sanssouci, Schmargendorf** Haltest. Schützenhaus-Roseneck. Sonntags: **Konzert u. Ball.** ff. Weis u. Baur'schüler. Kaffeefläche, Regelmäßigen Spielplätze etc. H. Ebert. 40672\*

**Restaurant zum Lindenpark**  
Friedrichsfelde, an der Kirche Haltestelle "Lindenpark" der Straßenbahn Spielplatz-Angendisplay-Friedrichsfelde. Größtes Etablissement des Ostens. Großer Tanz- und Spielplatz. Vereinen und Schulen bestens zu empfehlen. Kaffeefläche von 2-6 Uhr geöffnet. Herrliche Lindenblüte.  
44112\*

**F. Bubes Volksgarten, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee No. 30.**  
Gute Wilhelmstraße. Endstation der Straßenbahn. Schönstes Lokal im Ort. Großer schattiger Garten u. Spielplatz. Jeden Sonntag: Familien-Solree der beliebtesten Kammersänger Quartett-Sänger und Humoristen. Im Saale: **Großer Ball.** Kaffeefläche. Vorzügliche Speisen u. Getränke. ff. Weis. Gesellschaften u. Vereinen bestens empfohlen. Eintritt frei. F. Bube.

**Kranke jeder Art, Frauenleiden**  
welche ich in 12jähriger Praxis und in chirurgischen Kliniken kennen lernte, behandle ich mit gutem Erfolge und glücklich a h n e Operation und Verbandsführung.  
Otto Grundmann u. Frau, prakt. Naturheilkundige. Naturheil. Sprechst. 11-2, 6-8. Volkspark Montag u. Donnerstags auch weibliche Untersuchung.  
72. Kur-Heilanstalt Köpenickerstr. 72, Nähe Bräuden, Reanderstraße.

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik**  
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**  
empfehle Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 38332\*  
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen

**Seeterrasse Lichtenberg**  
Rödterstr. 6. Inh.: C. Maschke & Walter.  
Heute Sonntag, 22. Juni:  
**Gr. Konzert und Specialitäten-Vorstellung.**  
**Turmseilläufer The Liepells.**  
**Land- u. Wasser-Feuerwerk.**  
In beiden Sälen: **Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. (44512) Entree 15 Pf.

**OBERGRUND** bei Bodenbach a. d. Elbe, Mittelpunkt der böhm.-sächsischen Schweiz, Bade-, Terrain- u. klimatische Kurort.  
**Kochs Pension, Hotel und Villa Stark,**  
ganz am Walde gelegen. Das Etablissement ist durch 2 Brücken direkt mit dem Walde verbunden, die Gebäude sind aus Holz, Dampf- und Eisenbäder nebeneinander, große herrliche Terrasse und das Etablissement mit prächtiger Aussicht auf und über die Elbe in die Gebirge; großer Speisesaal, Billard-, Damen- und Lesezimmer, Equipagen im Etablissement und am Bahnhofs, schöner Ausflugsort für Touristen. Mitberühmte, gesunde Sommerfrische (eine der prächtigsten); Bahn-, Dampf-, Telegraphen- und Telephon-Verbindung. Pension für kurzen und längeren Aufenthalt, auch werden Tageszimmer abgegeben. Man verlange Prospekte. Brief- und Telegramm-Adressen: 59/12\*

**Auktion**  
der verfallenen Pfänder pro Monate März, April, Mai 1901 am 26. und 27. d. M., nachm. 2 Uhr.  
L. Regen.  
Gr. Frankfurterstraße 121.

**Achtung!**  
Allen Freunden und Bekannten empfehle ich mein **Weiss- und Bayerisch-Bier-Lokal** nebst Garten. Für Speisen und Getränke wird reichlich gesorgt. Die Kaffeefläche steht jederzeit zur Verfügung. Um Zutritt bittet  
(44202\*)  
**Wilhelm Reichert**  
(genannt Schaukel),  
früher Reinholdsdorf/Spandauer Weg jetzt Müllerstr. 89 (Weißbühlgraben).

**Hühneraugen**  
u. Hornhaut entfernt mit Garant. schnell u. schmerzlos. m. d. Wurzel weicht entfernt.  
**Hühneraugentod!** Rein Nachwuchs mehr.  
Dose 75 Pf. franco 1,00 M. nur bei **Otto Reihel,** Hentzenstr. 4.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Fusschweiss**  
Handschweiss! Schweiß unter den Armen macht sofort trocken und geruchlos. Wundlaugen etc. verhindert. **Pöhlmanns.** Garant. unschädlich. sicher wirksam, per Nachnahme 1,50 M. franco 2.- M. nur bei **Georg Pöhl,** Berlin, Brunnenstr. 157. 44062\*

**Dr. Schünemann,**  
Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 1/2



**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 24. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
in den „Arminenhallen“, Kommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie beteiligen wir uns an der Landtagswahl? Referent: Genosse  
**Dr. Leo Arons.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
236/8 Der Vorstand.

**4. Wahlkreis (Süd-Ost).**  
Am Dienstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Arania“,  
Wrangelstr. 10:  
**Volkspersammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Gen.  
**Heine** über: „Die Socialdemokratie und die  
Wissenschaft“. 2. Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwarten 214/17\*  
**Die Vertrauensleute.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
**Achtung! Drechsler. Achtung!**  
Montag, 23. Juni 1902, abends 8 Uhr, bei Werkowksi,  
Andreasstr. 26: 55/5  
**Branchenversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Das Unternehmertum und die Arbeiter in der gegenwärtigen ge-  
schäftlichen Krise. Referent Kollege **Wöste.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Im eigenen Interesse aller Kollegen, hauptsächlich der noch nicht  
organisierten, liegt es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Die Werkstatt-Kontrollkommission.**  
Montag, 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:  
**Branchen-Versammlung der Korbmacher.**  
Tages-Ordnung:  
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**  
Mittwoch, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (Saal V):  
**Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Arbeiterschulungs-Vereinbarung und ihre internationale Regelung.  
Referent Genosse **Kohle.** 2. Diskussion. 3. Der Streit bei der Firma  
Schopf, Marxhof, und das Verhalten der Kollegen vom Hirsch-Dünder-  
Gewerksverein. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Rechtlich Mitglieder sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Werkstatt-Kontrollkommission.**

**Achtung! Holzarbeiter Charlottenburgs!**  
Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,  
Rofinenstr. 3:  
**Oeffentl. Holzarbeiter-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Kollegen **Deininger** aus München.  
Es ist Pflicht aller Holzarbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Der Einberufer.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telefon Amt 7 Nr. 353.  
Dienstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Drebbener Garten,  
Drebbenerstraße 45:  
**Versammlung**  
der Gold- u. Silberarbeiter und Berufsangehörigen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: „Das Erdinnere und  
die vulkanischen Ausbrüche.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Dienstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr:  
**Versammlung der Silberpolierer**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal II.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchenversammlung der Klempner**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.  
Tages-Ordnung:  
1. „Die wahren Ursachen der letzten Bau-Nachte.“ 2. Dis-  
kussion. 3. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission und Verbands-  
angelegenheiten. 116/17  
Das Erscheinen aller Kollegen, besonders der Bauklempner, erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Bauarbeiter Berlins u. Umgeg.**  
Verband der Bau-, Erd-  
und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.  
Montag, den 23. Juni 1902, abends 8 Uhr,  
in **Cohns Festsälen**, Deuthstraße Nr. 19/20:  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung**  
aller zum Streikgebiet Berlin gehörenden Verbands-Zahlstellen.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere Forderung und ist dieselbe eine gerechte? 2. Beschlußfassung  
über den Eintritt in die Lohnbewegung. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Kollegen! Da es sich um Beschlüsse von weittragender Bedeutung handelt,  
ist es Pflicht eines jeden Bauarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
42/14  
**Die Lohnkommission. J. K. K. Seidemann.**

**Achtung! Kistenmacher. Achtung!**  
Dienstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (Saal 3): 103/20  
**Anßerord. General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Anträge des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl zur Lohnkommission.  
3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

**Verein deutscher Schuhmacher.**  
Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 12  
(großer Saal):  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart. 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes. 100/15  
**Die Ortsverwaltung.**

**Berliner Konsum-Verein.**  
Central-Verwaltung: Krautstr. 7.  
Verkaufsstellen:  
Abteilung I. Luisenstadt. Abteilung III. Moabit.  
Michaelstr. 4. Hofackerstraße 21.  
Abteilung II. Osten. Abteilung IV. Rummelsburg.  
Krautstraße 7. Beusselstraße 56.  
Hondorfstraße 59. Abteilung V. Sichtenberg.  
Viebigstraße 7. Frankfurter Chaussee 48/49. Ratingstraße 4.  
Abteilung VI. Srealan.  
Eisalaner Allee 177.  
Eintrittsgeld 20 Pf. Geschäftsanteil 10 Mark.

**Konsum- und Produktiv-Genossenschaft**  
— Berlin-Rixdorf —  
(G. G. m. b. H.)  
Montag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Ordentliche halb-jährliche**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 2. Ergänzung  
zum Aufsichtsrat. 3. Statutenänderung. 4. Antrag des Vorstandes: Be-  
schlußfassung über Einziehung der Verkaufsstelle Emdenerstraße. 5. Anträge.  
**Der Vorstand: E. Loske. L. Braslawer.**  
**Der Aufsichtsrat: J. K. Droher.**  
Beiträge seitens der Mitglieder müssen 5 Tage vor Stattfinden der  
Generalversammlung dem Vorstande eingereicht sein. 106/19\*  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Konsum-Verein Charlottenburg**  
G. G. m. b. H.  
Durch gemeinsamen Einkauf sind wir in der Lage, dieses Jahr billigere  
Kohlen zu beschaffen. 108/16  
Wir liefern 3 Sorten 7 1/2 Kilogramm Format zu 8 M., 7,40 M. und 7,10 M.  
pro Tausend frei Keller. Nach dem Boden 50 Pf. Zuschlag. Käufer der  
Kohlen liegen in den Verkaufsstellen Wilmersdorferstraße 27, Tauroggen-  
straße 10 und Garde du Corpsstr. 15 aus. Auch werden dieselben jederzeit  
neue Mitglieder aufgenommen. Die Kohlen werden nur gegen bar geliefert.  
Um den Mitgliedern die Anschaffung zu erleichtern, ist eine Kohlen-Sparkasse  
errichtet und können Einzahlungen in den Verkaufsstellen gemacht werden.  
Angehörige Mitglieder bekommen die Kohlen nach dem 1. Oktober in die  
neue Wohnung geliefert.  
Mitglieder, agitiert lebhaft für Gutes, je höher der Um-  
satz, desto größer der Nutzen, der in eure Taschen zurückfließt. Der Vorstand.

**Achtung, Rabigpuzer!**  
Für die bei der Firma **Günther & Sollwedel** arbeitenden  
Kollegen findet am Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig  
eine Besprechung statt. Alle Kollegen müssen pünktlich erscheinen.  
252/7  
**Der Vorstand.**

**Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin.** Für den Inseratenteil verantwortlich: **H. Glöde** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Sading** in Berlin.

**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**  
Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, in den „Germania-Sälen“,  
Chausseestrasse 103:  
**Volkspersammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. „Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas.“  
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Eduard Bernstein.** 2. Diskussion.  
Um die Versammlung zu einem wichtigen Protest gegen die Unterdrückung der Armenier zu ge-  
stalten, ersuchen um zahlreichen Besuch 219/16\*  
**Die Vertrauensleute.**

**Schöneberg.**  
Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Obst, Weiningerstr. 8:  
**Große öffentliche Versammlung**  
für Frauen und Männer.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **G. Ledebour**  
über: „Was für ein Interesse hat eine Arbeiterfamilie am Zuckergesetz?“  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Recht roge Agitation und guten Besuch, besonders der Frauen, erwartet  
1/10  
**Die Vertrauensperson.**

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.**  
Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminenhallen,  
Kommandantenstraße 20:  
Vortrag von **Eduard Bernstein** über: „Die Arbeiterin  
in England und der Kampf um ihre sociale Befreiung.“  
Gäste willkommen. 55/12  
**Der Vorstand.**

**Verband der Tapezierer.**  
(Zentrale Berlin.)  
Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Das Resultat der Statistik vom 1. Quartal 1902 in Bezug auf Ein-  
führung der Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege **Leo Schmidt.**  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 178/2  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.  
**Die Verbandsleitung, Engel-Ufer 15.**

**Achtung! Kistenmacher. Achtung!**  
Dienstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (Saal 3): 103/20  
**Anßerord. General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Anträge des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl zur Lohnkommission.  
3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

**Verein deutscher Schuhmacher.**  
Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 12  
(großer Saal):  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart. 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes. 100/15  
**Die Ortsverwaltung.**

**Berliner Konsum-Verein.**  
Central-Verwaltung: Krautstr. 7.  
Verkaufsstellen:  
Abteilung I. Luisenstadt. Abteilung III. Moabit.  
Michaelstr. 4. Hofackerstraße 21.  
Abteilung II. Osten. Abteilung IV. Rummelsburg.  
Krautstraße 7. Beusselstraße 56.  
Hondorfstraße 59. Abteilung V. Sichtenberg.  
Viebigstraße 7. Frankfurter Chaussee 48/49. Ratingstraße 4.  
Abteilung VI. Srealan.  
Eisalaner Allee 177.  
Eintrittsgeld 20 Pf. Geschäftsanteil 10 Mark.

**Konsum- und Produktiv-Genossenschaft**  
— Berlin-Rixdorf —  
(G. G. m. b. H.)  
Montag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Ordentliche halb-jährliche**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 2. Ergänzung  
zum Aufsichtsrat. 3. Statutenänderung. 4. Antrag des Vorstandes: Be-  
schlußfassung über Einziehung der Verkaufsstelle Emdenerstraße. 5. Anträge.  
**Der Vorstand: E. Loske. L. Braslawer.**  
**Der Aufsichtsrat: J. K. Droher.**  
Beiträge seitens der Mitglieder müssen 5 Tage vor Stattfinden der  
Generalversammlung dem Vorstande eingereicht sein. 106/19\*  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Konsum-Verein Charlottenburg**  
G. G. m. b. H.  
Durch gemeinsamen Einkauf sind wir in der Lage, dieses Jahr billigere  
Kohlen zu beschaffen. 108/16  
Wir liefern 3 Sorten 7 1/2 Kilogramm Format zu 8 M., 7,40 M. und 7,10 M.  
pro Tausend frei Keller. Nach dem Boden 50 Pf. Zuschlag. Käufer der  
Kohlen liegen in den Verkaufsstellen Wilmersdorferstraße 27, Tauroggen-  
straße 10 und Garde du Corpsstr. 15 aus. Auch werden dieselben jederzeit  
neue Mitglieder aufgenommen. Die Kohlen werden nur gegen bar geliefert.  
Um den Mitgliedern die Anschaffung zu erleichtern, ist eine Kohlen-Sparkasse  
errichtet und können Einzahlungen in den Verkaufsstellen gemacht werden.  
Angehörige Mitglieder bekommen die Kohlen nach dem 1. Oktober in die  
neue Wohnung geliefert.  
Mitglieder, agitiert lebhaft für Gutes, je höher der Um-  
satz, desto größer der Nutzen, der in eure Taschen zurückfließt. Der Vorstand.

**Achtung, Rabigpuzer!**  
Für die bei der Firma **Günther & Sollwedel** arbeitenden  
Kollegen findet am Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig  
eine Besprechung statt. Alle Kollegen müssen pünktlich erscheinen.  
252/7  
**Der Vorstand.**

**Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin.** Für den Inseratenteil verantwortlich: **H. Glöde** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Sading** in Berlin.

Allen Freunden und Bekannten die  
traurige Nachricht, daß mein lieber  
Mann, unser guter Vater, Schwieger-  
und Großvater, der **Maurer**  
**August Hermann Möbius**  
Dresdenerstraße 33, nach schweren,  
langen Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet heute nach-  
mittags 5 Uhr von der Leichenhalle  
des neuen Jakobikirchhofes, Hermanns-  
straße, Rixdorf, aus statt.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Central-Verband**  
**d. Maurer Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
am 19. d. M. unser Mitglied  
**August Möbius,**  
Dresdenerstr. 33,  
nach langem schweren Leiden im Alter  
von 55 Jahren gestorben ist.  
Obre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet heute nach-  
mittags 5 Uhr von der Leichenhalle  
des neuen Jakobikirchhofes in Rix-  
dorf, Hermannstraße, aus statt.  
133/18 **Die Verbandsleitung.**

**Grosser Saal** mit Garten und  
großer Theaterbühne 1045  
**Frankfurterstraße 74**  
an Vereine verschiedene Sonn-  
abende noch frei. Auch können Sommer-  
feste abgehalten werden.

**Abstinentenheim.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
**Bilanz für das erste Geschäftsjahr**  
(1. Oktober 1901 bis 31. März 1902).

Aktiva.		Passiva.	
Ka Eintragsgelder . . . . .	20 60	Per Reservefonds . . . . .	20 60
„ Anteilzahlungen . . . . .	295 —	„ Geschäftsguthaben der	
„ Geschenken . . . . .	20 26	„ Mitglieder . . . . .	295 —
„ Darlehen . . . . .	18 —	„ Darlehen . . . . .	18 —
„ Abschreibung auf die		„ Sachliche Verwal-	
„ Geschäftsguthaben der		„ tungs-Ausgaben . . . . .	285 35
„ Mitglieder . . . . .	217 18		
„ Kassenbestand . . . . .	47 91		
	618 85		618 85

**Mitgliederbewegung.**  
Zahl der Genossen am 1. Oktober 1901 (Gründung der Genossenschaft) 22  
Im Laufe des ersten Geschäftsjahres eingetreten . . . . . 32  
Im Laufe des ersten Geschäftsjahres ausgetreten . . . . . 54  
Zahl der Genossen am Schluß des ersten Geschäftsjahres (31. 3. 1902) 54  
**Gastsumme.** [108/17]  
Der Gesamtbetrag der Gastsumme aller Genossen betrug am  
Jahreschluß . . . . . Mark 1080,—  
**Der Vorstand.** **Der Aufsichtsrat.**  
Felix Frommel. Oskar Kofelowsky. Dr. Referstein. B. Nießke.

**Andreas-Festsäle**  
Andreasstr. 21.  
Som 1. Juli cr. ab übernehme ich obige Säle und stelle die-  
selben den Vereinen zu zur Verfügung. Es wird mein Bestreben  
sein, die besten Speisen und Getränke zu den constanten Bedingungen  
zu liefern. Bestellungen werden schon jetzt täglich, auch Sonntag,  
nachmittags von 1 bis 3 Uhr, im Bureau, Andreasstr. 21, entgegen-  
genommen.  
44452\*  
**Wilhelm Kussin.**

**Graumann's Festsäle (früher Renz)**  
Naunyn-Strasse 27. 38342\*  
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne) und  
prächtigen Garten zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonn-  
abende und Sonntage im Juni, Juli und August noch frei und an  
Vereine zu Sommerachts-Bällen zu vergeben.  
Gustav Graumann.

**Tabberts Waldschlösschen a. d. Oberspre.**  
Von Bohatzen Nieder-Schöneweide in 15 Min. von Parfshof in  
18 Min. zu erreichen. Dampfstation der „Stern“-Gesellschaft.  
Endpunkt des Bierfeldkondens-Berkehrs an Sonntagen.  
daher günstigste Fahrgelegenheit und bequeme Rückfahrt. Täglich  
**Gr. schattiger Garten.** Jeden Sonntag in **Tanz.**  
zwei Sälen  
**Kaffeeküche** für jeden Tag. **4 verdeckte Ausspannung**  
Regelbahnen für ca. 100 Pferde.  
**Schultheiss-Märzen, Urquell Pilsener, Münchener.**  
Weißbier aus der Brauerei Louis Tabbert. 42973\*  
**Jeden Donnerstag: Gr. Freikonzert.**  
Vorzügliche Speisen zu soliden Preisen. P. Gebzte.

**Wo treffen wir uns heute Sonntag?**  
Im Grunewald beim Bär! 43482\*  
**„Wirtshaus zum Schwan“**  
Haltehalle der elektrischen Straßenbahn. Ede Leibeskräfte. Großer  
schöner Garten, Bierpark u. a. dreifacher Bier. Prachtiger Tanzsaal.  
2 verdeckte Regelbahnen. Kaffeeküche. Vollständiger Service aller Art.  
Jeden **Freikonzert u. großer Ball.** Einziges freies  
Sonntag: **Freikonzert u. großer Ball.** Lokal Grünem.

**Treptow. Bade's Volksgarten**  
Parkstraße. Haltehalle der elektrischen  
Straßenbahn (Bismarck).  
Schöner schattiger Garten. 6 Große gedeckte Sommerkaffe.  
Jeden Sonntag: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
Anfang 4 Uhr. **Specialitäten-Vorstellung.** Anfang 4 Uhr.  
Im vergrößerten Parkfest-Spielgelaß: **Ball. — Kaffeeküche.**  
**Reichhaltige Speisekarte. — Wohlgeflachte**  
**Biere.** — Vereinen zu **Sommerfesten** bestens empfohlen.  
Platz für 2000—3000 Personen. 44312\*

**Restaurant „Neuer Krug“**  
an der Oberbryce zwischen Müggel- und Damerfläse, Bahnhofsstation  
Neu Rahnsporf, in 10 Minuten zu erreichen.  
empfehlen sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis  
3000 Personen. Telefon-Kami Erlner 51. 40143\*  
Vorkaufungsdruck **Fritz Domning, Gastwirt.**



**Die Arbeiter der königlichen Münze**

Hatten Ende April eine Petition an die Direktion um Aufbesserung ihrer Löhne eingereicht. Von 125 Arbeitern hatten 117 das Schriftstück unterschrieben, gewiß ein sicheres Zeichen, daß die gezahlten Löhne ungenügend sind, um in dieser Zeit der teuren Miets- und Lebensmittelpreise damit den Lebensunterhalt einer Familie halbwegs ansständig bestreiten zu können. In der königlichen Münze wird bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Anfangslohn von 8 Mk. gezahlt, der nach einem Jahre auf 8,25 Mk. erhöht wird. Nach 8 bis 10 Jahren tritt dann, je nach Guinst, eine weitere Lohnerhöhung ein bis zum Höchstbetrage von 8,50 Mk. Gelehrte Arbeiter erhalten zu diesen festen Lohnsätzen noch eine Handwerkerzulage, die jedoch auch keineswegs reichlich bemessen ist.

Zu der stillen Hoffnung, daß ihr beschiedenes Gesuch Berücksichtigung finden würde, warteten die Petenten geduldig die Dinge, die da kommen sollten. Und sie kamen denn auch, allerdings nicht in der erhofften Gestalt. Vor ungefähr acht Tagen nämlich versammelte Herr Direktor Konrad die Arbeiter in dem Betriebskomplex und hielt ihnen eine Gardinerpredigt, deren Sinn etwa folgender ist: Er habe die Leute hier verlammet, um ihnen keine Antwort auf ihr Petitionsschreiben zu geben. Schon im Juni vorigen Jahres habe er mit Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister Rücksprache genommen wegen eines an letzteren gerichteten anonymen Schreibens, in dem ebenfalls von Lohnerhöhung die Rede war. Er müsse es als eine Frechheit und Frechheit bezeichnen, wenn ein oder mehrere Arbeiter der königlichen Münze den Herrn Minister mit anonymen Schreiben belästigten. Was nun die jetzige Petition anbelange, so sei dieselbe zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt eingereicht. Erst vor kurzem sei den Arbeitern eine Verminderung der Arbeitszeit gewährt worden, und zum Dank dafür lämen sie jetzt mit dieser Forderung. Dabei sei das Schreiben durchaus nicht sachgemäß abgefaßt, weil der Wohlthäter, welche die Arbeiter genossen, keinerlei Erwähnung getan wäre! In diesen Betrieben habe man Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen; in der Münze aber seien die Arbeiter weiter beschäftigt worden, obgleich vier Monate lang etwa ein Drittel der Leute genötigt hätten, um die Arbeit zu verrichten. Ferner hätten sich in letzter Zeit viele Arbeiter verheiratet; auch das sei ein Zeichen, daß es ihnen nicht schlecht gehen könne! Ferner erwähnte der Herr Direktor die Arbeiter ein Gnadengeschenk von 8000 Mk. im Jahre, indem alle Feiertage, die in die Woche fallen, bezahlt würden, ebenfalls werde in Krankheitsfällen bis zu 13 Wochen der volle Lohn gezahlt. Es stehe jetzt wieder reichliche Arbeit in Aussicht, und damit würde den Leuten Gelegenheit gegeben, bei längerer Arbeitsdauer auch wieder mehr zu verdienen. Wer eine geistig anstrengende, kunstvolle und körperlich schwere Arbeit zu verrichten habe, die wolle er gelegentlich Berücksichtigen. Im übrigen aber sei das Gesuch einfach abgelehnt. Wenn dieser Bescheid nicht gefalle, dem stehe es jederzeit frei, die Münze zu verlassen. Er schloß mit den Worten: „Dies ist meine Antwort auf Ihre Petition; Sie können gehen!“

Man kann sich denken, mit welchen Gefühlen die Arbeiter diese Ausführungen aufnahmen. Ausdrückungen, wie die Arbeiter sie ähnlich schon vielfach ein dutzendmal von dem Betriebsassistenten L. e. e., der anscheinend rechten Hand des Direktors Konrad gehört hatten, bescheiden, sehr bescheiden bitten sie um eine geringe Lohnerhöhung und herrlich werden sie abgewiesen. Nicht einmal eine mündliche Begründung ihres Gesuchs wird ihnen gestattet — nein, man behandelt sie wie unartige Schulbuben und sagt dann einfach: „Sie können gehen!“

— Was nun die vom Direktor angezogene anonyme Eingabe an den Minister betrifft, so mag es ja wahr sein, daß ein Arbeiter ohne Mitwissen seiner Kollegen auf diesem Wege etwas erreichen zu können meinte. Doch ist in diesem Vorgehen — dank des in allen Staatsbetrieben beliebten Mähregelungssystems — weder eine Frechheit noch eine Frechheit zu erblicken. Scheut die Betriebsleitung sich doch auch jetzt nicht, nachdem der offene und gerade Weg des Petitionierens gewählt wurde, eine kostspielige Untersuchung einzuleiten, um den Verfasser der Petition heranzubekommen; zu welchem Zweck, ist jedem klar.

Respektvoll muß es auch berühren, wenn sich der Herr Direktor mit der angeblich verminderten Arbeitszeit brüsst. Wo in aller Welt hat diese denn stattgefunden? Seit Jahren wird in der Münze täglich zehn Stunden gearbeitet und auch heute noch keine Minute weniger. Es ist zwar seit dem 1. Februar auf Wunsch der Arbeiter eine Verschiebung der Arbeitszeit eingetreten, indem die 1 1/2 stündige Mittagspause in eine halbstündige umgewandelt wurde, wofür dann eine Stunde früher Feierabend gemacht werden konnte. Da aber von dieser Aenderung die Münze noch mehr Vorteil haben dürfte wie die Arbeiter, so liegt gar kein Grund vor, auf dieses Entgegenkommen noch besonders stolz zu sein. Wo hier nun eine Verminderung der Arbeitszeit jeden soll, wird wohl ein ewiges Geheul des Herrn Direktors bleiben. Ganz ähnlich ist es mit den übrigen vielgerühmten „Wohlthäten“ und dem famosen „Gnadengeschenk“ bestellt. Man giebt dem Arbeiter dabei nur ein geringes Teil dessen, was man ihm in den niedrigen Löhnen längst vorenthalten hat und schämt sich hinterher noch obendrein mit dem Nimbus rührender Wohlthätigkeit. Geradezu bedenklich ist der Hinweis auf die Geschicklichkeiten der Arbeiter trotz der wirtschaftlichen Krise. Er zeigt recht drastisch, in wie rücksichtlosen Anschauungen sich der Herr Direktor noch bewegt. Ebenso ist die Verweisung auf gelegentliche Berücksichtigung einzelner Arbeiter im Lohn und der Wink auf die zu machenden Überstunden keineswegs danach angehen, freundliche Gefühle bei den Arbeitern wachzurufen, denn die Berücksichtigung pflegt gewöhnlich mehr von Guinst als von der Leistungsfähigkeit abzuhängen, und Überstunden machen die Vorteile einer geregelten Arbeitszeit einfach wieder illusorisch.

Das beste Mittel, der Betriebsleitung ihren Herrenstandpunkt abzugewöhnen und zu erreichen, daß auch in den Staatsbetrieben den Wünschen oder Forderungen der Arbeiter mit etwas mehr Respekt Rechnung getragen würde, wäre freilich der einmütige Anschluß an die Gewerkschafts-Organisationen. Da dieser Anschluß aber infolge der den Staatsbetrieben anvertrauten Angst vor Mähregelungen vorläufig nur in beschränktem Maße zu bewirken ist, so muß wenigstens hin und wieder der Öffentlichkeit gezeigt werden, wie man mit den Arbeitern in den staatlichen „Musterbetrieben“ umgeht.

**Vermischtes.**

**Ein hochhafter Mensch.** Ueber Freiherrn v. Münch erzählt die „Welt. Volksztg.“ folgende seltsame Geschichte: Bekanntlich darf sich Herr v. Münch auf Befehl des Ministeriums des Innern nur in Begleitung eines Irrenwärters in Württemberg aufhalten. Nun hat bei der Anwesenheit des Freiherrn v. Münch auf seinem Schloß Mühlringen ein ihn begleitender Irrenwärter ein zärtliches Verhältnis mit der Köchin des Schloßherrn angefangen. Freiherr v. Münch hat daraufhin beim Staatsministerium gegen den Minister v. Bischof Anzeige wegen Kuppelei erstattet!

**Ein betrübendes Sittenbild.** Kaplan Gremer, Religionslehrer in einer Volksschule zu Karlsruhe, hat den Knaben verboten, in kurzen Hosen, den Mädchen, mit kurzen Ärmeln in

die Schule zu kommen. Acht Tage schweig die ultramontane Presse zu fraktionierender eines Karlsruher Blattes. Jetzt erklärt das tadeln zu müssen, aber wir bestehen darauf, daß unsere Mitbürger ihre Schweine vom Zeitungsgebäude fern halten. Während wir gestern gerade beschäftigt waren, einen Leitartikel über die Stabilität unserer staatlichen Einrichtungen zu schreiben, hatte eines der Schweine des Senators Dr. Brides den Weg unter unser Bureau gefunden und kratzte und schürte den Rücken an dem Parkett unter unserem Fußboden. Das ganze Gebäude zitterte so, daß wir gezwungen waren, mit einem Besenstiel bewaffnet, der Kreatur auf den Pelz zu rücken und sie hinweg zu bläuen. Kaum zurück, wurden wir wieder unterbrochen durch den Eintritt eines langen Rummels von Cowboy. Er hatte seinen Revolver in der Hand und richtete an uns die Frage, ob wir der Editor des „Rider“ und Schreiber des Artikels über den Fall am Babcock-Komplex seien. Wir hatten nämlich unser Mißfallen über die Behandlung des Brides bei Gelegenheit dieses Falles ausgedrückt, der man einfach über den Haufen geschossen, weil er einem Cowboy, der ihm 80 Dollar schulde, weiteren Kredit verweigerte. Auf unsere Befragung fragte dieses gemeine Individuum ebenfalls auf uns zu feuern an; allein wir hatten uns vorgelesen. Wir bildeten uns; da wir unser Schießpulver leider nicht zur Hand hatten, ergriffen wir unsere Wasserkrug, in dem wir für gewöhnlich das für unsere Zeitungsschreiber nötige Lagerbier holen, und warfen ihn unserm Widersacher so kräftig und allfällig an seinen Verstandskasten, daß er wie weiland Goliath zu Boden stürzte. Die in der Tasche des Verstorbenen befindlichen 7 Dollar 80 Cent besetzten wir zur Anschaffung eines neuen Kruges und Reparatur der geschossenen Wand. Durch alle diese Störungen waren wir so verzerrt, daß es uns nicht möglich erschien, den Leitartikel zu vollenden. Der „Rider“ erscheint also heute ohne ihn. Wir geben zu gleicher Zeit allen unseren Feinden Nachricht, daß wir von jetzt an unser Schießpulver beständig bei uns tragen werden und uns durchaus keine Gewissensbisse machen, es sofort, wenn nötig, zu gebrauchen. Wir laden bei dieser Gelegenheit zur Abonnementerneuerung des „Rider“ ein, bemerken aber, daß wir bis auf weiteres keine Verhältniß-Gier an Zahlungsfähigkeit annehmen, da diese im Preise sehr gesunken und wir noch einen großen Vorrat davon haben.

**Witterungsübersicht vom 21. Juni 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hand m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d.	Stationen	Barometer hand m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d.
Bismarck	755	NO	3	bedekt	12	Sontranda	768	W	1	heiter	11
Danzburg	757	NO	2	Regen	14	Bretterburg	758	NO	1	bedekt	18
Berlin	755	NO	1	Regen	13	Kort	754	SW	3	wolkig	14
Frankf./M.	759	SW	2	bedekt	11	Überbein	—	—	—	—	—
München	762	W	4	Regen	11	Paris	762	SW	2	bedekt	13
Wien	757	SW	2	W. Neb.	16						

**Wetter-Prognose für Sonntag, den 22. Juni 1902.**  
Zunächst ziemlich kühl und trübe mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden; später aufklaarend und wärmer.  
Berliner Wetterbureau.

**Roh-Zabak,**  
sämtliche Maschinen zur  
**Cigarren-Fabrikation**  
offert in der größten Auswahl  
zu den billigsten Preisen  
**W. Hermann Müller,**  
22 Alexanderstraße 22.

**Roh-Tabak** 3835  
**Max Jacoby,** Strellitzerstr. 52.

**Rohtabak!**  
Prima Java-Einlage, meist Umblatt,  
pro Fund nur Mark 0.95, 44148  
**Karl Roland,** Reichenbergerstr. 3a.  
Genau auf Handnummer achten!

**Roh-Zabak**  
**E. Nauen,** Templinerstr. 3,  
nahe der Schmiedestraße. 39332

**Roh-Zabak.**  
Die Meißelände der Fabrikation  
sollen einzeln billig verkauft werden.  
**Lindenstädt,** Kaiserstraße  
39/40.

**Rohtabak** 142429  
**Max Otto,** Neue Königstr. 6.

**Rohtabak.**  
Größte Auswahl. — Billigste Preise  
Guter Brand! Vorzügliche Qualität.  
Sämtliche (38279)  
**Fabrikations-Maschinen.**  
Neue Formen, sehr große Auswahl  
zu Original-Fabrikpreisen.  
**Heinrich Franck,**  
185 Brunnenstr. 185.

**30 Mark**  
hochfeine Sommerpaletots.  
**30 Mark**  
hochlegante Herrenanzüge.  
12 Mark hochlegante Bekleidung.  
Anfertigung nur nach Maß.  
Unter Stoff, labellierter 319. (4316L)  
**14 Krausenstraße 14,**  
12r. Tel. Amt I Nr. 3708. 12r.

**Max Brinner**  
Ferdinandstr. 12  
Brunnenstr. 6.  
Wohlfühlige Auswahl  
von Kinder-, Sport-  
und Puppenwagen,  
Kinderbestellen,  
best. Beschäft. billigt.  
Teilzahlung gestattet.

**Sonder-Angebote**

für den Hochsommer.

- Sommer-Joppen für Herren . . . . . 90 Pf.
- Lüstre-Jackets für Herren. Schwarz. . . . 2 Mk. 65
- Cachemire-Jackets für Herren, ganz gefüttert 6 Mk. 50
- Schul-Anzüge . . . . . 6, 5, 4, 3, 2,50 bis 1 Mk. 80
- Lawn-tennis-Anzüge für Herren . . . . . 6 Mk.
- Herren-Wasch-Anzüge . . . . . 9 Mk. 5 Mk. 75
- Herren-Anzüge, moderner Fischgrat . . . . 18 Mk.
- Loden-Havelocks für Herren . . . . . 6 Mk. 75
- Herren-Sommer-Hosen, gr. Auswahl, 3 Mk. 1 Mk. 75
- Herren-Hosen, effektvolle Buckskins . . . . 4 Mk. 50
- Anzüge nach Maass, reine Wolle . . . . . 27 Mk.

Beste, billigste Strohhüte:  
Kniff-Hüte 2, 1 Mk. 65 Pf. | Palm-Hüte 1 Mk. 25 | Binsen-Hüte 90 Pf.

**BAER SOHN**

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung  
Chausseestr. 24a | 25 | II Brückenstr. II | Gr. Frankfurter Str. 20

Die 1910 Preisliste 1902 über gesammte Herren- und Knaben-Ausstattungen wird kostenlos und portofrei zugesandt.

**Ausschneiden!**

**Butterhandlung J. Maeding**  
empfehlen in seinen  
Fillialen:  
**Andreas-Markthalle** (Stand 115-118)  
**Frauststraße 48,**  
— direkt neben der Halle. —  
**Fruhtstraße 60**  
**Bukowerstraße 14**  
Feine Grasbutter 100 Pf.  
Sehr feine do. 110 „  
Das Allerfeinste, den  
allerverwöhntesten Ge-  
schmack zufriedenstellend  
120 „  
sowie täglich frische Eier, alle  
Sorten Käse, deutscher und fran-  
zösischer Art. 43002\*

**Wanzenfeind** „Mottenfeind“ „Schwabenfeind“  
in der Flasche“ im Beutel“ im Streu-Turm“  
Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. nur 5 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 1,00  
Unfehlbar sicher Th. Schmiedel Casztlich geschützt!  
Allein-Verkauf: Fabrikant Fornspr.: Amt 7a, 6331. (beim Alexanderpl.)  
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

**Kinderwagen**  
Teilzahlung 1,00  
wöchentlich.  
Ausverkauf v. Sportwagen, Puppenwagen, Kinderbettst. zurückgesetzt, spottbillig am billigsten, Berlin, Stiasny, 1. Lag.: Elsassstr. 6, I, 2. „ Culmatr. 3.

**Zahn-Klinik.** Preise  
beliebige Teil-  
zahlung. Invaliden-  
strasse 145  
**Olga Jacobson.**

**Prima  
Fabrräder,**  
auch auf Teil-  
zahlung ohne  
Vreiszahlung  
zu constanten  
Bedingungen  
unter Ga-  
rantie.

**Der  
Tod**  
Oh ohne Gnade über allen Wan-  
zen durch Reichels „Concen-  
triertes Wazien-Flud“ in  
2l. zu 50 Pf., 1l. zu 2,00, 3,00

Wenig gebrauchte Räder auch auf  
Theil unter Garant. Preise be-  
deutend ermäßigt. Reparatur-  
anfalt aller Systeme schnell und billig.  
**Adomeit & Landau,**  
Kochringstr. 48 I, am Rosenf. Th.

**Teufel**  
holt auf der Stelle alle Schwaben  
auf Zimmeroberleben durch  
Reichels „Voudre Martial“  
in Carton zu 50 Pf., 1l. zu 1,00,  
2,00 und das Pfund 4,00.  
Edes selbst die Brut abtötet sicher.  
Reichels Spezialmittel sind die  
einstige Werrung. Günstige  
Zeugnisse aus fernsten Ländern.  
Häufiger Erfolg garantiert

**Teilzahlung**  
monatlich 10 Mk. liefert elegante  
Herrengarbende nach Maß, von  
Areny weilen Stoffen, an Unver-  
braute nur gegen sichere Bürgschaft,  
gegen bar Kasse spottbillige Preise.  
**Tomprowski, Schneider-**  
meister, Prinzenstr. 55, Ecke  
Dresdenerstraße, I. Etage.

**Otto Reichel,**  
Lieferrant für Armas und Marine,  
Königl. u. Reichl. Bahndr.  
Berlin 80, Wlensb. 4  
Hier frei Haus 5, meine Werkzeuge,  
u. auswärts geg. Voreinst. Nachn.  
80 gibt unerreichte  
Befriedig. Nachkommen



# Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).  
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

## Extra-Preise Montag, Dienstag, Mittwoch:



Peddighrohrsessel lackiert 5,75

### Blusenhemden

- Perkal mit Falten, bunt gestreift, 1.65, 1.95, 2.50
- Perkal mit Strickereieinsatz u. Falten 3.75 Mk.
- Einfarbig mit Besatz 2.90 Mk.
- Satin mit Falten, schwarz u. mode 4 Mk.
- Weiss Batist mit Einsätzen 3.90, 5 Mk.
- Weiss Mull gestickt, mit Unterbluse 5.75, 8.25

### Strumpfwaren

- Damenstrümpfe gewebt, engl. Länge schwarz od. lederfarbig 33, 45, 60 Pf.
- schwarz mit farbiger Seide bestickt 85 Pf.
- Herrensocken Maco gewebt 25 Pf.
- schwarz oder lederfarbig 45 Pf.
- Damenröcke Parchent gestreift mit Volant 1.35 Mk.

### Sonnenschirme

- Waschschirm weiss mit Einsatz 1.35 Mk.
- Crepon mit farbigen Streifen 2 Mk.
- Batist Blumenmuster mit Volant u. Spitze 2.90 Mk.
- reinseiden weiss-schwarz oder rot-schwarz 3.50 Mk.
- halbseiden weiss, mit Einsatz und Spitze 4.75 Mk.
- Touristenschirm für Damen, Bausteine 5.90 Mk.
- für Herren 1.75 Gloria 3.25 Mk.



Korbessel gepolstert 9 Mk.

Ein grosser Posten m. eingewebt, türk. Streifen, gute Qual. bisher 1.50, Mtr. 98 Pf. **Wuschseide** **Läufer u. Decken** Pointface, Kongress- u. Aida-Stoff, fert. gestickt **2.65 Mk.**

## Kleine Anzeigen

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Verkaufe.

Verkaufe.

Verkaufe.

Verkaufe.

Restaurant billig. Denksler, Stralauer Allee 17 E. 3145\*

Zeitungsgeschäft verlässlich. Forsterstr. 2. 326b

Villen-Terrain. Borort, jede Parzelle, 70-80 Acker, a 6-8 Acker, sehr romantische Lage, 10 Minuten vom Bahnhof Bepersitz, verkauft Eigentümer Adr. 3345\*

Vorjährlige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 3345\*

H. Dörge, Drebbenerstr. 109, Herren-Garderoben nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30,-, Anzug 30,-, Hufe von 6 Mark an. Kauf beim Handwerker. Posten den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. 1178K\*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausfertigung, geringe Teilzahlung. Kurgasse, Landwehrstr. 13, 11409\*

Schwarze Herrenhosen von 1,50 bis 12 Mark empfiehlt Schlegler, Turmstr. 85. 1176K\*

Mahauzüge, denkbar größte Leistungsfähigkeit, von 30 Mark bis 75 Mark, empfiehlt Schlegler, Turmstr. 85. 1171K\*

Teppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godesfelder Markt 4, Bahnhof Br. 1117\*

Möbel, mehrere Zimmer, verkaufe sportbillig, darunter Bettsofa, Kleiderständer 20,00, Küchenschrank 34,00, Wuschelbecken 35,00, einfaule 15,00, Wuschelspiegel, Deckenleuchte, Paneele, Kleiderbügel, 3,00, Tisch, Paneele, Sofa, bester geschnittene Möbel, Buffet, Gartenstr. 148, I. links. 1137\*

Möbel-Gelegenheit. Beim Restaurator Otto Hilde, Modernstr. 25 (Bahnhofstr.), haben zum sportbilligen Verkauf neue gebrauchte und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Polster-Saloncouchen 20,00, Saloncouchen 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Wuschelbecken 20,00, Kleiderbügel, Paneele, Kleiderbügel, 3,00, Tisch, Paneele, Sofa, bester geschnittene Möbel, Buffet, Gartenstr. 148, I. links. 1137\*

Möbelbank, Küchenschrank, Schreibtisch, Werkzeug billig, Dienst, Rosstr. 78. 3405\*

Abzahlung! Schwindel, ohne Folgen verkaufe ebenfalls auf Teilzahlung Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontuhr fünfzehn Mark. Gewandregulator, Schlagregulator, fünfzehn Mark lang, dreißig bis fünfundvierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstr. 115/116. 1190\*

Verfallene Pfänder: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren sportbillig. Wandbehang Alexandrinenstr. 73. 26/161\*

Nähmaschinen, verfallene, sportbillig, (Reinwand) Wandbehang Alexandrinenstr. 73. 26/161\*

Postkarten für Tischler, Hund 60 Pf., verkauft Danneberg, Berlin, Postamt Rosenthal, Spandauerstr. 47/48. Preisprophet I 3614.

Landbau! Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latzen, Weiden, Fichten, Fenchel, Dachpappe, Heer billig. Kolbenerdamm 22. 24596\*

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugendster Färbung. Pfennig-Probefläschen, Charlottenstr. 3. 3096\*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tabellos, sportbillig. Köpenickerstr. 60/61, Landwehrstr. 82 I. 190\*

Pianino sofort verlässlich. Ritterstr. 120, I. 227\*

Vierwagen, alle Sorten Räder, Wallisadenstr. 101. 3088

Fahrrad zu verkaufen, 50 Mark, Eduard Schulz, Vorjägerstr. 3, Quergebäude IV. 3558

Kanarienhähne, Vorkläger, Apparate für Jungvögel, verkauft Hoffmann, Händelstr. 11. 365

Vapori-Kindwahl, junge, graue, grüne, fangerahm, sofort sprechend, 25 Mark an, Oranienstr. 87, Richter. 3345\*

Neue 4-5 schiffige Schenkel mit Stand, Wunderleistung mit zu übernehmbaren, viel Handpartien, verkauft Paradiesgarten, Birkenwerder. 374

Kleiderständer, Kleiderbügel, Matratze, Sofa, wie neu, Verle, Gartenstr. 173. 3808

Spiegel, Einlagen, Bettwäsche (Matratze), fehlerfrei, Howe, Stolpischerstr. 63 IV. 3838

Einständige Sägeneinrichtung, 1 Kuchenschrank, 3 bis 4 Stühle, 2 Heidestrümpfen, 1 Tisch, 1 eleganter Kinderwagen. Trefflich wochentags nach 6 Uhr abends, Sonntags vormittags, Bernauerstr. 97, S. Müller. 3838

Wasserleitungsrohr mit Welle, sofort billig verlässlich, Köpenickerstr. 121. 1176K\*

Probefläsche Haarfärbemittel, unübertroffen, Winterfeldt, Chausseest. 121. 1176K\*

50 Hochwalparzellen, nahe am See, verkauft bei kleiner Anzahlung. Bekker, Haaubbaum, Dersdorf, Lindenstr. 15. 3878

Kanarienhähne (garantiert Stamm Seifert), Jungvögel, Weiden billig. Kolbenerdamm 14, Rudolph. (Anzahlung gestattet.) 1191\*

Einständiges Kuchenschrank mit Welle, ein Kuchenschrank, 3 bis 4 Stühle, 2 Heidestrümpfen, 1 Tisch, 1 eleganter Kinderwagen. Trefflich wochentags nach 6 Uhr abends, Sonntags vormittags, Bernauerstr. 97, S. Müller. 3838

Wasserleitungsrohr mit Welle, sofort billig verlässlich, Köpenickerstr. 121. 1176K\*

Probefläsche Haarfärbemittel, unübertroffen, Winterfeldt, Chausseest. 121. 1176K\*

50 Hochwalparzellen, nahe am See, verkauft bei kleiner Anzahlung. Bekker, Haaubbaum, Dersdorf, Lindenstr. 15. 3878

Kanarienhähne (garantiert Stamm Seifert), Jungvögel, Weiden billig. Kolbenerdamm 14, Rudolph. (Anzahlung gestattet.) 1191\*

Einständiges Kuchenschrank mit Welle, ein Kuchenschrank, 3 bis 4 Stühle, 2 Heidestrümpfen, 1 Tisch, 1 eleganter Kinderwagen. Trefflich wochentags nach 6 Uhr abends, Sonntags vormittags, Bernauerstr. 97, S. Müller. 3838

Werkzeug, gut erhalten, verkauft Grimmstr. 28, vorn III. 1128

Kinderwagen (Eig) vier Räder O. Richter, Köpenickerstr. 43, Hof IV rechts. 1107

Tafelklavier verkauft Hebe, Waldenstr. 41. 1184

Fahrrad verkauft Lehmann, Köpenickerstr. 37. 1180

Papier- und Schreibwaren-Geschäft billig zu verkaufen. Näheres bei Wegner, Restauration, Stallgerstr. 58. 1180

Mingelischen, neue, wenig gebraucht, 30,00, Langschiffen 8,00, Reanderstr. 7. 276

Kanarienvogel, Vorkläger, Jungvögel, verkauft Reanderstr. 7. 276

Stühle, nussbaum, billig. Brunnstr. 80, Schiller. 278

Sportbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren, Uhren, verkauft Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 278

Ein kleines Vorkläger-Geschäft mit Rolle und Kuchenschrank ist billig zu verkaufen O. Wägenstr. 18. 1119

Terrarium, Teleskop, Teleskop, (Männchen), Kuchenschrank, verkauft Kraft, Wägenstr. 29, Seitenflügel. 1119

Gute Bettstellen, nussbaum, billig, Klaus, Langestr. 93/94, Hof parterre. 1107

Rechtsbureau, Teltowstr. 45, Eingaben, Gesuche, Materstellung, Unentgeltlich. 1185K\*

Rechtsbureau Fabrik, Reanderstr. dreizehn, Reanderstr. 270\*

Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steinstr. 65. 25425\*

Rechtsbureau, Teltowstr. 45, Eingaben, Gesuche, Materstellung, Unentgeltlich. 1185K\*

Rechtsbureau Fabrik, Reanderstr. dreizehn, Reanderstr. 270\*

Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steinstr. 65. 25425\*

Rechtsbureau, Teltowstr. 45, Eingaben, Gesuche, Materstellung, Unentgeltlich. 1185K\*

Rechtsbureau Fabrik, Reanderstr. dreizehn, Reanderstr. 270\*

Chirurgische, Unfallfaden, Rechtsbureau! Materstellung! Sonntag! Untenstr. 36. 150/14

Der Stoff hat! Fertige Anzüge nach Maß 18-20 Mark. Tafelklavier, 25, haltbare Klavierfächer. R. Franke, Köpenickerstr. 143 III., Ecke Invalidenstr. 3088

Tüchtigen ersten Tenor sucht Sängergesellschaft. Offerten unter N. Postamt 26. 4008

Vater! Einladung zur Morgen- sprache Preussener Allee 198, im Pappengarten. Vereinszimmer zu vergeben. 1180

Wisch und Bleichmittel, Wisch, Reipend, Gartenstr. 15. Wäsche jeder Art wird ohne Anwendung scharfer Mittel mit der besten Seife gewaschen. Im Freien getrocknet und gestrichelt. Großer Bezug 15 Pfennige, kleiner 5, Tafel 10, Leinwand 10, 4 Kuchenschrank 10, 3 Servietten 10, 3 Handtücher 10. Abholung und Lieferung jeden Mittwoch. 278

Kuchenschrank, alte, taugt jederzeit, Bach, Köpenickerstr. 60. 1119

### Vermietungen.

Wohnungen.

Oktober kleine Wohnungen Friedrichsberg, Wartenbergstr. 11. 1180

Wohnung, 30 Mark, I. Juli, Schönehauser Allee 30, parterre. 1180

Zimmer.

Möblierte Zimmer, ein- und zweifach, separater Eingang, billig zu vermieten Mariannenstr. 33, vorn II. 368

Großes möbliertes Zimmer, zwei Herren, mit Kasse 15 Mark, Duxowerstr. 3, ruhige. 375

Freundlich möbliertes Zimmer, zwei Herren, Wägenstr. 17, II. 388

Möbliertes Zimmer, separat, für zwei Herren, a 15 Mark, mit Kasse, zu vermieten Barutherstr. 9, vorn IV rechts. 376

Freundlich möbliertes Zimmer, Herr oder Dame, Reichenbergerstr. 48, vorn IV. 376

Wohlmöbliertes Zimmer, sehr sauber, vermietbar. Wägenstr. 119, vorn IV, Frau Marusche. 4028

Teilnehmer, möbliertes Vorderzimmer, separat, 9 Mark, Händelstr. 61, 2 Treppen rechts. 3948

Möbliertes Balkonzimmer, Dornbusch, Köpenickerstr. 43. 1184

Zimmer, Herr oder anständige Dame, billig, Reichenbergerstr. 61A, I rechts. 1150

Möbliertes Zimmer, separat, vermietet Wolf, Rantenerstr. 102, vorn II. 1150

Schlafstelle, Herr, 10 Mark mit Kasse, Kasse, Gleditsch-Über 31. 3598

Möblierte Schlafstelle vermietet Heiler, Wittenbergstr. 23. 3588

Möblierte Schlafstelle für Herrn, 7 Mark, Gode, Reichenbergerstr. 151. 372

Schlafstelle für anständiges Mädchen, Reanderstr. 65. Brun. 3088

Schlafstelle, Hinzueingang, acht Mark, sofort, Reanderstr. 7, vorn eine Treppe rechts. 3838

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Reanderstr. 62, III rechts. 370

Freundliche Schlafstelle, Gleditsch-Über 27, Kottier. 3608

Schlafstelle (angenehm) vermietet billig Schönig, Große Hamburgerstr. 31. 3458

Freundliche Schlafstelle bei Frau, Duxowerstr. 17 Hof rechts III. 3458

Schlafstelle für Herrn bei Spritze, Wägenstr. 91, vorn 2 Treppen. 3458

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren oder Damen Mariannenstr. 43, III rechts. 3508

Freundlich möblierte Schlafstelle für Herrn Schmidtstr. 9, Hof 3 Treppen rechts. 3458

Möblierte Schlafstelle bei Schill, Händelstr. 16, vorn parterre. 3478

Möblierte Schlafstelle für Herrn (7 Mark) Döring, Landwehrstr. 91, vorn 4 Treppen. 3408

Möblierte Schlafstelle (separat) Solmsstr. 17, vorn IV links. 3378

Möblierte Schlafstelle für Herrn Wägenstr. 9, 2 Treppen rechts. 3378

Möblierte Schlafstelle für einen oder zwei Herren, Köpenickerstr. 132, 2 Treppen. 3388

Schlafstelle für 2 Herren Oranienstr. 62, am Moritzplatz, Hof rechts II. 371

Freundliche Schlafstelle für Herrn Reanderstr. 114, vorn I rechts. 273

Schlafstelle, anständiges Mädchen oder Frau, Stallgerstr. 20 IV, Gartenhaus, Kottier. 3928

Möblierte Schlafstelle für Herrn Reanderstr. 14, vorn 1 Treppe rechts. 3818

Gut möblierte Schlafstelle, separater Eingang, Blume Sarge, Admiralsstr. 38, Quergebäude I. 3598

Möblierte Schlafstelle, Schulz, Reanderstr. 47, III. 371

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, Reanderstr. 6, vorn IV, Frau Penck. 1101

Möblierte Schlafstelle, Herr, separater Eingang, 1, vorn IV, Solmsstr. 17, Hof rechts. 1101

Möblierte Schlafstelle, Hinzueingang, 6, vorn II, bei Witwe Franz. 1101

Schlafstelle, gute, Anst. Herr bei Heiler, Wägenstr. 102, Quergebäude, parterre. 1101

Schlafstelle für Damen, Wägenstr. 22, Wolf. 1101

Mietsgesuche.

Junger anständiger Mann sucht 80 möbliertes Zimmer. Offerten F. K. Postamt 36. 1150

Junger Mann sucht einzelne separate Schlafstelle, Köpenickerstr. 13, 2 Treppen. 3678

Arbeitsmarkt.

Stellungsangebote.

Werkkolonne für circa 1500 Quadratmeter Innenputz sofort verlangt. Offerten unter W. 100, Postamt 17. 3518\*

Kuchenschrank-Geschäft, Remontbau, Schillingstr. 4. 1184

Mädchen für Nachmittag verlangt Heiler, Wägenstr. 38. 1150

Frau wird gesucht für den ganzen Tag, Schwandorf, Reanderstr. 73, vorn 3 Treppen. 1143

Wäsche, geht auf Jadenitz, Weidenweg 74, II Treppen. 3843

Wäscherinnen auf 'Reu' finden sofort dauernde Beschäftigung Kreuzbergstr. 7, Central-Dampf-Waschanstalt. 11908\*

Wäscherinnen auf Unterlegungen im Hause verlangen Reiberger u. Grobenhorst, Wägenstr. 13, 150/12\*

Belegerin für Goldfäden sucht Fried. Probst, Köpenickerstr. 87. 11908\*

Achtung! Holzarbeiter! Bezug von Tischlern und Drechslern Herrschaft Max Kirchstein, Spandau, ist ferngehalten. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

Achtung! Tischler! Geheert sind folgende Werkstätten: Albert Schütz, Kreuzstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Petersburgerstr. 77. Gornandt, Eisenbahnstr. 11. Zugang streng ferngehalten. 186/20\* Der Holzverein der Tischler.

Achtung! Holzarbeiter! Geheert sind folgende Werkstätten: Leise u. Co., Gleditschstr. 54. Wägenstr. 18/19. A. Schäffer, Peters